

## **9 Dringlichkeitsanträge**

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Wir sind jetzt mit der Tagesordnung, der öffentlichen, am Ende und kommen nun zu den dringlichen Anträgen. Ich darf den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner übergeben.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.11 Uhr).***

### **9.1 Bezahlung während der Zeit der Pflegeausbildung nach dem Vorbild der Polizeischüler:innen (GR<sup>in</sup> Elke Heinrichs, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> **Heinrichs**:

Sehr geehrte Stadtregierung, werte Damen und Herren, in diesem Dinglichen geht es mir um die Bezahlung während der Zeit der Pflegeausbildung nach dem Vorbild der Polizeischüler:innen. Es ist satzungsbekannt, dass aufgrund eines vielschichtigen Problems im Bereich der Pflege bis 2030 ca. 76.000 Pflegekräfte in Österreich fehlen werden. Eine Facette des Problems ist laut einer Umfrage in österreichischen Krankenhäusern von März/April 2021 die Entlohnung. Demnach stehen 68,7 % der Pflegebediensteten an der Kippe dazu, ihren Beruf zu verlassen. Unter 27 Faktoren steht „zu wenig Einkommen“ an der Spitze für die Entscheidung zum möglichen Ausstieg. Laut einer Studie der FORBA, der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, im Auftrag der AK denkt nun jede:r zweite Pfleger:in an den Berufswechsel. Der finanzielle Aspekt ist bereits mit Beginn der Ausbildung ein wesentlicher. Erwachsene mit Berufserfahrung, welche sich für die Pflege auf dem Wege der Umschulung entscheiden würden, stehen vor dem Problem, sich die Kosten für Ausbildung und Lebenshaltungskosten in der Zeit der Ausbildung schlichtweg nicht leisten zu können. Ein Beispiel: Das Fachkräftestipendium für Pflegeassistenten beträgt

ca. 949 Euro. Für junge Menschen in der Steiermark, welche sich von Haus aus für eine Pflegeausbildung entscheiden, soll nun am Wege der Personalsuche als zusätzlicher Anreiz das Taschengeld der Pflegeschüler:innen ab 1. Februar 2022 auf 300 Euro im Monat, und dieses 12-mal im Jahr, erhöht werden. Das nach Ergebnis einer Klausur der steirischen Koalition in Seggau und einer Meldung der Kleinen Zeitung vom 13.1.2022. Dieser Betrag gilt lediglich für die Landespflegeausbildung und ist zudem nicht aufsteigend. Praktikant:innen und Schüler:innen erhalten keine Gefahrenzulage. In Tirol z.B. sind derzeit ca. 300 Pflegestellen unbesetzt, es werden 2030 7.000 Kräfte benötigt. Daher stellt man dort von Taschengeld auf immerhin 470 Euro Stipendium um. Zum Vergleich zu diesen genannten Beträgen erhält man mit Beginn der Ausbildung in der Exekutive, also im ersten Jahr, bereits 1.765 Euro und im zweiten Ausbildungsjahr 2.180 Euro bzw. 2.370 Euro. Ob es sich nun in der Pflege um Neueinstieg oder Berufswechsel handelt: für Interessent:innen an Pflegeberufen sind Stipendien, Leistungen aus Unterstützungsfonds und Taschengelder jedenfalls unzureichend. Es fehlen die Zulagen, und zuletzt sind die Gehälter zu niedrig. Die finanzielle Wertschätzung im Vergleich zu jener am Beispiel der Exekutive, aber auch der Justizbeamten, ist keinesfalls gegeben. Die dringend benötigten Kräfte im Pflegebereich, meine Damen und Herren, sowie die darin bereits Tätigen verdienen schon längst dieselbe Anerkennung.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

Die Bundesregierung möge bei der anstehenden Überarbeitung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes die finanzielle Absicherung der Schüler:innen während der jeweiligen Grundausbildung an den Landesschulen analog dem Ausbildungsgehalt für Polizeischüler:innen, nämlich 1.765 Euro brutto monatlich und aufsteigend, bundesweit per Gesetz einheitlich verankern. Für diesen Antrag bitte ich um Annahme, und ich möchte gleich dazufügen, es liegen ein Abänderungsantrag der FPÖ und ein

Zusatzantrag der ÖVP vor. Ich möchte mich ausdrücklich bei beiden Antragstellern sehr bedanken für diese Mitarbeit und dazusagen, was beim Abänderer der FPÖ im unmittelbaren Antragstext zu lesen steht, ist einerseits faire Entlohnung und andererseits Orientierung an Polizeiausbildung, das ist mir ein bisschen zu ungenau, und daher möchte ich betonen, dass wir diesem Abänderer nicht zustimmen; aber jedenfalls dem Zusatzantrag der ÖVP, welcher eine umfassende, explizite Ergänzung in beiden Punkten darstellt. Ich bedanke mich vielmals für diesen Zusatzantrag und bitte um Annahme des Antrages. Dankeschön (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Hinlänglich bekannt ist, dass aufgrund eines veritablen, vielschichtigen Problems im Bereich der Pflege bis 2030 ca. 76.000 Pflegekräfte in Österreich fehlen werden.*

*Eine Facette des Problems ist – laut einer Umfrage in österreichischen Krankenhäusern von März/April 2021 – die Entlohnung:*

*Demnach stehen 68,7 % der Pflegebediensteten an der Kippe dazu, ihren Beruf zu verlassen. Unter 27 Faktoren steht „zu wenig Einkommen“ an der Spitze für die Entscheidung zum möglichen Ausstieg.*

*Laut einer Studie der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) im Auftrag der AK (Kurier, 26.1.2022) denkt nun jede:r zweite Pfleger:in an Berufswechsel.*

*Der finanzielle Aspekt ist bereits mit Beginn der Ausbildung ein wesentlicher: Erwachsene mit Berufserfahrung, welche sich für die Pflege auf dem Wege der Umschulung entscheiden würden, stehen vor dem Problem sich die Kosten für Ausbildung und Lebenshaltungskosten in der Zeit der Ausbildung schlichtweg nicht leisten zu können (das Fachkräftestipendium für Pflegefachassistenz beträgt ca. 949 Euro).*

*Für junge Menschen in der Steiermark, welche sich von Haus aus für eine Pflegeausbildung entscheiden, soll am Wege der Personalsuche „als zusätzlicher Anreiz*

*das Taschengeld der Pflegeschüler:innen ab 1. Februar 2022 auf 300 Euro im Monat (12-mal im Jahr) erhöht werden.“ (Ergebnis einer Klausur der steirischen Koalition in Seggau, Kleine Zeitung, 13.1.2022).*

*Dieser Betrag gilt lediglich für die Landespflegeausbildung und ist zudem nicht aufsteigend.*

*Praktikant:innen und Schüler:innen erhalten keine Gefahrenzulage.*

*In Tirol z.B. sind derzeit ca. 300 Pflegestellen unbesetzt, es werden 2030 7.000 Kräfte benötigt. Daher stellt man dort von Taschengeld auf 470 Euro Stipendium um.*

*Zum Vergleich dazu erhält man mit Beginn der Ausbildung in der Exekutive, also im ersten Jahr 1.765 Euro und im zweiten Ausbildungsjahr 2.180 Euro bzw. 2.370 Euro brutto.*

*Ob es sich nun in der Pflege um Neueinstieg oder Berufswechsel handelt: für Interessent:innen an Pflegeberufen sind Stipendien, Leistungen aus Unterstützungsfonds und Taschengelder unzureichend. Es fehlen die Zulagen, und letztlich sind die Gehälter zu niedrig. Die finanzielle Wertschätzung im Vergleich zu jener am Beispiel der Exekutive ist keinesfalls gegeben. Die dringend benötigten Kräfte im Pflegebereich sowie die darin bereits Tätigen verdienen schon längst dieselbe Anerkennung.*

*Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Antrag zur dringlichen Behandlung:**

*Die Bundesregierung möge bei der anstehenden Überarbeitung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes die finanzielle Absicherung der Schüler:innen während der jeweiligen Grundausbildung an den Landesschulen analog dem Ausbildungsgehaltes für Polizeischüler:innen, nämlich 1.765 Euro brutto monatlich und aufsteigend, bundesweit per Gesetz einheitlich verankern.*

GR Mag. **Winter:**

Werter Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin Heinrichs. Ist Ihnen der Antrag eigentlich selbst eingefallen oder haben Sie den möglicherweise irgendwo abgekupfert? Aber wir werden noch darauf kommen. In den 2000er-Jahren hat es in Frankreich eine politische Entwicklung gegeben, die hat sich „LePenisierung“ der französischen Politik genannt. Gemeint war damals ein politisches Täuschungsmanöver der Gegner des Front National und der Gegner Le Pens, Themen und Anträge der Rechte als ihre eigenen zu verkaufen. Das Manöver ist natürlich völlig gescheitert, alleine wie die Stärke des Front National heute klar beweist. Und was erleben wir heute? Eine sehr, sehr ähnliche Entwicklung, nämlich eine FPÖisierung der österreichischen Politik und teilweise scheinbar sogar der KPÖ.

*Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.*

GR Mag. **Winter:**

Ja, nur aufpassen, wieder das Lachen, das wissen wir schon.

Immerhin ist inhaltlich am 14.7.2021 von der FPÖ-Fraktion im Steirischen Landtag ein nahezu identer Antrag eingebracht worden (*Appl. FPÖ*).

Zitat aus diesem Antrag im Landtag betreffend faires Gehalt für Menschen in Pflegeausbildung einführen, die FPÖ fordert daher ein Modell analog zur Polizei, wo Beamte in Ausbildung im ersten Jahr knapp 1.800 Euro und im zweiten Ausbildungsjahr rund 2.200 Euro monatlich erhalten sollen. Sei es drum, abgekupfert oder nicht abgekupfert, wir stimmen Ihnen inhaltlich zu. Wir brauchen in Zukunft mit Sicherheit mehr Menschen in Pflegeberufen, wir müssen auch diese Ausbildung finanziell attraktiver gestalten, und bezüglich der Dringlichkeit, wir müssen diesbezüglich auch rasch handeln. Und werte Frau Kollegin Heinrichs, wir sind uns in noch einem Punkt einig, und auch wenn die Grünen, nämlich Ihre Koalitionspartner, permanent das Gegenteil behaupten, jeder Mensch in einem Pflegeberuf, jede Krankenschwester, ist

für unsere Gesellschaft unendlich mal wertvoller und unendlich mal wichtiger wie irgendein fragwürdiger Genderbeauftragter, der im Endeffekt nur Frauen gegen Männer aufhetzt, und auch das hat diese Pandemie gezeigt. Ich bedanke mich (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Frau Vizebürgermeisterin, vielen lieben Dank, ich muss jetzt fast ein bisschen schlucken und mich fassen nach meinem Vorredner, FPÖisierung möchte ich auch nicht im Raum stehen lassen und hoffe, dass es auch nie so weit kommt. Aber grundsätzlich zum Antrag, weil es ja ein wertvolles Thema ist, 2050 wird jeder zehnte Mensch in Österreich, und ich nenne es jetzt einmal genderneutral, dass sich nicht gleich wieder alle angegriffen fühlen, in Österreich über 80 Jahre alt sein. Dementsprechend brauchen wir, glaube ich, zum Thema Dringlichkeit nicht viel diskutieren, und das zeigt auch ganz deutlich, wieso es diese 75.000 zusätzliche Pflegekräfte braucht; und um das auch nur ansatzweise zu erreichen, braucht es vieles, unter anderem auch eine faire Entlohnung auch schon während der Ausbildung. Wieso? Es trifft vor allen Dingen auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sowie Menschen, die aus anderen Berufsfeldern wechseln wollen, weil diese, und das zeigen auch AMS-Statistiken, das Gehalt sehr wohl als sehr wichtigen Pull-Faktor sehen, und das zeigt auch eine AK-Umfrage unter dem Titel „Wege in die Pflege“, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Studie, je nachdem nach welchem Ausbildungsmodell sie denn befragt wurden, die finanzielle Absicherung als Hebel für die Ausbildung zwischen 75 % und 90 % als eher hilfreichen Hebel bewertet haben, als sehr hilfreich wurde dieser Hebel sogar von 40 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewertet. Somit die Wichtigkeit, die Dringlichkeit ist durchaus gegeben, selbst wenn wir jetzt in den Raum schauen, muss uns doch durchaus bewusst sein, 2050 kann jeder selbst ausrechnen, wie alt er oder sie ist. Ich wünsche dann jedem und jeder in diesem Raum, dass sie und er bei voller Gesundheit ist, vielleicht schon ein paar Jahre in der Pension auf einem Segelboot eventuell unterwegs, was auch immer. Für alle anderen, die das nicht können, wünsche ich mir auf jeden Fall, dass sie gesund sind. Und für alle, die selbst

das Glück nicht haben, wünsche ich mir, dass wir genug Menschen bis dorthin begeistern konnten, in die Pflege zu gehen, überzeugen konnten, in die Pflege zu gehen, denn dann bekommt auch jeder und jede, die es dann brauchen, auch die gerechte Pflege, deswegen können wir dem auch nur zustimmen. Danke (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Frau Vorsitzende, liebe Kolleg:innen auf der Regierungsbank, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseher:innen und Zuhörer:innen. Ich möchte namens unserer Fraktion der Freude Ausdruck verleihen, dass wir heute uns, glaube ich, sehr konstruktiv einem ganz, ganz wichtigen Thema widmen. Nicht nur in dem Antrag von Elke Heinrichs, sondern, wie wir glauben, und das mögen Sie dann beurteilen, auch in unserem folgenden Antrag, wo es um die Ausbildungsinfrastruktur gehen wird. Wir haben vor einigen Jahren eine Neuordnung der Kaskaden im Pflegebereich, was die Einstufung bzw. auch die Ausbildung betrifft, gehabt, und wir können und müssen leider feststellen, dass das noch nicht wirklich im Lot ist, dieser Antrag zeigt es. Und ich möchte mich wirklich bedanken dafür und möchte vor allem durch unseren Zusatzantrag, den ich kurz darlege, betonen, dass es hier, angesprochen in deinem Antrag sind die Landesausbildungen im Pflegebereich, ich möchte das auch expressis verbis, weil auch im weiteren Sinne ist natürlich auch die FH Joanneum mit der Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflege als Bachelorstudiengang, es wird ja auch parallel geführt mit der bisherigen Diplomausbildung, die beim Land ist, ich möchte jetzt gar nicht diskutieren, ob das auch gesehen wird, nur feststellen, dass es ein Akt der Gerechtigkeit und der Gleichheit ist, auch alle diese Pflegeassistenten, Pflegefachassistenten und die FH-Ausbildung und auch die bisherige Diplomausbildung hier in Betracht zu ziehen. Und daher der zweite Punkt unseres Zusatzantrages, auch nicht nur an den Bund, der bundesgesetzlich diesen Bereich regelt, sondern auch auf die Umsetzer, das ist das Land Steiermark, das heißt, an die Landesregierung

heranzutreten, die die Ausbildung durchführt, die auch für die FH Joanneum zuständig ist und auch im Rahmen der KAGes der größte Arbeitgeber ist. Und inhaltlich möchte ich gar nicht ins Detail gehen, ich möchte aber trotzdem als gutes und bestgeprägtes Beispiel die dualen Ausbildungsbachelorstudiengänge an der FH Joanneum anführen, wo der Auszubildende während der gesamten Studienzeit gleichzeitig ein Angestelltenverhältnis hat in der Wirtschaft, ich glaube, dass dieses Modell aber, ohne hier vorgreifen zu können, sogar jedenfalls genauer zu betrachten ist und möglicherweise das Polizeimodell übertrifft. Wir haben hier schon Gespräche mit den Geschäftsführungen der FH Joanneum geführt, ich wollte nur den Hinweis geben, das ist ein, glaube ich, sehr zukunftsorientierter Antrag, und ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken (*Appl.*).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den*

**Zusatzantrag:**

- 1. Der gegenständliche dringliche Antrag betrifft die Auszubildenden im Gesundheits- und Pflegebereich auf allen 3 Stufen – Pflegeassistent, Pflegefachassistent sowie in der Steiermark an der FH JOANNEUM bzw. in der derzeit noch weitergeführten Ausbildung für das diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonal, weshalb es schon aus Gleichheitsgründen sachlich geboten erscheint, alle diese Ausbildungen hinsichtlich der angestrebten finanziellen Zuwendungen durch die Bundes- und Landesregierung einzubeziehen.*
- 2. Der Gemeinderat möge weiters beschließen, gleichzeitig an die Stmk. Landesregierung heranzutreten, damit dieses wichtige Anliegen einer finanziellen Zuwendung – wie im Motivenbericht ausgeführt – auch vom Land*

*in seiner Eigenschaft als Träger von Krankenpflegeausbildungen, auch im Rahmen seiner Hauptverantwortung für die Gesundheits- und Krankenpflegeausbildungen bei der FH JOANNEUM sowie im Rahmen seiner Verantwortlichkeiten für die Stmk. KAGES als möglicher Dienstgeber geprüft und unterstützt wird*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Werte Kollegin, werte Vorsitzende, werte Kollegin Heinrichs. Ich darf den Dank natürlich zurückgeben. Dass Sie das heute zum Thema gemacht haben, das ist wirklich ein zentrales Thema, und das freut mich, dass wir das heute auch im Gemeinderat behandeln. Ich gebe die Hoffnung aber nicht ganz auf, dass Sie in drei Minuten dann doch unserem Antrag zustimmen, weil ich ein bisschen ausführen möchte, warum wir das so formuliert haben und warum wir diesen Abänderungsantrag eingebracht haben. Zum einen, weil bei Ihrem Antrag da kommt mir vor, vermengen Sie verschiedene Ausbildungswege bzw. auch verschiedene Fachbereiche. Es gibt ja nicht nur die Pflegekraft an sich, sondern es gibt jetzt eigentlich drei große Überbegriffe: Wir haben die Pflegeassistenten, früher die Pflegehelfer, wir haben die Pflegefachassistenten und wir haben dann das gehobene Personal der Gesunden- und Krankenpflege. Und selbst bei dieser Ausbildung, bei diesem dritten Weg der Gesundheits- und Krankenpflege, bei diesem gehobenen Dienst, da gibt es so viele verschiedene Arten, wie man dort hingelangt, und sind diese Arten schon so unterschiedlich, dass da eine genauere Betrachtung einmal notwendig wäre. Der Kollege vor mir hat das gut ausgeführt, wobei ich sagen muss, ich bin da nicht so überzeugt davon, dass die FH-Ausbildung die bessere Variante wäre, weil es hat bis vor kurzem noch die Möglichkeit gegeben, auch über die medizinische Universität diese Ausbildung zu machen, das hat man leider gestrichen. Also aus meiner Sicht, wenn man schon einen Bachelorabschluss im Pflegebereich schaffen möchte, dann war das über die Medizinische Universität sicher die beste Variante, zumal dort die Schüler:innen einen Vorteil gehabt haben, sie haben sowohl das Schulgeld bekommen als auch die Stipendien. Das Schulgeld bekommen sie

jetzt nicht mehr, sie bekommen jetzt auch die ganze Ausstattung, die sie früher zur Verfügung stellen bekommen haben, nicht mehr, also da ist das wirklich eine Verschlechterung, wenn man das früher über die Med-Uni gemacht hat und jetzt nur mehr über die FH machen kann, das muss man dazusagen, das ist eine finanzielle Verschlechterung gewesen. Deswegen unser Appell an die Bundesregierung, dass man sich etwas Neues überlegt, dass man generell kräftig erhöht, sozusagen die finanziellen Abgeltungen auch erhöht schon in der Zeit der Ausbildung, wie es auch bei der Polizei richtigerweise schon passiert. Und uns ist auch wichtig, dass man die Pflegekräfte der Zukunft auch sozusagen verpflichtet, das ist dann die Gegenleistung dafür, dass man die Bezahlung erhöht, dass man sie verpflichtet, im heimischen Pflegesystem tätig zu werden. Deswegen möchten wir an die Bundesregierung diese Petition eben richtig, dass eben eine faire Entlohnung von angehenden Pflegekräften, von angehenden Pflegefachkräften, sowohl bei der Pflegeassistenz als auch bei der Pflegefachassistenz als auch bei den Angehörigen des gehobenen Dienstes der Gesunden- und Krankenpflege, ob sie das jetzt über die FH absolvieren oder über die klassischen Landesschulen oder ob sie das auch über einen privaten Anbieter abwickeln, da sollte es keine Unterschiede geben und sollte eine faire Entlohnung von Pflegefachkräften in allen Bereichen eben sichergestellt sein. Und da würde ich um Ihre Zustimmung bitten, dass wir alle drei Anträge, wir werden auch beim ÖVP-Antrag selbstverständlich mitgehen, dass wir alle drei Anträge heute sozusagen beschließen. Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Dem Mehrbedarf an Pflegekräften wird man zweifelsohne nur durch strukturelle Verbesserungen im Bereich der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sowie durch eine Attraktivierung der Ausbildungsmöglichkeiten entsprechen können. Die FPÖ fordert daher für alle sich in Ausbildung befindlichen Pflegekräfte ein Modell analog zur Polizei, wo Beamte in Ausbildung im ersten Jahr knapp 1.800 Euro und im zweiten Ausbildungsjahr rund 2.200 Euro monatlich erhalten. Ähnliche Beträge könnte man im Bereich der Ausbildung zur Pflegeassistenz bzw. zur Pflegefachassistenz ansetzen,*

*wobei Unterschiede zwischen der theoretischen und praktischen Ausbildungsphase getroffen werden könnten. Darüber hinaus sollte bei einem solchen Modell sichergestellt werden, dass die Schüler sich dazu verpflichten, nach erfolgreichem Abschluss mehrere Jahre im heimischen Pflegesystem tätig zu sein und sie widrigenfalls das erhaltene Ausbildungsgeld aliquot zurückzahlen müssten.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Antrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die Bundesregierung wird am Petitionswege aufgefordert, für eine faire Entlohnung von angehenden Pflegekräften bereits in der Ausbildungsphase zu sorgen, wobei man sich dabei am bestehenden System für sich in Ausbildung befindliche Polizisten orientieren soll.*

StR Mag. **Krotzer:**

Vorweg einen herzlichen Dank selbstverständlich für den Antrag, aber natürlich auch für die Debatte, die, glaube ich, zeigt, dass es übereinstimmend ein Bewusstsein dafür gibt, dass hier in dem Bereich dringend Maßnahmen gesetzt werden. Ich darf selbst seit 2017 zuständig sein als Stadtrat für Gesundheit und Pflege und erlebe aus dem vielfältigen Austausch mit Beschäftigten aus dem Pflegebereich, wie sehr in diesem Bereich der Hut brennt, wie sehr das vor der Pandemie schon der Fall gewesen ist, wie sehr sich das verschärft hat im Rahmen der Pandemie mit all den Herausforderungen, die die Kolleg:innen im Pflegebereich, in allen Bereichen, ob das im Krankenhaussetting ist, ob das im stationären Langzeitbereich ist, ob das bei den mobilen Diensten ist, was die dort leisten, dass gleichzeitig aber natürlich diese verstärkten Herausforderungen mitunter auch dazu führen, dass nicht wenige darüber

nachdenken, diesen Beruf zu verlassen und ihn auch schon verlassen haben. Von daher gilt es ganz, ganz dringend, alle Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass andererseits Menschen diesen Beruf gut ausfüllen können und gleichzeitig auch Menschen neu in dieses Berufsfeld einsteigen und zwar in einer Form in dieses Berufsfeld einsteigen können, das ihnen auch eine finanzielle Absicherung ermöglicht und dass man nicht hier sozusagen unter Fortschreibung alter Rollenbilder, wo man von der vermeintlichen Fürsorglichkeit auch gleich auch noch dann davon ausgeht, dass die Menschen sich ja auch die Ausbildung mehr oder weniger selbst finanzieren oder in der Zeit nichts zur Verfügung haben oder kaum etwas. Gleichzeitig muss ich schon sagen, ich darf eben seit 2017 für den Bereich zuständig sein, und der Kollege Winter hat mich jetzt doch ein bisschen herausgefordert, auch auf das Stichwort der FPÖisierung einzugehen. Abgesehen davon, dass der Stern der Le Pens, glaube ich, auch in Frankreich durchaus im Sinken begriffen ist, darf ich schon darauf hinweisen, dass es die FPÖ unter einer Bundesministerin Hartinger-Klein gewesen ist, die für diesen Bereich zuständig gewesen ist, und ich erinnere mich, sage ich ganz ehrlich, mit Schrecken an diese Zeit, die so voller leerer Versprechungen gewesen ist. Im Jänner 2018 mit Regierungsantritt das ganz vollmundige Versprechen, dass man jetzt die Pflegereform angeht, ein halbes Jahr später die Erneuerung des Versprechens, dass man es jetzt angeht, und dann im Dezember 2018 die Vorlage einer Ministerratsvorlage 16 Seiten umfasst hat, die etwas war, die eigentlich jeder, der sich nur ein bisschen mit der Thematik auseinandersetzt, zusammenschreiben hätte können. Die Erwähnung der Pflegekräfte ist erstmalig auf Seite 12 in diesem 16-seitigen Papier, und dann ist es im Mai 2019 zum Glück zum Ende dieser türkis-blauen Koalition gekommen und für die Pflege ist genau nichts passiert. Also das ist sozusagen das Resultat von dieser FPÖisierung der Pflegepolitik, das will ich schon in dem Zusammenhang in Erinnerung rufen, sollen natürlich die jetzt politisch zuständigen nicht aus der Verantwortung stehlen, hier endlich auch die entsprechend wichtigen und richtigen Maßnahmen zu setzen. Eine Maßnahmen haben wir erfreulicherweise heute in der sozusagen nebenher stattfindenden Stadtsenatssitzung beschließen können, nämlich mit der Nebengebührenverordnung konnten wir

festlegen, dass bei den Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz es künftighin für die Pflegekräfte, und zwar aus allen Berufssparten, diejenigen, die eben im Springer:innenpool sind und eben mithelfen, dass es keine Pflegeengpässe in unserem Pflegewohnheimen gibt, dass die künftighin eine monatliche Mehrleistungszulage von 532 Euro bekommen, und zwar unabhängig davon, ob sie als Fachsozialarbeiter:innen oder eben als diplomierte oder als Pflegeassistent:innen tätig sind. Also auch damit, glaube ich, leisten wir einen kleinen Beitrag dazu, dass die vielversprochene Attraktivierung der Pflegeberufe möglich ist. Da ist es ein erster Schritt, den wir gesetzt haben, dem müssen natürlich noch weitere folgen. Dankeschön (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Nur ganz kurz, wie immer. Ein Wort zu den Manövern. Manöver hin, Manöver her, idente Anträge, idente Forderungen, dort wie da, wenn man diesen Manövern schon gedeihlich nachgekommen wäre eben wie gesagt zu Zeiten der Zuständigkeiten, dann bräuchte ich nicht heute hier stehen und wieder auf das dringliche Thema aufmerksam machen, so wie es andere auch tun. Ich möchte mich noch einmal vielmals bedanken bei Peter Piffel-Percevic für diese Ausführungen, und du hast es ja selbst hier draußen gesagt, das, was du gemeint hast, hat nichts anderes dargestellt als diese Pflege und die Pflegeausbildung, das ist eine einzige Wissenschaft. Es gibt ja in Wirklichkeit nicht nur diese großen Linien, sondern elf verschiedene Berufsbilder in der Pflege, also ich bekomme das schon auf die Reihe, keine Sorge, und dazu kommt, dass die Ausbildung jeweils Ländersache ist. Also es ist ein Konvolut an Problemen und die Intention meines Antrages heute, ich bedanke mich nochmals für den Zusatzantrag, ist einfach die, dass wir, wenn wir jetzt erst anfangen, wo der Hut brennt, das alles wissenschaftlich aufzudröseln, in der Gangart wird man natürlich alles genau und rechtlich richtig machen müssen, aber die Intention ist die, schauen wir, dass wir so schnell wie möglich eine adäquate Bezahlung herbekommen für die Damen und Herren, die sowohl in der Ausbildung schon sind als auch für die, die es trifft und die sich dann in der Folge entscheiden werden, hoffentlich zuhauf. Das schaffen wir nur,

indem wir diesem Beruf Wertschätzung gegenüber erbringen. Und ich glaube, diese Zeit jetzt, vor allen Dingen die Zeit der Krise, hat etwas sehr, sehr deutlich hervorgebracht, dass man sich gerade in der Pflege wirklich keine Spompanadeln mehr leisten kann und keine Zeit mehr versäumen darf; die Wertschätzung muss sich ausdrücken, was die Bezahlung betrifft, und natürlich auch, das ist aber das nächste Thema, da möchte ich jetzt einen Punkt machen. Also was alleine die Betreuung betrifft, eine Drehscheibe wäre wichtig, die notwendig ist dafür, dass also Menschen, die in die Pflege hineingehen wollen, sich leichter erkundigen können, die auch nachher weiterbetreut werden, aber das ist wirklich ein Riesen-Feld, wichtig wäre mir jetzt einmal die Bezahlung. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag (FPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (15.40 Uhr).***

## **9.2 Weiterführung des Arbeitsausschusses „Stadtentwicklung“ (GR DI Georg Topf, ÖVP)**

**GR DI Topf:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hohe Stadtregierung, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen im Livestream. Es geht bei diesem dringlichen Antrag um die Weiterführung des Arbeitsausschusses Stadtentwicklung. Die Anforderungen an eine moderne, zukunftsfitte und nachhaltige Stadtentwicklung sind vor allem durch die Erfordernisse einer verstärkten

Klimawandelanpassungsstrategie, durch die berechtigten Wünsche an die Wahrung und Steigerung der städtischen Lebensqualität sowie durch den entstandenen Siedlungsdruck aufgrund des begehrten Lebensraumes und der urbanen Attraktivität der Stadt Graz und des Zentralraumes Graz bestimmt.

In der Gemeinderatssitzung vom 25.2.2021, also vor einem Jahr, wurde durch unseren Ehrenclubobmann namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs ein dringlicher Antrag eingebracht, der sich mit der Einrichtung eines Unterausschusses „Stadtentwicklung“ im Rahmen des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung, das war die seinerzeitige Definition des Ausschusses, beschäftigen und Themen der Stadtentwicklung im Detail behandeln soll. Der Antrag wurde im Gemeinderat einstimmig angenommen und wurde die Stadtplanung beauftragt, diesen operativ abzuwickeln. Ein korrespondierendes Finanzstück wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Inhaltlich hat der Arbeitsausschuss Stadtentwicklung, bestehend aus allen Parteien, aktuelle Fragen und Herausforderungen einer qualitätsvollen Stadtentwicklung in verschiedenen Themenblöcken bearbeitet bei derzeit fünf Sitzungen, ich habe in Klammer die Daten dazugeschrieben, 16.3., 20.4., 11.5., 8.6. und 29.6.2021. Die Organisation und fachliche Begleitung oblag federführend der Stadtplanung und wurden darüber hinaus weitere betroffene Magistratsabteilungen sowie interne und externe Expertinnen und Experten als Grundlage für politische Diskussionen und Entscheidungen zugezogen. In der fünften Sitzung, also in der letzten Sitzung, am 29.6.2021, wurden folgende zusammengefasste Themenbereiche stichwortartig als Grundlage für weitere Bearbeitungsschritte festgehalten:

Ich sage jetzt die Überschriften dazu, das war einerseits die Bodenversiegelung/Klimaschutz/Klimawandelanpassungsstrategie, Dokumentation des IST-Standes, Entwicklung der letzten Jahre, geltende Regelungen und gesetzte Maßnahmen, Ansätze für neue hoheitliche Möglichkeiten im Bereich des Wohnbaus, Leerstandserhebung, Ermittlung des Wohnraumbedarfs in qualitativer und quantitativer Hinsicht, Miet- und Kaufpreisentwicklung, Rolle des gemeinnützigen Wohnbaus mit der Frage nach einer eigenen Widmungskategorie, Anlegerwohnungen, Zweitwohnsitze, touristische Wohnungsvermietung, Flächensicherung für nachhaltigen

Wohnbau. Der dritte Punkt war Wachstum und Entwicklung, da waren die Themen, die auch medial immer wieder aufgepoppt sind, Baustopp/Bausperre, begleitender Infrastrukturausbau zu Bauvorhaben und Bebauungsplänen: z.B. Anwohnergaragen, Trassenfreihaltung für Rad- und ÖV-Achsen, Planungsverbände, ein wichtiger Punkt nach § 23 StROG regionale Planung und Kooperation bei Gewerbeflächen und P&R-Anlagen, usw., Dichte-ÜBER- und –UNTERSchreitungen, auch ein wichtiger Punkt. Der vierte Bereich war die Qualitätssicherung: Bestandserhaltung, Altstadt-, Denkmal-, Ortsbild- und Landschaftsschutz, Bauvorschriften gemäß 4.0 STEK im Grüngürtel, Grünraumerhaltung und -gestaltung, Präzisierungen und Vollzugsrichtlinien in der Bebauungsdichteverordnung und im Stmk. BauG mit möglichen Übergangsbestimmungen, Qualitätssicherung durch Bebauungsplanung und Vorgaben im Räumlichen Leitbild, auch die Erfahrungsberichte aus den betroffenen Abteilungen wurden herangezogen. Dann, ein wichtiger Punkt, auch die zivilrechtlichen Verträge mit Qualitäts- und Nutzungsregelungen (Gebäudegestaltung und -nutzung z.B. medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, etc.).

Abschließend möchte ich anmerken, dass zur Behandlung der vorangeführten Themen bereits Zwischen- bzw. Endergebnisse von konkret beauftragten namhaften Expertinnen und Experten vorliegen und daher diesbezügliche Zwischen- bzw. Endergebnisse diskutiert werden müssen. Ich denke, dass insbesondere die neuen Mitglieder diesbezüglich rasch und umfassend die Möglichkeit haben sollten, in diese Themenbereiche, in die Diskussionen miteinbezogen zu werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

***dringlichen Antrag:***

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

Die für Stadtentwicklung und Stadtplanung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird nach Herstellung des Einvernehmens mit der Stadtbaudirektion und dem Vorsitzenden, Kollegen Lenartitsch, gebeten einzuladen, und hier sollte sozusagen in einer sechsten Sitzung der Start erfolgen, gemeinsam in Abstimmung mit der Stadtbaudirektion, die die Tagesordnung erstellt und die Themenaufbereitung für diese sechste Sitzung, die also den Start bilden soll, hier zu beauftragen. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages. Wir werden dem Abänderungsantrag der FPÖ nicht zustimmen, weil hier geht es darum, dass wir einen Startschuss ermöglichen wollen und die Themen natürlich in weiterfolgenden Sitzungen abgearbeitet werden müssen. Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Die Anforderungen an eine moderne, zukunftsfitte und nachhaltige Stadtentwicklung sind vor allem durch die Erfordernisse einer verstärkten Klimawandelanpassungsstrategie, durch die berechtigten Wünsche an die Wahrung und Steigerung der städtischen Lebensqualität, sowie durch den entstandenen Siedlungsdruck aufgrund des begehrten Lebensraumes und der urbanen Attraktivität der Stadt Graz und des Zentralraumes Graz bestimmt.*

*In der Gemeinderatssitzung vom 25.2.2021 wurde von Herrn ECO GR HR Dr. Piffel-Percevic namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs ein dringlicher Antrag eingebracht, der sich mit der Einrichtung eines Unter-/Arbeitsausschusses „Stadtentwicklung“ im Rahmen des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung beschäftigen und Themen der Stadtentwicklung behandeln soll. Der Antrag wurde im Gemeinderat einstimmig angenommen und wurde die Stadtplanung beauftragt, diesen operativ abzuwickeln.*

*Ein korrespondierendes Finanzstück mit der GZ: A8-2795/2021-21 vom 25.2.2021 wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.*

*Inhaltlich hat der Arbeitsausschuss Stadtentwicklung, bestehend aus allen Parteien, aktuelle Fragen und Herausforderungen einer qualitätsvollen Stadtentwicklung in*

*verschiedenen Themenblöcken bei derzeit 5 Sitzungen (16.3., 20.4., 11.5., 8.6. und 29.6.2021) diskutiert und bearbeitet. Die Organisation und fachliche Begleitung oblag federführend der Stadtplanung und wurden darüber hinaus weitere betroffene Magistratsabteilungen sowie interne und externe Expertinnen und Experten als Grundlage für politische Diskussionen und Entscheidungen zugezogen. In der 5. Sitzung am 29.6.2021 wurden folgende zusammengefasste Themenbereiche stichwortartig als Grundlage für weitere Bearbeitungsschritte festgehalten:*

*„Bodenversiegelung/Klimaschutz/Klimawandelanpassung:*

*Dokumentation des IST-Standes, Entwicklung der letzten Jahre, geltende Regelungen und gesetzte Maßnahmen, Ansätze für neue hoheitliche Möglichkeiten (Ersatzpflanzungen, Vertikalbegrünungen, Förderanreize für Entsiegelungsmaßnahmen, Schutz von Bestandsbäumen und Bestandsgrünflächen, etc.).*

*Wohnbau:*

*Leerstandserhebung, Ermittlung des Wohnraumbedarfes in qualitativer und quantitativer Hinsicht, Miet- und Kaufpreisentwicklung, Rolle des gemeinnützigen Wohnbaus mit der Frage nach einer eigenen Widmungskategorie, Anleger-wohnungen, Zweitwohnsitze, touristische Wohnungsvermietung, Flächensicherung für nachhaltigen Wohnbau*

*Wachstum und Entwicklung:*

*Baustopp/Bausperre, begleitender Infrastrukturausbau zu Bauvorhaben und Bebauungsplänen: z.B. Anwohnergaragen, Trassenfreihaltung für Rad- und ÖV-Achsen, etc., Planungsverbände gem. § 23 StROG, regionale Planung und Kooperation bei Gewerbeflächen und P&R-Anlagen, Trend „Abwandern ins Grüne“, Dichte-ÜBER- und -UNTERSchreitungen.*

*Qualitätssicherung:*

*Bestandserhaltung, Altstadt-, Denkmal-, Ortsbild- und Landschaftsschutz, Bauvorschriften gemäß 4.0 STEK im Grüngürtel, Grünraumerhaltung und -gestaltung, Präzisierungen und Vollzugsrichtlinien in der Bebauungsdichteverordnung und im Stmk. BauG mit Übergangsbestimmungen, Qualitätssicherung durch Bebauungsplanung und Vorgaben im Räumlichen Leitbild, (Erfahrungsberichte aus den Abteilungen Mag.Abt.14 und Mag. Abt. A17), zivilrechtliche Verträge mit Qualitäts- und Nutzungsregelungen (Gebäudegestaltung und -nutzung z.B. medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, etc.).*

*Abschließend wird angemerkt, dass zur Behandlung der vorangeführten Themen bereits Zwischen- bzw. Endergebnisse von konkret beauftragten namhaften Expertinnen und Experten vorliegen und daher diesbezügliche Zwischen- bzw. Endergebnisse diskutiert werden müssen.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden*

***dringlichen Antrag:***

*Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:*

*Die für Stadtentwicklung und Stadtplanung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird nach Herstellung des Einvernehmens mit der Stadtbaudirektion und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ersucht, im April zu einer sechsten Sitzung des Arbeitsausschusses „Stadtentwicklung“ einzuladen und das Stadtplanungsamt mit der Erstellung einer Tagesordnung einschließlich Themenaufbereitung sowie Durchführung zu beauftragen.*

**Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner:**

Dankeschön, ich möchte mich auch ganz ausdrücklich für den Antrag bedanken, und ich fasse ihn auch so auf, also sozusagen das Anliegen, einen Startschuss zu geben, den Unterausschuss fortzuführen und da natürlich in der Folge weitere Unterausschüsse einzurichten. Mit dem Kollegen Lenartitsch werden wir noch darüber reden, weil wir haben uns noch nicht persönlich darüber unterhalten, aber ich erteile da durchaus Zustimmung, zumindest weiß ich es schon, auch aus meiner Fraktion und auch der KPÖ. Ich habe auch schon mit der Stadtbaudirektion und den zuständigen Amtsleitern darüber gesprochen. Viele der erwähnten Themen sind tatsächlich dringliche, Bodenversiegelung, Wohnbau, Wachstum, die Planungsinstrumente, Qualitätssicherung, das stoßt auch bei mir auf höchstes Interesse und es ist ganz in meinem Sinne, dass wir da in aller Breite die Dinge, die für die Zukunft der Stadt relevant sind, also vor allem die Themen, dass wir die in aller Breite diskutieren im Unterausschuss. Ich freue mich darauf, es hat eine Einarbeitungsphase gebraucht, viele Vorhaben habe ich aber auch schon aufgegriffen. Ich freue mich dann auch, darüber im Unterausschuss berichten zu dürfen, hoffentlich dann in Präsenz, weil das war ja auch ein Thema, dass wir Pandemie-bedingt viele Ausschüsse ja noch gar nicht abhalten konnten, zumindest in meiner Zeit gab es noch keinen in Präsenz, aber das wird wohl hoffentlich mit dem Frühling jetzt passieren. Also insofern steht dem Anliegen jetzt nichts mehr entgegen und kann ich nur unterstützen. Danke (*Appl.*).

**GR Lenartitsch:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat und liebe Zuseher zuhause. Der Arbeitsausschuss Stadtentwicklung war eine gute Einrichtung, sogar ein wichtiges Instrument in der letzten Gemeinderatsperiode in Bezug auf Gemeinsamkeit, gemeinsame Sprache und der übereinkommenden Ideenfindung und Problemlösungsansätze für die von Ihnen angeführten Bereiche wie Klimaschutz, Wohnbau, Wachstum, Qualitätssicherung, Entwicklung usw., wobei eines natürlich nicht unerwähnt bleiben darf: Der

Arbeitsausschuss ist letztlich nicht zuletzt aufgrund des permanenten Drucks in der letzten Legislaturperiode von den Oppositionsparteien KPÖ, Grüne und SPÖ zustande gekommen, weil einfach Sitzung für Sitzung Initiativen zu diesem Thema einfach vielleicht nicht so beachtet wurden, wie es jetzt eben gemacht wird. Ebenso glaube ich, hat die Grazer Bevölkerung schon mitbekommen, dass eben auf diesen hemmungslosen Flächenfraß und die exzessive Verbauung einfach reagiert werden muss. Richtig ist, Sie haben bereits im Jänner dieses Jahres im Protokoll des Ausschusses für Verkehr-, Stadt- und Grünraumplanung anführen lassen, dass eine derartige Weiterführung wichtig ist, die gemeinsame Sicht auf die Dinge der Entwicklung unserer Stadt wäre, und dem stimmen wir selbstverständlich zu, dass die Zuständigkeit hier aufgrund des Wahlergebnisses neu verteilt ist, ist Ihnen sowieso bekannt, und mit unserer Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin haben wir hier eine Persönlichkeit, die die betreffenden Themenfelder konsequent abdeckt. Das sind in Summe Themen, die für unsere Stadtpolitik von immenser Wichtigkeit sind, nicht zuletzt deshalb ist es mir als Ausschussvorsitzendem ebenso ein großes Anliegen, diesen Arbeitsausschuss weiter fortzuführen. Es gibt in der Tat vieles an Fehlentwicklungen bzw. Versäumnissen aus den vorangegangenen Perioden zu revidieren, soweit dies halt noch möglich ist. Aus diesem Grund werden die Gemeinderät:innen der SPÖ dem Antrag zustimmen, sowohl was die Dringlichkeit als auch den Inhalt anbelangt. Danke (*Appl.*).

**GR Sikora:**

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Zuerst einmal recht herzlichen Dank für deinen Antrag. Die Vergangenheit hat es gezeigt, wie wertvoll dieser Unterausschuss eigentlich schon geworden ist. Mein Vorredner hat das Wesentliche und das Wichtigste eh schon gesagt, dieser Unterausschuss ist eigentlich auf Druck der Opposition, der damaligen, in die Wege geleitet worden, ihr habt es dann dankenswerterweise aufgenommen. Dieser Unterausschuss hat dann wertvolle Erkenntnisse gesetzt, also wir haben ja

zahlreiche Expertinnen und Experten eingeladen, die dann zu gewissen Thematiken Stellung genommen haben und auch eigentlich gezeigt und erklärt haben, welche Dinge wir erstens einmal in der Stadt notwendig hätten und sehr viel erklärt haben, was wir auch nicht gewusst haben, also dieser Wert war wirklich besonders hervorzuheben. Wir haben sowieso angenommen, dass dieser Unterausschuss fortgesetzt wird, weil wir das ja in den Koalitionsbesprechungen auch als Thematik gehabt haben.

*Zwischenruf GR DI **Topf**: Das haben wir nicht gewusst. Ich war bei diesen Sitzungen nicht dabei.*

**GR Sikora:**

Du warst wahrscheinlich nicht dabei bei diesen Besprechungen, aber jetzt weißt du es, dass das sowieso Thematik war, und wir hätten das sowieso weitergeführt, aber trotzdem ist es umso wichtiger, dass du es noch gesetzt hast diesen Antrag, um die Wichtigkeit und die Wertigkeit hier damit aufzuzeigen. Also nochmal recht herzlichen Dank trotzdem. Wir haben innerhalb der Fraktion das eine vielleicht noch besprochen, dass wir zusätzlich noch zu den Expertinnen/Experten, die wir einladen werden, wahrscheinlich auch in Zukunft es gerne sehen würden, und das ist wahrscheinlich dann eh noch Verhandlungssache mit der zuständigen Stadträtin, wie wir das gerne einsehen, es hat seinerzeit in der Vergangenheit gefehlt, dass wir Informationsberichte, die wir im Hauptausschuss gehabt haben, immer nur ganz kurz anreißen haben können, weil wir haben da nie die Möglichkeit gehabt, dann noch gewisse Ergänzungen oder Einbringungen für dieses Stück, das dann in den Hauptausschuss gekommen ist, einzubringen. Also das vielleicht noch als Wertigkeit für diesen Unterausschuss, dass man da noch speziell die Informationsberichte für neue Projekte speziell aufnimmt, dass man da wirklich die Möglichkeit hat, und das gilt auch für die Opposition, wenn sie dann Ideen hat, dass sie das auch einbringen kann in

das Hauptstück. Ansonsten, danke noch einmal, wir werden selbstverständlich der Dringlichkeit als auch dem Stück dann selbst die Zustimmung geben. Danke vielmals (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Vielleicht eine Ergänzung als ein Schlusswort. Ich habe zuerst einmal im ursprünglichen Antrag sehr sozusagen optimistisch und vielleicht ein bisschen vorschnell den März angeschnitten, das haben wir dann noch auf April geändert, und wir haben dann auch anstelle der Stadtplanung auch die Stadtbaudirektion sozusagen federführend hineingenommen, und deshalb sind diese zwei kleinen Änderungen im Antragstext von mir aufgenommen worden.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

**GR Ing. Lohr:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, lieber Antragsteller Georg Topf. Auch von unserer Seite danke für deinen Antrag, es ist halt traurig, dass wir den Antrag erst brauchen, damit die zuständige Vizebürgermeisterin hier in die Gänge kommt, dass sie den Unterausschuss wieder einberuft. Sie reden dann immer von einer Einarbeitungsphase, jetzt haben wir mittlerweile schon die dritte Gemeinderatssitzung, da tut sich noch relativ wenig, heute haben wir dann einen Bebauungsplan einmal geschafft, also ich fürchte, da müssen wir noch ziemlich Gas geben, da reicht es nicht, wenn man nur am Fahrrad treten, da werden wir einen PS-starken Motor brauchen, damit sich hier endlich einmal etwas tut. Zum Inhalt selbst, der Unterausschuss ist natürlich sehr wertvoll, die fünf Sitzungen haben in der letzten Periode stattgefunden, es sind auch sehr viele Geldmittel oder zumindest ein Geldbetrag ist eingesetzt worden, da haben wir Berichte angefordert und die müssen wir natürlich weiter diskutieren und entgegennehmen. Zum Abänderungsantrag, den

ich einbringe, weil der Ursprungsantrag, da hat es ja nur geheißen, eine sechste Sitzung einzuberufen; das war jetzt für unseren Klub ein bisschen zu gefährlich, wahrscheinlich hätten wir dann für die siebente Sitzung doch wieder einen dringlichen Antrag gebraucht, darum wollten wir hier eine kontinuierliche Sitzungsführung sicherstellen. Ich glaube auch, dass hier auf jeden Fall Präsenzsitzungen notwendig sind, das glückt ja auch in anderen Ausschüssen, ich komme daher zum Abänderer: Da die Diskussion über die offenen Punkte und die bereits vorliegenden Berichte des Unterausschusses „Stadtentwicklung“ voraussichtlich nicht in einer Sitzung abgehandelt werden können, sollte dem Unterausschuss keine zeitliche Vorgabe gesetzt werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den

**Antrag:**

Die für Stadtentwicklung und Stadtplanung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird nach Herstellung des Einvernehmens mit der Stadtbaudirektion und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ersucht, die Sitzungen des Unterausschusses „Stadtentwicklung“ wieder regelmäßig stattfinden zu lassen und die Stadtbaudirektion mit der Erstellung von Tagesordnungen einschließlich Themenaufbereitung sowie Durchführung zu beauftragen (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Da die Diskussion über die offenen Punkte und die bereits vorliegenden Berichte des Unterausschusses „Stadtentwicklung“ voraussichtlich nicht in einer Sitzung abgehandelt werden können, sollte dem Unterausschuss keine zeitliche Vorgabe gesetzt werden.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Antrag,**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die für Stadtentwicklung und Stadtplanung zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Judith Schwentner wird nach Herstellung des Einvernehmens mit der Stadtbaudirektion und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung ersucht, die Sitzungen des Unterausschusses „Stadtentwicklung“ wieder regelmäßig stattfinden zu lassen und die Stadtbaudirektion mit der Erstellung von Tagesordnungen einschließlich Themenaufbereitung sowie Durchführung zu beauftragen.*

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kolleginnen und Kollegen auch vom Stadtsenat und liebe Zuseher:innen. Ich denke, dieser Unterausschuss gibt uns hier wirklich einmal eine gute Gelegenheit, viele wichtige Dinge auch zu diskutieren, auch Expert:innen einzuladen, auch ein bisschen andere Formate einzusetzen; wir haben an Exkursionen gedacht, auch um einen etwas anderen Charakter einzubringen in die Workshops oder in diese Sitzungen. Und jetzt ist natürlich diese Frage, was ist da alles zu tun? Und wir haben einfach die Situation, dass sehr viel von der Vorgängerstadtregerung hier übriggeblieben ist, was jetzt aufgearbeitet werden muss, was einfach auch eine Zeit lang dauert. Und ich weiß, dass das Team von der Judith Schwentner da großartig Arbeit leistet, die da hier wirklich sehr viel einfach an Dingen abzarbeiten haben, es kommen sehr vielen neue Anfragen rein. Wir wollen natürlich einiges verändern, was dann eben die Stadtplanung und die Stadtentwicklung betrifft, und deswegen werden wir hier diesem Unterausschuss natürlich zustimmen. Wir werden aber diesem Abänderungsantrag hier nicht Folge leisten. Danke (*Appl.*).

**GR DI Topf:**

Ich danke für die breite Zustimmung, danke vielmals, und ich freue mich auf die sechste Sitzung und auf die folgenden Sitzungen mit den entsprechenden Themenaufbereitungen und wir werden sehr konstruktiv miteinander arbeiten können. Danke vielmals (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (16.01 Uhr).***

**Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner:**

Dankeschön, ich übernehme den Vorsitz. Der nächste Antrag kommt wieder von der ÖVP zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Graz durch Erweiterung der FH Joanneum in Reininghaus.

Wissenschaftsstandortes, Entschuldigung, des Wissenschaftsstandortes Graz durch Erweiterung der FH Joanneum. Bitteschön, Herr Gemeinderat.

### **9.3 Stärkung des Wissenschaftsstandortes Graz durch Erweiterung der FH JOANNEUM in Reininghaus (GR Dr. Peter Piffel-Percevic, ÖVP)**

**GR Dr. Piffel-Percevic:**

Frau Vorsitzende, liebe Kollegen in der Stadtregierung, liebe Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuseher:innen und Zuhörer:innen. Wir können nahtlos bei dem bereits vorhin besprochenen Antrag über die Modalitäten in der Ausbildung in unseren

Gesundheitsberufen mit diesem Antrag anschließen. Um diese Ausbildungen vorzunehmen, sind viele Institutionen notwendig. Es wurde dann auch noch ergänzt, natürlich gibt es auch private Krankenpflegerschulen, die natürlich einzubeziehen sind und die natürlich auch die gesetzlichen Erfordernisse zu erfüllen haben. Aber in der Steiermark ist es hauptsächlich das Land Steiermark, und das auch über die FH Joanneum, deren Infrastruktur wir durch eine eigene Tochtergesellschaft der Stadt Graz bereitstellen mit dem Standort in Graz Eggenberg, mit dem Campus, der dort entstanden ist an der Alten Poststraße und in der Eggenberger Allee. Also das Land Steiermark bekennt sich, und auch wir, indem wir die Infrastruktur vertraglich bereitstellen, bekennen sich sozusagen durch diese Tatsache zur Aufgabe, für die entsprechenden qualitativ hochstehenden Ausbildungen zu sorgen. Und gerade im Gesundheitsbereich hat sich da sozusagen Revolutionäres in den letzten Jahren getan. Die, ich nenne es jetzt flapsig die medizintechnischen Assistent:innen, die Physiotherapeuten sind alle dorthin gekommen bis zu den Hebammen, und es ist heute bereits seit Jahr und Tag in Eggenberg ein ganz wichtiger Gesundheitsstandort für die Gesundheitsberufe. Jetzt nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz kommen eben die früheren Diplomkrankenschwestern, die weiter auch in ihrer bisherigen Form ausgebildet werden, aber sozusagen in ihrer Funktionalität im Rahmen von Bachelorstudierenden an die FH Joanneum und müssen ihren bisherigen Standort im Landesbereich des Landeskrankenhauses verlassen. Und es ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Formal hat das Land Steiermark dafür zu sorgen, und traditionell, ich habe es schon betont, hat die Stadt, in Form der Infrastruktur, die sie als Gebäude zur Verfügung stellt, ist die Stadt auch schon in Vorplanung getreten, um jetzt für die kommenden Studiengänge auch die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Das ist für das Land nicht kostenlos, also für die bundesfinanzierten bisherigen Studiengänge hat die Stadt das sozusagen gratis zur Verfügung gestellt plus minus. Hier für diese nicht-bundesfinanzierten Studiengänge würde auch ein Entgelt seitens des Landes zu leisten sein, das heißt, es ist die Bereitstellung dieser Infrastruktur klar auch mit einer Mieteinnahme verbunden. Aber wir sind auch in Konkurrenz steiermarkweit, auch als ein obersteirischer FH-Standort hat sich bereits die Gemeinde Kapfenberg

bereiterklärt, das zu tun, und wir können, und das ist der zweite Punkt dieses Antrages, wenn wir hier sagen, wir sind ein wichtiger Wissenschafts- und Ausbildungsstandort im Hochschulbereich, dann sollten wir auch dafür sorgen durch Eigeninitiativen, wie gesagt nicht ohne Gegenleistung, aber dass auch diese neue wichtige unverzichtbare akademische Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger in Graz stattfindet. Es sind Vorarbeiten geleistet worden und ich würde wirklich bitten, da aufzubauen. Wir haben eine 100-prozentige Tochtergesellschaft, die da sehr eingeübt ist und ich würde den Herrn Finanzreferenten bitten, auf diesen Arbeiten aufbauend auch gemeinsam mit den Beschlussfassungen im Gemeinderat hier dem Land ganz konkret ein Angebot zu machen. Im Antrag sehen Sie dann auch noch die MINT-Studiengänge, das sind jetzt konventionell finanzierte, brauchen auch eine Erweiterung, und wir haben ein Stadtentwicklungsprojekt über die FH Joanneum, das uns eine enorme Triebkraft gibt in unserem wissenschaftsindizierten Wirtschaftsstandort, und das war kein Versprecher, Frau Vizebürgermeisterin, denn Wissenschaft und Wirtschaft gehören sehr eng zusammen und wir haben das auch durch die Beschlussfassungen im Gemeinderat möglich gemacht, und ich würde bitten, das ist der zweite Punkt des Antrages, diesen Weg auch fortzusetzen. Danke (Appl.).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Graz ist der zentrale Wissenschaftsstandort der Steiermark, seit 1585 ist die Landeshauptstadt Universitätsstadt. Mittlerweile begründen fünf Universitäten, zwei Fachhochschulen und zwei Pädagogische Hochschulen den hervorragenden Ruf als international anerkannten Forschungs- und Wissenschaftsstandort.*

*Die FH JOANNEUM, welche neben Graz auch Standorte in Kapfenberg und Bad Gleichenberg hat, ist eine der beiden Fachhochschulen in Graz und bietet für derzeit rund 4.750 Studierende wirtschaftswissenschaftliche, technische, gesundheitswissenschaftliche, medienwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Studiengänge an. Das Lehrangebot der FH JOANNEUM umfasst aktuell 27 Bachelor- und 22 Masterstudiengänge sowie 9 Masterlehrgänge in den Departments*

*Gesundheitsstudien, Angewandte Informatik, Bauen/Energie & Gesellschaft, Engineering, Management und Medien & Design.*

*In den letzten Jahren hat sich die FH JOANNEUM sehr dynamisch entwickelt und die Anzahl der Studierenden von rund 3.500 im Jahre 2011/12 hat sich auf rund 4.700 (2018/19) erhöht. Damit einhergehend hat auch der Mitarbeiter:innenstand den Wert von 700 Mitarbeiter:innen überschritten. Es besteht weiterhin ein hoher Bedarf an Absolvent:innen aller Studiengänge und es ist zu erwarten, dass die Zahl der Studierenden weiter zunehmen wird. Aufgrund dieses stetigen Wachstums stößt die FH JOANNEUM auch an ihre infrastrukturellen Grenzen. Die resultiert einerseits aus dem gesteigerten Flächenbedarf im Bereich der Gesundheitsstudien, der auf einem substantiellen erforderlichen Studienwachstum im Bereich der Gesundheitsberufe, insbesondere bei der Gesundheits- und Krankenpflege, beruht. Andererseits ist auch im Bereich der MINT-Studiengänge (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) basierend auf jährlichen Ausschreibungen des BMBWF für Studienplatzfinanzierungen eine bedarfsorientierte Ausweitung von Studienplätzen vorgesehen, die entsprechend Mehrbedarf an Flächen mit sich bringen.*

*Die Stadt Graz bildet mit der FH Standort Graz GmbH als 100 % städtische Tochtergesellschaft bereits seit 2005 die Schnittstelle zur FH JOANNEUM und ist seither in Vertretung der Stadt Graz für die weitere Entwicklung des FH Standortes inklusive Fragen der neuen Studiengänge zuständig (vgl. Gemeinderatsbeschluss vom 14.4.2005, GZ.: A8 – K 39/2005-1, A16 – K 126/2003). Mit der Bereitstellung der baulichen Infrastruktur für die FH Studienplätze am Standort Eggenberg als Gegenstand des Unternehmens bekennt sich die Stadt Graz seither zur Wichtigkeit der Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes und der FH JOANNEUM. Zuletzt beteiligte sich die Stadt Graz an der Erweiterung des FH Standortes in der Eckertstraße.*

*Seit 2019 gibt es seitens der Stadt Graz intensivierte Gespräche und Überlegungen mit dem Land Steiermark über eine Standorterweiterung der FH JOANNEUM in Graz, um dem Flächenmehrbedarf aufgrund steigender Studierendenzahlen gerecht zu werden. Die FH JOANNEUM schätzt für die Bereiche der Gesundheits- und MINT-Studiengänge zusammen rund 20.000 m<sup>2</sup> zu benötigen, wovon ca. 12.500 m<sup>2</sup> für die*

*Gesundheitsstudiengänge und ca. 7.500 für die MINT-Studiengänge vorzusehen wären. Die Räume für die Gesundheits- und Krankenpflege-Studiengänge werden zumindest teilweise bereits ab 2023 benötigt.*

*Vor diesem Hintergrund sind die bereits zwischen Land Steiermark und Stadt Graz entwickelten Pläne für einen neuen Campus der FH JOANNEUM in Graz weiter voranzutreiben. Die FH JOANNEUM ist bereits Teil der Smart City Graz, dem im Aufbau befindlichen Stadtentwicklungsgebiet im Westen der Stadt. Im Rahmen dieses Vorhabens sollte die Gelegenheit genutzt werden, um das Gebiet rund um Reininghaus und der Smart City durch den gezielten Aus- und Aufbau von Bildung, Forschung und Industriekooperation zu einem wesentlichen Wissenschafts- und Forschungszentrum innerhalb von Graz zu machen. Die bisherigen Gespräche zwischen Land Steiermark, der FH JOANNEUM und der Stadt Graz haben bis zur vor der im September 2021 stattgefundenen GR-Wahl das Vorhaben der Errichtung eines Design- und Gesundheits- sowie Krankenpflege-Campus in Reininghaus ergeben. Dafür wurden von der Abteilung für Immobilien unter der damaligen Zuständigkeit von Stadtrat Dr. Günter Riegler im Sommer 2021 auch bereits Kauf- und Mietangebote für passende Grundstücke samt Kosten und Finanzierungsvorschlägen zur Realisierung des Campus-Gebäudes in Reininghaus eingeholt. Die Entscheidungsgrundlagen liegen auf dem Tisch und sollten aus Sicht des Gemeinderatsclubs der VP aufgrund des dringenden Flächenbedarfs der FH JOANNEUM rasch finalisierenden Gesprächen mit dem Land Steiermark zugeführt werden.*

*Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden*

**dringlichen Antrag:**

- I. *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz intensivieren und finalisieren die Gespräche hinsichtlich der im Bereich der MINT- und Gesundheitsstudiengänge erforderlichen Erweiterung der FH JOANNEUM mit dem Land Steiermark.*
- II. *Die Stadt Graz bekennt sich damit weiterhin zur Wichtigkeit der Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes in der Landeshauptstadt Graz.*

**Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.**

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Mohsenzada:**

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Gleich vorab möchte ich um eine getrennte Abstimmung bitten. Dass wir uns zur Wichtigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandortes bekennen, steht außer Frage. Darum werden wir dem Punkt 2 zustimmen. Mit dem Punkt 1 haben wir aber jedoch einige Schwierigkeiten: Denn wenn Sie sagen, es lägen Dinge auf dem Tisch, dann stimmt das so nicht. Als Wirtschaftspartei werden Sie wissen, dass nicht nur die Preise am Immobilienmarkt ständig steigen, sondern auch Baukosten in die Höhe schießen, es wurden ja auch immer wieder die Baukosten zum Beispielspiel der Schulprojekte in den letzten Jahren überschritten. Zweitens, wenn wir hier und heute festlegen, dass die Stadt Graz, egal um welchen Preis, die Gespräche finalisiert, also das Grundstück kauft, sind wir in einer äußerst schlechten Verhandlungsposition. Es kann sein, wie es auch jetzt in der Vergangenheit war im Zusammenhang mit FH Joanneum, dass der Ankauf des Grundstückes für die Stadt wahrscheinlich wirtschaftlich nicht klug wäre, darum stelle ich seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Abänderungsantrag:**

Der Antragstext wird in Punkt I wie folgt geändert:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz intensivieren die Gespräche hinsichtlich der im Bereich MINT- und Gesundheitsstudiengänge erforderlichen Erweiterung der FH Joanneum mit dem Land Steiermark, mit dem Ziel, eine für die Stadt Graz finanzierbare Lösung zu finden. Ich bitte um Annahme (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Der Antragstext wird in Punkt I wie folgt geändert:*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz intensivieren die Gespräche hinsichtlich der im Bereich MINT- und Gesundheitsstudiengänge erforderlichen Erweiterung der FH Joanneum mit dem Land Steiermark, mit dem Ziel, eine für die Stadt Graz finanzierbare Lösung zu finden.*

**StR Dr. Riegler:**

Ich möchte hier nur vielleicht ein paar ergänzende Anmerkungen machen. Herr Gemeinderat Piffl-Percevic hat ja schon darauf hingewiesen auf die herausragende Bedeutung der Pflegeausbildung, die eben akademisiert zu einem großen Teil weiterhin in Graz stattfinden soll, ein kleinerer Teil eben in Kapfenberg. Also wir wissen alle, dass wir hier großen Nachholbedarf haben und dass das Aufwachsszenario eigentlich vorsieht, dass jedes Jahr eine neue zusätzliche Kohorte hinzukommt. Ich möchte allerdings auch auf die MINT-Fächer kurz eingehen. Wie Sie wissen, ist es ja so, dass bei den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen eigentlich das Land in der Ziehung ist, insofern kann ich diesem quasi in Parenthese hinzugefügten Halbsatz der KPÖ jetzt nichts entgegensetzen, ja natürlich muss es finanziell leistbar sein, Frau Mohsenzada, der Ankauf. Warum der wirtschaftlich nicht klug sein soll, weiß ich nicht,

denn der Ankauf ist immer wesentlich besser. Wir sind momentan leider eher in einer Situation, in der wir zum Teil nicht ankaufen können, weil niemand verkaufen möchte. Ich möchte Ihnen hier berichten und auch dem Herrn Kollegen Eber, der jetzt für Finanzen und Immobilien zuständig ist, dass die Bundesimmobiliengesellschaft, die ja ein großes Areal in Reininghaus hat und wo ja auch der Schulcampus entstehen soll, dass wir dort sogar auf höchster Stelle darum ersucht haben, dass wir ein Stück kaufen dürfen. Allerdings hat uns die Bundesimmobiliengesellschaft bis dato kein Kaufanbot, sondern nur ein Mietangebot gemacht, wir hätten aber von einem zweiten Investor, der vor Ort in Reininghaus ist, tatsächlich auch ein Kaufangebot und es wäre natürlich wesentlich günstiger, weil bekanntlich, wenn Sie irgendwann 50 Jahre lang mieten, dann zahlen sie 50 Jahr Miete, wenn Sie es einmal gekauft haben, gehört es Ihnen. Ich möchte erwähnen, dass der Standort Reininghaus insgesamt auch deswegen ganz wichtig ist, und da schaue ich jetzt auch ganz stark in Richtung Design und der designaffinen Menschen hier. Wir haben ja bekanntlich im Blauen Haus in der Alten Poststraße 154 einen großen Sanierungsbedarf und wir haben weitere bundesfinanzierte Studiengänge in den letzten Jahren in Graz für die FH Joanneum dazugewonnen. Ich durfte ja selber einige Jahre lang dort als Geschäftsführer bei einigen Ausschreibungen des Bundes mitmachen und wir haben da einiges an Wachstum hingelegt und daher wäre es ganz, ganz wichtig, dass wir für die Design- und für die MINT-Studiengänge am Standort tatsächlich möglichst rasch diese Angebote einlösen. Das ist auch mit ein Grund, warum ich eben durchaus immer wieder nicht müde werde, da ein wenig auch daran zu erinnern, dass diese Angebote, die wir haben, eigentlich irgendwann auch möglicherweise verfallen können. Zum Teil müssen wir auch damit rechnen, dass Investoren dann natürlich schon andere Käufer und Mieter hätten und daher ist hier hohe Dringlichkeit auch geboten, daher auch das Anliegen über diesen Weg eines Dringlichen zu gehen. Abrundend, es gibt für alles Konzepte, wir haben auch dem Land bereits Berechnungen vorgelegt, wie das aussehen könnte, wenn z.B. die Stadt Graz in Vorfinanzierung treten sollte und das Land dann sozusagen in eine Mietvariante einsteigt. Das gibt es alles, da kann ich dem Kollegen Eber nur die vollste Kooperation zusichern und das wäre ein tolles Signal,

wenn wir heute für den Wissenschaftsstandort Graz gemeinsam möglichst einen einstimmigen Beschluss zustande brächten, dass wir tatsächlich eben den FH-Standort auf Reininghaus wesentlich erweitern (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und im Stadtsenat, liebe Zuseher:innen. Die FH Joanneum ist, glaube ich, da sind wir uns alle einig, eine sehr wichtige Einrichtung für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Graz, deswegen ist diese Ausweitung auch aus unserer Sicht sehr zu begrüßen, wir haben deswegen auch der Dringlichkeit des Antrages zugestimmt und werden auch zu Punkt 2, wie hier eingebracht wurde, zustimmen, also ein klares Bekenntnis zur Wichtigkeit der Entwicklung eben des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Graz. Zu Punkt 1 werden wir dann der Abänderung der KPÖ zustimmen. Es gilt natürlich, diese Gespräche zu intensivieren, es geht dann aber schon auch darum, eben diesen finanziellen Rahmen sich noch einmal anzuschauen, diese Standortfrage sich zu überlegen, also wie viel muss man dann auch neu bauen. Das heißt, all dies gut durchzudenken und zu klären und dann das Ganze zu finalisieren. In diesem Sinne, wie gesagt, bei Punkt 1 werden wir dann dem Abänderungsantrag der KPÖ zustimmen. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Robosch:**

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass wir alle schon festgestellt haben, dass uns dieser Antrag sehr, sehr wichtig ist, sowohl der Inhalt als auch das Bekenntnis zum Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Graz ist ganz außer Frage. Das, was auch außer Frage ist, ist der Zeitpunkt und das Vorgehen auf Verhandlungsergebnisse, was wir zu diesem Zeitpunkt nicht tun können aus zwei Gründen: Erstens, weil wir diese Verhandlungen und diese Gespräche noch finalisieren und auch fertig intensivieren müssen. Und andererseits auch deswegen,

weil wir als Stadt Graz noch im Budgeterstellungprozess sind. Und wie wir auch schon sehr oft hier gesagt haben, auch im Finden eines Kassasturzes, der für uns als Stadt Graz noch nicht wirklich auf dem Tisch liegt, wo wir jetzt auch nicht sagen können, ja, wir möchten diesen Punkt 1 jetzt so abstimmen, wie er hier gerade steht, weil das wäre schlicht und ergreifend nicht dienlich der Sache und nicht dienlich der Stadt Graz. Deswegen werden wir uns natürlich auch ganz klar als SPÖ dem Abänderungsantrag der KPÖ anschließen und dem zweiten Punkt einfach so zustimmen (*Appl.*).

**GR Dr. Piffl-Percevic:**

Ich möchte allen für ihre Wortmeldungen herzlich danken. Es zeichnet sich ein großer Konsens ab, und ich möchte da auch noch einmal unmissverständlich klarmachen zu diesem ersten Punkt, die ÖVP sieht in dem Zusatz, der Text des ersten Antragspunktes ist ident, bis um den Zusatz, der jetzt im Abänderungsantrag gewünscht wird mit dem Ziel, eine für die Stadt Graz finanzierbare Lösung zu finden, stimmen wir selbstverständlich voll überein. Nicht nur weil der Herr Finanzdirektor, natürlich auch der Herr Finanzstadtrat, da steht, sondern es ist klar, es hat auch in der Vergangenheit großes Verhandlungsgeschick gegeben und wir würden unklug handeln, wenn wir ein Verhandlungsergebnis hier vorweg beschließen. Das ist selbstverständlich noch nicht zu Ende verhandelt. Und es ist noch offen, aber ich glaube, es ist Zeit, dass wir die Ernsthaftigkeit zu vertretbaren Konditionen und das Schicksal ist in den Händen vom Herrn Finanzstadtrat und vom Herrn Finanzdirektor und den Mitarbeiter:innen. Da wissen wir uns in guten Händen. In diesem Sinne stimmen wir selbstverständlich dem ersten Punkt in Form des Abänderungsantrags auch gern zu. Herzlichen Dank (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag (Punkt 2) wurde einstimmig angenommen.***

**9.4 Neugestaltung Wirtschaftsförderung  
(GR Mag. Dr. Christian Kozina, Grüne)**

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen. Ich darf diesen Antrag heute in Vertretung von David Ram einbringen, den wir gemeinsam erarbeitet haben. Als Grüne ist uns die Wirtschaft wichtig, im ökonomischen Sinne, auch zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und eben auch der regionalen Wertschöpfung, aber auch in ökologischer und sozialer Hinsicht spielt die Wirtschaft eine besondere Rolle. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu setzen in einer Marktwirtschaft, dass das Ganze dann eben auch auf die aktuelle Situation passend funktioniert. Das heißt, wir haben die Klimakrise, wir haben jetzt auch mit der Corona-Krise wieder gewisse Entwicklungen, auf die wir besondere Rücksicht nehmen müssen, und wir haben da eben einen Wandel. Und diesen Wandel gilt es eben, aktiv zu unterstützen, die Entwicklung des Unternehmertums in Graz mit den Zielsetzungen einer klimafreundlichen, ökologischen und sozial nachhaltigen Stadtentwicklung in Einklang zu bringen, und deswegen haben wir verschiedene Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik definiert. Dinge, die wir auch als Stadt in der Lage sind zu tun, weil natürlich die Handlungsspielräume sind nicht so groß in einer Stadt, aber dennoch kann man hier einiges tun. Diese zwei Schwerpunkte sind erstens ökologisch nachhaltige und klimafreundliche Unternehmen und Geschäftsmodelle. Es geht darum, Graz als Green-thinking-Stadt zu positionieren und damit einen Vorsprung bei Innovation und grünen Jobs zu sichern. Es geht um die sich entwickelnde Kreislaufwirtschaft, den Trend zu mehr Regionalität, gut bezahlten Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in Graz und in der Steiermark. Ziel dieser Wirtschaftspolitik soll es eben sein, den Standort Graz weiter zu stärken, die Wirtschaft stärker in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten und dadurch auch zukunftsfit und resilient zu machen. Der zweite Schwerpunkt sind sozial verantwortungsvolle Unternehmen und Geschäftsmodelle. Hier geht es darum, dass wir Unternehmen unterstützen, die auch ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, die die Beteiligung, die betriebsrätliche

Vertretung der Mitarbeiter:innen fördern, und dass wir auch besonderes Augenmerk auf Unternehmen legen, die mit innovativen Ansätzen einen Mehrwert für Mitarbeiter:innen und Gesellschaft schaffen. Dazu gehört auch Social Entrepreneurship, das wir eben hier auch gezielt fördern wollen. Ich stelle daher im Namen des grünen Gemeinderatsklubs ALG folgenden

**dringlichen Antrag:**

1. Der Gemeinderat beauftragt Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler gemeinsam mit den zuständigen Stellen und unter Einbindung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sowie ausgewählter Stakeholder (z.B. Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Wissenschaft etc.) mit der Erarbeitung einer neuen Wirtschaftsstrategie und davon abgeleiteten Förderprogrammen und -richtlinien mit folgenden Schwerpunkten:
  - a. Ökologisch nachhaltige und klimafreundliche Unternehmen und Geschäftsmodelle insbesondere EPU, kleine und mittlere Unternehmen, Start-Ups, Unternehmen der Kreativwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Reparatur und Handwerk mit einem besonderen Fokus auf innovativen Ansätzen in den Bereichen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Regionalität
  - b. Sozial verantwortungsvolle Unternehmen und Geschäftsmodelle insbesondere mit Bestrebungen im Bereich Lehrlingsausbildung, flexible (arbeitnehmer:innenfreundliche) Arbeitszeitmodelle, Gleichbehandlung, Inklusion, altersgerechte Arbeitsmodelle sowie Unternehmen mit Fokus auf die Lösung von gesellschaftlichen Problemen (Social Entrepreneurship)
2. Der Gemeinderat beauftragt Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler gemeinsam mit den zuständigen Stellen mit der Erarbeitung von Nachhaltigkeitsindikatoren, die die wichtigsten ökologischen und sozialen Aspekte beinhalten. Diese Nachhaltigkeitsindikatoren sollen dazu dienen, alle zukünftigen Förderungsprogramme auf Zielgenauigkeit und Wirksamkeit zu überprüfen.

Die erarbeiteten Ergebnisse sind dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Juni 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die Gesellschaft befindet sich im Wandel. Die Bewältigung der Klimakrise und die Auswirkungen der Corona-Krise führen in vielen Bereichen zu tiefgreifenden Veränderungen, aber auch gleichzeitig zur einzigartigen Chance, die Zukunft nachhaltig neu zu gestalten.*

*Unternehmen spielen neben Politik und Gesellschaft eine bedeutende Rolle, den anstehenden Herausforderungen zu begegnen und tragen über Innovationen, die Entwicklung von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen sowie durch die Etablierung von nachhaltigen Geschäftsmodellen maßgeblich zur Lösung bei.*

*Daher ist es von größtem Interesse der Stadt Graz, diesen Wandel aktiv zu unterstützen und die Entwicklung des Unternehmertums in Graz mit den Zielsetzungen einer klimafreundlichen, ökologisch nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung in Einklang zu bringen. In diesem Sinne haben wir folgende Schwerpunkte in der künftigen Wirtschaftspolitik definiert:*

- 1) *Ökologisch nachhaltige und klimafreundliche Unternehmen und Geschäftsmodelle*

*Die Megatrends Nachhaltigkeit und Klimawende sind die bestimmenden Themen der nächsten Jahrzehnte. Daher wollen wir mit einer gemeinsamen Anstrengung von Politik und Wirtschaft Graz als eine "Green Thinking"-Stadt positionieren und uns damit einen Vorsprung bei Innovation und "Grünen Jobs" sichern. Weitere Themen in diesem Zusammenhang sind die sich entwickelnde Kreislaufwirtschaft und der Trend zu mehr Regionalität, die gute bezahlte Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Graz und der Steiermark schaffen. Ziel der neuen Wirtschaftspolitik ist es, den Standort Graz weiter*

zu stärken, die Wirtschaft stärker in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten und sie dadurch zukunftsfit und resilient zu machen.

2) *Sozial verantwortungsvolle Unternehmen und Geschäftsmodelle*

*Die Wirtschaft nach Corona erfordert ein Neudenken der Rolle und Verantwortung von Unternehmen in unserer Gesellschaft und der Beziehung von Unternehmen und ihren Mitarbeiter:innen. Unternehmer:innen bieten sich durch die Digitalisierung eine Vielzahl von neuen Möglichkeiten und Chancen, die Zusammenarbeit im Unternehmen und die Zusammenarbeit mit Kund:innen und Lieferant:innen neu zu gestalten. Wir wollen Unternehmen unterstützen, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und die die Beteiligung und betriebsrätliche Vertretung der Mitarbeiter:innen fördern. Weiters wollen wir ein besonderes Augenmerk auf Unternehmen legen, die mit innovativen Ansätzen einen Mehrwert für Mitarbeiter:innen und Gesellschaft schaffen. Auch Social Entrepreneurship, das explizit auf die Lösung von gesellschaftlichen Problemen abzielt, soll in diesem Rahmen gefördert werden. Damit unterstützen wir sozial verantwortliches Unternehmertum, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unter der Einbeziehung der Bedürfnisse der Mitarbeiter:innen. In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden*

**dringlichen Antrag:**

1. *Der Gemeinderat beauftragt Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler gemeinsam mit den zuständigen Stellen und unter Einbindung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sowie ausgewählter Stakeholder (z.B. Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Wissenschaft etc.) mit der Erarbeitung einer neuen Wirtschaftsstrategie und davon abgeleiteten Förderprogrammen und -richtlinien mit folgenden Schwerpunkten:*

- a. *Ökologisch nachhaltige und klimafreundliche Unternehmen und Geschäftsmodelle insbesondere EPU's, kleine und mittlere Unternehmen, Start-Ups, Unternehmen der Kreativwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Reparatur und Handwerk mit einem besonderen Fokus auf innovativen Ansätzen in den Bereichen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Regionalität*
  - b. *Sozial verantwortungsvolle Unternehmen und Geschäftsmodelle insbesondere mit Bestrebungen im Bereich Lehrlingsausbildung, flexible (arbeitnehmer:innenfreundliche) Arbeitszeitmodelle, Gleichbehandlung, Inklusion, altersgerechte Arbeitsmodelle sowie Unternehmen mit Fokus auf die Lösung von gesellschaftlichen Problemen (Social Entrepreneurship)*
2. *Der Gemeinderat beauftragt Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler gemeinsam mit den zuständigen Stellen mit der Erarbeitung von Nachhaltigkeitsindikatoren, die die wichtigsten ökologischen und sozialen Aspekte beinhalten. Diese Nachhaltigkeitsindikatoren sollen dazu dienen, alle zukünftigen Förderungsprogramme auf Zielgenauigkeit und Wirksamkeit zu überprüfen.*
- Die erarbeiteten Ergebnisse sind dem Gemeinderat bis zu seiner Sitzung im Juni 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.*

**StR Dr. Riegler:**

Jetzt ist es an mir zu sagen, da seid ihr jetzt vielleicht ein bisschen übereilig gewesen, denn wir haben ja, wie Sie schon richtig angemerkt haben, Frau Vizebürgermeisterin, ja noch nicht einmal ein Budget, wir sind noch weit davon entfernt, überhaupt noch Budgetverhandlungen zu haben und wir hatten noch nicht einmal die erste Sitzung des Wirtschafts- und Tourismusausschusses, die für 22. März anberaumt ist, und für die ich mit der Frau Keimel von der Wirtschaftsabteilung eigentlich vereinbart hätte, dass man einmal einen großen Überblick gibt über das Förderpanorama, das wir eigentlich in der Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz schon seit vielen Jahren haben. Wenn Sie nämlich diese Sitzung am 22. März abgewartet hätten, Herr Kozina und Herr Ram, der heute leider nicht dabei sein kann, dann hätten Sie nämlich Gelegenheit gehabt zu hören,

dass so gut wie alle Förderungen, die die Grazer Wirtschaftsabteilung in den letzten Jahren im Instrumentenkoffer entwickelt hat, dass so gut wie alle diese Förderungen im Grunde genommen dem Ziel der Nachhaltigkeit, den Zielsetzungen, die Sie genannt haben, Social Entrepreneurship, Nachhaltigkeit, soziale Geschäftsmodelle, Inklusion, Lehrlingsausbildung indirekt oder direkt dienen. Ich erwähne den Green Tech Cluster, wir sind Mitglied des Green Tech Clusters, das übrigens ein Cluster, der sehr stark auch auf Klein- und Mittelunternehmen abzielt, wir haben als Fördermodell den Social Business Hub, ein Gründungsnetzwerk für Unternehmen mit Geschäftsmodellen, die einen gesellschaftspolitischen Fokus haben. Den Green Tech Hub und den Green Tech Summer, wir haben eine Sockelzonenförderung für Unternehmen im neu entstehenden Stadtteil Reininghaus, die auf den SDGs, also auf den Sustainable Development Goals abzielen; es ist überhaupt so, dass so gut wie jede Handlung im Bereich von Förderungen, im Bereich Wissenschaft, Wirtschaft eigentlich auf die SDGs abzielen. Und wir haben im Übrigen in sehr hohem Ausmaß eine Förderung von StartUp-Unternehmen, und ich kann auch bestätigen, dass tatsächlich ich auch laufend StartUps treffe bei meinen Wirtschaftsgesprächen, darüber werde ich dann zu einem späteren Zeitpunkt im Gemeinderat und öffentlich berichten, und dann daher sagen, dass eigentlich all das, was Sie hier sozusagen als Trendwende, also große Wende ankündigen, einfordern, eigentlich im Wesentlichen umgesetzt ist. Ich möchte vielleicht bei dieser Gelegenheit auch noch anmerken, dass ich wiederholt immer wieder wahrnehme, dass Sie eigentlich das ganz gerne tun, was irgendwie nicht ganz platziert ist, nämlich dieses Auspielen von braven kleinen und bösen großen Unternehmen. Sie haben ja auch jetzt wieder in Ihrer Formulierung mit einem „insbesondere“ hervorgehoben, dass Sie insbesondere EPU, kleinere und mittlere Unternehmens-StartUps und Unternehmen der Kreativwirtschaft kreislaufwirtschaftsfördern wollen. Insbesondere heißt also, dass Sie diese hervorheben, priorisieren wollen. Ich möchte daran erinnern, dass ein ganz wesentlicher Wohlfaktor in unserem Grazer Lebensraum die Industrie ist, die Mobilität, Leiterplatten, Mikrochips, die gesamten Technologiegroßunternehmen, die nur in einem industriellen, kapitalistischen großen Rahmen möglich sind und sinnvoll

sind, vorangetrieben werden können, die dann eben auch erfreulicherweise Motor für kleine Unternehmen bilden. Kleine Unternehmens-StartUps, die dann eben im Sog mit der TU, mit der UNI Graz und eben auch mit den großen Industrieunternehmen wachsen; also ich würde mir wirklich wünschen, dass wir hier, ich verstehe schon, dass Sie bis zu einem gewissen Grad jetzt eine Trade Mark entwickeln wollen und müssen. Sie müssen mit Ihrer Regierungskoalition jetzt betonen, wir sind für die Kleinen, wir sind für den Lastenrad-Reparierbetrieb. Ja, das ist ja gut, das passt auch, aber bitte vergessen wir nicht darauf, dass ein wesentlicher Teil der Beschäftigtenzahlen in Graz und ein wesentlicher Teil des regionalen Infrastrukturproduktes natürlich aus der großen Industrie kommt, und tun wir daher bitte nicht so, als ob wir alles, was an Wohlstand hier vorhanden ist, nur durch Neuförderungen von Kleinstunternehmen schaffen können, die sind auch wichtig, da bin ich sehr dafür. Aber wir sehen daher insgesamt die Dringlichkeit nicht gegeben, in weiten Teilen das, was Sie hier, Herr Kozina, fordern, eigentlich umgesetzt (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina:**

Vielleicht kurz als Antwort dazu. Wir haben uns in den letzten Jahren sehr intensiv mit den Förderungen der Stadt, aber auch des Landes und Bundes beschäftigt, was nachhaltiges Wirtschaften betrifft. Wir sind selbst mit sehr vielen Unternehmen in Kontakt, die eben wirklich auch dieses nachhaltige Wirtschaften zum Teil wirklich vorbildlich umsetzen. Und es stimmt natürlich, dass da schon vieles getan wurde und dass viele Förderungen auch in diese Richtung gehen. Wir haben allerdings noch nicht das Gefühl, dass die alle jetzt so zielgenau sind, dass die auch so effektiv sind, und genau deswegen haben wir auch diesen Antrag eingebracht, weil wir eben denken, dass da noch Verbesserungspotentiale sind und dass es eben darum geht, das gemeinsam auch zu erarbeiten. Eines möchte ich dann auch zu diesen KMU-Schwerpunkt sagen, weil Sie haben uns hier ein bisschen unterstellt, naja, das ist jetzt ein bisschen Taktik und wir müssten da jetzt die KMUs quasi zufriedenstellen. Wir sehen wirklich, dass das ein ganz wichtiger Schritt war, weil eigentlich sind da noch viel

mehr Arbeitskräfte drinnen als in der Industrie, und das ist ein sehr, sehr wesentlicher Baustein unseres Wirtschaftssystems. Das heißt, was wir hier fordern, ist ja nicht gegen die Industrie, aber es geht darum, dass wir hier wirklich auch kleine Betriebe, Handwerksbetriebe und alle anderen, die wir hier aufgelistet haben, konsequent fördern, weil wir schon sehen, dass die da immer wieder unter die Räder kommen, dass dann in vielen Bereichen sich die großen durchsetzen, auch Konzernstrukturen durchsetzen. Und das mag in einer Industrie notwendig und sinnvoll sein, aber es gibt viele Bereiche, wo es auch unserer Sicht nachhaltiger wäre, ein Wirtschaftssystem mit vielen kleineren Unternehmen oder auch mittleren Unternehmen aufzubauen, die eben nicht dann in solchen großen internationalen Strukturen dabei sind. Also das ist sozusagen auch der Grund, warum wir hier diesen Fokus so gesetzt haben (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

GR<sup>in</sup> **Katzensteiner:**

Geschätzte Kolleg:innen, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass ich meine erste Wortmeldung zu diesem wichtigen Thema machen darf. Die Wirtschaft ist ein essenzieller Bestandteil des Zusammenlebens in unserer Stadt. Aus diesem Grund ist es natürlich auch eine wichtige Aufgabe der Stadtpolitik, gute Rahmenbedingungen für diese zu schaffen und unsere Grazer Unternehmen zu fördern. Wirtschaft ist aber auch kein Selbstzweck, sondern soll im Dienste der Mehrheit der Menschen stehen und einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Aus diesem Grund war es auch uns in der Koalition ein großes Anliegen, die Wirtschaftsförderung an sozialen, ökologischen und regionalen Aspekten auszurichten. Ein besonderes Anliegen ist uns hierbei die Förderung von heimischen Klein- und Mittelbetrieben sowie der innerstädtischen Händler:innen. Es braucht eine breite Diversifikation der Branchen und weniger Abhängigkeiten von großen Konzernen. Ein besonders wichtiges Kriterium stellt für uns ja neben der Nachhaltigkeit auch der soziale Aspekt dar. So sollen Unternehmen gefördert werden, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind

und diese auch leben. Betriebe die Anstrengungen im Bereich der Lehrlingsausbildung, der Gleichstellung von Frauen und der Inklusion, sowie arbeitnehmerfreundlicher Arbeitszeitmodelle unternehmen. Und auch der Arbeit von Betriebsrät:innen positiv gegenüberstehen. Aus diesem Grund werden wir auch dem Inhalt des Antrags zustimmen. Vorgreifen darf ich auch gleich auf den Zusatzantrag, der von den Neos vorliegt; auch das finden wir für gut und sinnvoll und werden auch diesem Antrag zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Werte Frau Vizebürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleg:innen. Zunächst einmal, ein herzlicher Dank an unsere Gesundheitspolizei hier (*Appl.*). Vielen, vielen Dank, Sie leisten Großes, auch für Ihre Figur, immer rauf und runter, fast mehr als wir. Zum Hauptantrag. Wir unterstützen den frischen Blick auf eingefahrene Strukturen, das belebt und kann einfach nur was Gutes sein. Ich bin aber auch ganz beim Herrn Dr. Riegler, dass die vermeintlich Großen nicht verteufelt werden dürfen, also das ist ein wesentlicher Punkt, und ich sage, die vermeintlich Großen, weil die, die wir hier in Graz für groß erachten, sind global vielleicht eh gar nicht so groß und die brauchen auch unsere Unterstützung. Manche sind global Weltmarktführer, das sehe ich schon, aber die globale Power, die hat manchmal noch ganz andere Dynamiken. Jetzt geht es uns aber eben mit unserem Zusatzantrag um eine kleine Ergänzung in puncto wirtschaftlicher Nachhaltigkeit, und da geht es um den Behördenparcours bei Unternehmensneugründungen, denn die dauern in Österreich nirgendwo so lange wie in Graz, nämlich 24,5 Tage, fast ein Monat. Zweiter Spitzenreiter in Österreich ist Salzburg, das braucht dann acht Tage weniger, in Estland braucht das 18 Minuten, weil das online geht, da kann man diskutieren, ob das auch so gut ist, aber egal. Aber in Graz dauert das zu lange und ist ein Hindernis für StartUps, und deshalb wollen wir da einen frischen Blick auch darauf werfen und insoweit die Wirtschaftsförderung vielleicht neu gestalten und somit eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung da mit dem Ganzen in Einklang bringen. Und so stelle ich den

**Zusatzantrag,**

dass der Gemeinderat Herrn Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler beauftragt wird, gemeinsam mit den zuständigen Stellen ein Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung der Verwaltung in Bezug auf die Unternehmensgründung auszuarbeiten, damit das vorhandene Innovationspotenzial in Graz voll ausgeschöpft werden kann. Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

**Originaltext des Zusatzantrages:**

*Die Weltbank schaute sich im vergangenen Jahr die Rahmenbedingungen für Unternehmer:innen in sieben österreichischen Städten an – alle Landeshauptstädte außer Eisenstadt und St. Pölten. Trauriges Fazit: Statt sich am Wettbewerb des freien Markts behaupten zu müssen, kämpfen unternehmerische Grazer:innen zuerst einmal mit der Verwaltung.*

*Nirgendwo in Österreich dauert eine Unternehmensgründung so lange wie in Graz. Ganze 24,5 Tage, also fast ein Monat, braucht es durchschnittlich vom Ausfüllen des ersten Formulars bis zum Abschluss. Der EU-Durchschnitt liegt etwa bei der Hälfte der Zeit. Im digitalen Vorzeigeland Estland braucht das Ausfüllen des einzig notwendigen Online-Formulars gar nur 18 Minuten. Sogar in Österreich unterscheiden Graz ganze acht Tage vom Spitzenreiter Salzburg. Neben absurden Verwaltungsabläufen – die notwendigen Formulare müssen beim Finanzamt z.B. schriftlich eingebracht werden, werden dann aber nach Wien zu einer zentralen "Scan-Abteilung" versendet, bevor die Daten im Grazer Finanzamt erstmals elektronisch überprüft werden können – müssen Grazer Start-Up-Gründer:innen neun verschiedenen Verfahren, bei denen acht verschiedene Stellen involviert sind, durchlaufen. Es bleibt unverständlich, warum Gründer:innen hier dieselben Daten zwei- oder dreimal bei verschiedenen Stellen eingeben müssen. Hier muss Graz die Synergien der Digitalisierung nutzen, um*

*Bürokratie abzubauen, Prozesse zu verschlanken, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Unternehmensgründungen attraktiver zu machen.*

*Im Sinne der Neugestaltung der Wirtschaftsförderung, die die Entwicklung des Unternehmertums in Graz mit den Zielsetzungen einer klimafreundlichen, ökologisch nachhaltigen und sozialen Stadtentwicklung in Einklang zu bringen versucht und dabei die Innovationskraft der Grazer Bürger:innen stärken möchte, stelle ich folgenden*

**Zusatzantrag:**

*Der Gemeinderat beauftragt Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler, gemeinsam mit den zuständigen Stellen ein Maßnahmenpaket zur Entbürokratisierung der Verwaltung in Bezug auf die Unternehmensgründung auszuarbeiten, damit das vorhandene Innovationspotenzial in Graz voll ausgeschöpft werden kann.*

**StR Dr. Riegler:**

Da muss ich jetzt auch ein paar Dinge vielleicht dazu erklären. Also wir haben uns das natürlich mit großem Interesse angeschaut, Herr Pointner, was die behauptete Verlangsamung angeblich für Unternehmensgründungen in der Stadt Graz bedeutet und muss Sie da allerdings darüber informieren, dass hier die Stadt Graz überhaupt nichts dafür kann, denn die Studie, auf die Sie sich beziehen, bezog sich vor allem auf GmbH-Gründungen. Wie schnell geht eine GmbH-Gründung? Und bei GmbH-Gründungen haben Sie zwei Stellen, die Sie brauchen: Nämlich erstens einmal das Finanzamt für Körperschaften und zweitens das Handelsgericht für die GmbH-Eintragung, und das ist nun einmal so, dass beides in Graz länger dauert als z.B. in einer kleinen Stadt und dass das halt insgesamt Bundesbehörden sind, auf die wir keinerlei Einfluss haben. Also zu sagen und jetzt insinuieren durch den Zusatzantrag, wir hätten hier in Graz eine besonders lahmlockerte Bürokratie und bei uns wird ja alles so langsam gehen und endlich sind die Neos da, damit wir das alles viel schneller machen, muss ich sagen, das ist leider nicht richtig. Also ich kann Ihnen nur sagen, dass

wir sehr schnell sind und dass wir bei jenen Behördenwegen in der Gründung von Unternehmen, bei denen städtische Stellen betroffen sind, ein außerordentlich gutes Zeugnis haben und würde Sie bitten, das dann eher an die Bundes- und Landeseinrichtungen der Neos weiterzugeben, damit die sie dort an die richtigen Anträge stellen (*Appl.*).

Was den eigentlichen Antrag zum Inhalt jetzt betrifft, also es zeichnet sich ja ab, dass Sie sozusagen diesen Antrag haben möchten und dass der wahrscheinlich seine Mehrheit bekommen wird. Also da sage ich gleich dazu, ich bin der Letzte, der sich nicht darüber freut, wenn man eine schöne Wirtschaftsstrategie bauen kann. Also sehr gerne werde ich dem nachkommen und sehr gerne werde ich mich auch durchaus damit beschäftigen, wenn das der Gemeinderat am Schluss dieser Debatte mehrheitlich wollen sollte. Sehr gerne werde ich mich dafür einsetzen, dass wir eben auch eine neue Wirtschaftsstrategie machen, ich sage auch gleich dazu, für die Budgetgespräche ist ja die Einladung zum Budgetgespräch gekommen, dass wir sicherlich auch ein sehr umfassendes Paket an Maßnahmen einbringen werden in die Budgetgespräche, die dann auch erforderlich machen, dass wir halt ordentlich finanziell dotiert werden. Ich hoffe, dass wir ein entsprechendes Entgegenkommen des Herrn Finanzstadtrates diesbezüglich bekommen. Also Sie werden mich sicher immer an Ihrer Seite finden, wenn es darum geht, für Nachhaltigkeit und für Wirtschaftsförderung einzutreten, und ich mache das natürlich gerne. Ich hätte, wir gesagt, die Dringlichkeit nicht so gesehen, aber wenn es so sein soll, dann wird man sicherlich auch da wieder eine gute Wirtschaftsstrategie herausbekommen (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Also es freut mich sehr, dass sich die grüne Fraktion jetzt der Wirtschaft annimmt. Die letzten zwei Jahre habe ich ja eher das Gegenteil festgestellt, da war ja die Lockdown-Politik, die sie hier auf Bundesebene betrieben haben, ja geradezu eine indirekte Förderung für Amazon und ähnlich gelagerte Betriebe und das ist auch schließlich und endlich der Grund, warum

die sich hier in Graz ansiedeln wollen, das muss man einmal ganz ehrlich sagen. Auch wenn die grüne Fraktion so wie in der Annenstraße eingreift, die Frau Kollegin Reininghaus wird hier heute noch einmal darauf zurückkommen, haben Unternehmen jetzt nicht unbedingt die großen Vorteile zu erwarten, die haben dann ein Problem mit Anlieferungen, müssen da auf Gehsteigen parken und ich nehme an, die Kunden beim Abholen haben dann dasselbe Problem. Genauso auch beim Ausbau der A 9, eine wichtige Verkehrsanbindung, oder auch der Flughafen Graz, der für viele Wirtschaftsbetriebe sicher einmal ganz wichtig ist. Nichtsdestotrotz sehen wir allerdings jede Chance, der Wirtschaft momentan unter die Arme zu greifen, als positiv an und werden dem Antrag zustimmen, weil man auf jeden Fall überprüfen sollte, welche Möglichkeiten haben wir, um Wirtschaftstreibende in Zukunft zu unterstützen. Und da möchte ich auf den Kollegen Herrn Stadtrat Riegler noch einmal zurückkommen, es solle eben alle Unternehmen betreffen, denn wir werden auch alle Unternehmer brauchen, denn wir brauchen auch alle Arbeitsplätze, die die schaffen, das sind die Kleinbetriebe und das sind auch die deutlich Größeren. Zum Zusatzantrag der Neos möchte ich auch noch etwas sagen: Wir sind auch für Entbürokratisierung zu haben, wir werden dem zustimmen, auch wenn ich aus dem Motiventext hier entnehme, dass man hier aufs Finanzamt abspielt, das ja nicht unbedingt in unserem Handlungsbereich der Stadt Graz liegt, gibt es unter Umständen andere Potentiale, die wir hier ausschöpfen können, um solche Verfahren zu vereinfachen. Was uns dabei aber wichtig ist, die Qualität soll nicht leiden, es soll trotzdem alles ordentlich überprüft werden, denn wir haben ja nichts davon, wenn ein Unternehmer heute innerhalb von wenigen Stunden online ein Unternehmen gründet und das innerhalb gleich weniger Stunden dann wieder zusperren muss. Ich glaube, das ist nicht in unser aller Sinne und somit stimmen wir beiden Anträgen zu. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Lieber Stadtsenat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Gemeinderat. Auf ein paar Punkte der vorangegangenen Sachen möchte ich eingehen, einerseits ist das Wort Ausspielen von Großen gegen Kleinen gefallen, sehe ich nicht so. Ausspielen würde wirklich bedeuten, wenn wir jetzt degradiert sagen, ok, wir stellen da jetzt irgendwie zwei voreinander hin und sagen, wer ist besser, wer ist wichtiger, wer ist größer, wer ist das, was wir für Graz brauchen? Ich sehe es eher so, dass dieser Antrag zwar eine EPU-Schwerpunktsetzung hat, aber eine Schwerpunktsetzung ist ja nicht immer was Schlechtes. Das heißt, nur der Fokus wird jetzt in der nächsten Zeit vielleicht darauf liegen, bedeutet aber nicht, dass wir unsere großen Wirtschaftsbetriebe in Graz vergessen werden, denn wir sind uns schon bewusst, was werden wir haben, aber wir wissen auch, was wir noch gerne von ihnen hätten. Zum Thema, es gibt die meisten Förderungen schon oder auch nicht, kann ich jetzt hier im Stehgreif nicht bewerten. Was aber generell nicht schadet, wenn man weiß, dass sich die Rahmenbedingungen verändern, dass sich die Umwelt, die Wirtschaft, alles Mögliche im Stetigen verändert, und die letzten zwei Jahren haben vielleicht dann noch einmal so einen Schub gebracht, dann schadet das auch nicht, immer wieder einmal in sich zu gehen und eine kleine Review von dem zu machen, was man denn hat an Förderungen. Ist das noch zeitgerecht, passt das noch ins Jahr 2022, ist das noch das, was wir als Stadt an Förderungen für förderwürdig sehen? Als Nächstes würde ich sagen, den sozialen Fokus zu schärfen, und das kommt sehr stark heraus in dem Antrag, schadet nie, schadet keiner Stadt, schadet auch Graz nie. Zum Zusatzantrag der Neos, schwer zu überprüfen, da stehen jetzt zwei Meinungen gegenüber. Ich würde ganz pragmatisch sagen, wenn dem so ist und die Stadt Graz wirklich alles getan hat, was möglich ist, und wirklich alles nicht mehr in ihrer Hand liegt, dann ist das eh nicht so viel Arbeit, dann kann man das recht schnell schriftlich im ersten Ausschuss, auf die Sitzung freue ich mich übrigens sehr, entkräften. Wenn nicht, kann man auch noch einmal die Chance nutzen, in sich zu gehen und nachzuschauen, ob man nicht doch noch vielleicht den einen oder anderen Hebel findet, um kleinen Unternehmerinnen und Unternehmern den Einstieg so leicht wie möglich zu machen, denn die braucht

Graz auch. Und bei den Wirtschaftsgesprächen hat man sicher gemerkt, dass StartUps und Einzelunternehmen und Co wichtig sind und dementsprechend sehen wir das auch als wichtigen Teil der Stadt Graz. Danke (*Appl.*).

***Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

### **9.5 Begabtenförderung (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, werte Kollegen im Gemeinderat. Wir haben heute schon einige Male über Bildung gesprochen, über den Wissenschaftsstandort Graz, wir haben über die Pflegeausbildung gesprochen, und jetzt fangen wir ein bisschen weiter vorne an. Frau Kollegin Wutte, könnten Sie bitte ein bisschen leiser reden? Das irritiert mich sonst ein bisschen. Dankeschön. Dann sprechen wir jetzt über die Schulausbildung in einem ganz besonderen Rahmen. In den letzten Jahren haben wir immer wieder Schulversuche gestartet in den verschiedenen Bereichen, oft um eine Nivellierung nach unten zu bemerken, eben vor allem auch, ich nenne die Gesamtschule, wo man alle Kinder gleichmachen will, wo keine Talente gefördert werden, wo im Endeffekt dann ein Brei herauskommt, der uns wirklich nicht weiterhilft. Es ist eben so, nicht jedes Kind ist gleich, jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen, aber es sollte die gleichen Chancen geben, und unser Antrag zielt in die Richtung ab, dass wir uns der Begabungs- und der Begabtenförderung widmen wollen, das in Graz, wo es ein bisschen in allem einen Rückstand gibt gegenüber Wien, das werde ich später noch näher ausführen. Bei der Begabungsförderung geht es konkret darum, dass jedes Kind, jeder Schüler Begabungen hat, jedes Kind hat besondere Stärken, die muss man besonders fördern,

besonders entwickeln. Bei der Begabtenförderung ja geht es um einige Hochbegabte, seien es jetzt 2 % der Gesamtbevölkerung oder seien es 5 % der Gesamtbevölkerung, da gibt es unterschiedliche Messmethoden. Es geht halt jedenfalls um jene, die besonders hohe Potentiale haben, überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen und eine besondere Motivation auch mitbringen. Das schon in jungen Jahren. In Graz gibt es bedauerlicherweise für diese Menschen, für diese jungen Menschen, kein Angebot von staatlicher Seite. Privat natürlich kommt man immer zu den besseren Angeboten, auch wenn das Geld da ist, dann kann man es sich auch richten. Nur gerade im Bereich der Bildung sollte das eben nicht der Fall sein, da sollte es auch von städtischer und von staatlicher Seite ein Angebot geben, dass die Begabungsförderung und auch die Begabtenförderung ausreichend umgesetzt sind. In Wien da gibt es das Wiedner Gymnasium, das sich den Schwerpunkt gegeben hat, die Begabungsförderung besonders in den Fokus zu nehmen und dann auch eine besondere Schule anbietet, die Sir-Karl-Popper-Schule ab der neunten Schulstufe für besonders Hochbegabte. Also dieses Gymnasium deckt sowohl die Begabungsförderung als auch Begabtenförderung ab und das in einer guten Art und Weise, man kann sich ja einmal die Homepage durchschauen, die berichten regelmäßig von Absolventen, die es wirklich sehr, sehr weit gebracht haben, die ihre besonderen Kenntnisse, die sie im Schulalter erworben haben, nahezu der gesamten Welt zur Verfügung stellen. Es muss es jetzt das Ziel sein, und darauf zielt dieser Antrag ab, so etwas auch für Graz zu schaffen und die Begabungsförderung zu intensivieren und das hier wirklich auszubauen. Jeder Schüler hat seine Stärken, und ich bin immer ein Freund davon, die Stärken zu stärken, weil Stärken hat jeder, und es ist halt so im aktuellen Schulsystem, dass man oft auch auf den Schwächeren herumreitet. Ich sage einmal, in den ersten Jahren mag das sinnvoll sein, dass gewisse Bereiche einfach auf ein gewisses Niveau gebracht werden, da muss jeder durch. Nur ich kann mich an meine Schulzeit zurückerinnern, mich hat das immer sehr geärgert, ich bin kein talentierter Maler und auch kein talentierter Musiker, und trotzdem habe ich das in der fünften, sechsten, siebten und achten Klasse Gymnasium noch immer mit zwei bis drei Schulstunden pro Woche betreiben müssen, da hätte ich lieber mehr Latein gehabt oder andere Fremdsprechen, was auch immer. Der Antrag

zielt darauf ab, die Stärken zu stärken, besondere Begabungen zu fördern, und deswegen möchte ich jetzt auch den Antragstext verlesen und bitte um breite Zustimmung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, wird aufgefordert, sich für die Errichtung einer Schule zur Förderung von besonders begabten Kindern in Graz einzusetzen und sich dabei am Vorbild der „Sir-Karl-Popper-Schule-Wiedner Gymnasium“ zu orientieren. Ziel muss es sein, die schlummernden Talente unserer Schüler ausfindig zu machen, ihre Potenziale zu heben und damit die Entwicklung vielfältiger Fähigkeiten bis hin zu exzellenten Leistungen zu unterstützen. Ich bitte um Zustimmung von allen Fraktionen. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Begabungsförderung gilt ganz allgemein als Begleitung und Unterstützung aller Schüler bei der Entwicklung ihrer Leistungspotenziale, wobei sich Begabtenförderung auf die spezielle Förderung von Schülern mit besonders hohen Potenzialen und überdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit bezieht. Diese Potenziale müssen allerdings erst entwickelt und durch entsprechende Unterstützung herausgebildet werden.*

*Jeder Mensch wird mit speziellen Eigenschaften und individuellen Talenten geboren, die sich nur unter den richtigen Voraussetzungen entfalten können. Begabtenförderung spricht die Förderung genau dieser Fähigkeiten bzw. Interessen von Kindern und Jugendlichen an.*

*(Hoch-)Begabung wird nach dem „Grundsatzterlass zur Begabungs- und Begabtenförderung“ aus dem Jahr 2016 verstanden als „das Potenzial eines Individuums zu Leistungen in verschiedensten Domänen und gesellschaftlichen Gebieten [...]. Darin eingeschlossen sind kognitiv-intellektuelle, emotional-soziale,*

*musisch-kreative und künstlerische, sportliche und weitere, für die Person und die Gesellschaft relevante Potenziale und daraus resultierende Fähigkeiten.“ Um diese Potenziale in Schule, Alltag und Beruf auch in Leistungen umsetzen zu können, sind darüber hinaus weitere Persönlichkeitsmerkmale wie Motivation, Zielorientiertheit, Konzentrationsfähigkeit, vernetztes Denken und Kreativität erforderlich. Die Entfaltung des individuellen Leistungspotenzials geschieht in einem aktiven Lern- und Entwicklungsprozess, welcher stark vom sozialen Umfeld geprägt wird. Elternhaus und Schule spielen hierbei eine wesentliche Rolle.*

*([https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2017\\_25.html](https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulrecht/rs/1997-2017/2017_25.html))*

*Nachdem Bildung bekanntlich keine Corona-Pause macht, darf auch die Begabtenförderung nicht zu kurz kommen und muss auch Graz endlich im Bereich der Begabtenförderung erste Schritte setzen. Immerhin braucht das Land die Talente für Naturwissenschaften, Technik, Mathematik, Sprachen, Kunst und – gerade in Zeiten wie diesen – für Medizin. Die Talente von heute sind die Mitarbeiter und Experten von morgen – aus diesem Grund ist es so wichtig, begabte Schüler adäquat zu fördern und sie in ihrer Potenzialentwicklung zu unterstützen.*

*Als Vorbild für gelungene Begabtenförderung kann die „Sir-Karl-Popper-Schule – Wiedner Gymnasium“ angeführt werden. Diese Schule zeichnet sich durch verschiedene Schwerpunkte der persönlichen Förderung von hochbegabten Kindern aus, dies unter Berücksichtigung der Personenorientierung, personalen Kompetenzförderung, extracurricularen Förderung, Sprachförderung, naturwissenschaftlicher Förderung und vieles mehr. So können Kinder während ihrer schulischen Laufbahn in der „Sir-Karl-Popper-Schule“ bis zu vier verschiedene Fremdsprachen erlernen und damit enorme Startvorteile für ihr späteres Berufsleben erwerben.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

**dringlicher Antrag:**

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Herr Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA, wird aufgefordert, sich für die Errichtung einer Schule zur Förderung von besonders begabten Kindern in Graz einzusetzen und sich dabei am Vorbild der „Sir-Karl-Popper-Schule-Wiedner Gymnasium“ zu orientieren. Ziel muss es sein, die schlummernden Talente unserer Schüler ausfindig zu machen, ihre Potenziale zu heben und damit die Entwicklung vielfältiger Fähigkeiten bis hin zu exzellenten Leistungen zu unterstützen.*

**GR Brandstätter:**

Werte Stadtregierung, hoher Gemeinerrat, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, die uns nach wie vor verfolgen, werter Herr Antragsteller. Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass wir keine Dringlichkeit in diesem Antrag erkennen können. Mir ist klar, Sie werden jetzt sagen, die Bildung unserer Kinder ist immer ein dringliches Thema, und das stimmt natürlich, und deswegen wird dieses Thema von unserem Bildungsstadtrat schon sehr vielen Jahren als dringliches Thema behandelt. Und selbstverständlich ist es so, dass die Förderung individueller Talente und die Begabtenförderung ganz oben auf der Tagesordnung unseres Bildungsstadtrates Kurt Hohensinner stehen. Das ist auch der Grund dafür, dass in diesem Bereich in den vergangenen Jahren ein ganz besonderer Stellenwert hinzugekommen ist und die Dringlichkeit alleine schon deswegen nicht gegeben ist, weil die Stadt Graz bereits, selbstverständlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten, ein besonderes Augenmerk auf dieses wichtige Thema legt. Beispielhaft darf ich hier jetzt ein paar Projekte anführen, zunächst einmal, dass unser Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner derjenige war, der den Stärkenpass eingeführt hat. Was gewährleisten wir mit diesem Stärkenpass? Damit gewährleisten wir, dass die Stärken von Kindern von ihrem dritten bis zum 15. Lebensjahr dokumentiert werden und immer dann, wenn ein sogenannter Bruch in der

Bildungslaufbahn der Kinder passiert, damit nicht auch das Wissen über die Stärken der Kinder verloren geht. Dadurch stellen wir sicher, dass beispielsweise beim Übergang vom Kindergarten in die Volksschule oder von der Volksschule in die Mittelschule oder ins Gymnasien das Wissen über die Stärken der Kinder und ihre individuellen Talente erhalten bleibt. Darüber hinaus fördert die Stadt Graz den Talentesommer der Begabungsakademie Steiermark. Dabei handelt es sich um ein einwöchiges Förderprogramm in den Schulferien, bei dem beispielsweise naturwissenschaftliche, kreative oder tänzerische Talente im Mittelpunkt stehen. Über das ganze Jahr hinweg gibt es ein ähnliches Angebot unter dem Titel „Talentesamstage“. Bei diesem Konzept stehen die individuellen Talente der Kinder ganz besonders im Vordergrund und die Gruppengröße beträgt daher maximal 14 Kinder pro Kurs. Im heurigen Jahr liegt der Schwerpunkt dieser Talentesamstage ganz besonders auf naturwissenschaftlichen Themen. Unabhängig davon ist es selbstverständlich ein wichtiges Anliegen, auch gemeinsam mit Schulen und Direktoren an Schulen dieses Thema zu erarbeiten, und dazu darf ich auch berichten, dass unser Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner erst unlängst mit der Direktorin des Akademischen Gymnasiums genau über dieses Thema gesprochen hat und eben genau auch an dieser Schule bereits erste Initiativen in dieser Richtung stattfinden, um hier ein ähnliches Konzept wie bei der Sir-Karl-Popper-Schule in Wien sicherzustellen. Wie Sie sehen, engagiert sich die Stadt Graz bereits außerordentlich für die Förderung von jungen begabten Menschen. Dies wollen wir selbstverständlich auch weiterhin tun und teilen daher im Inhalt die Vorbringen Ihres Antrages, bezüglich der Dringlichkeit im Grazer Gemeinderat können wir aber aus den genannten Gründen nicht zustimmen, weil einerseits die Dringlichkeit schon deswegen nicht besteht, weil bereits viele Angebote seitens der Stadt Graz vorhanden sind und ausgebaut werden, und andererseits ein solcher Antrag wohl besser im Landtag oder im Nationalrat aufgehoben wäre. Vielen Dank (*Appl.*).

**GR Gostentschnigg:**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, die ihren Feierabend im Livestream verbringen. Ich darf mich auch ganz kurz zu dem Antrag zu Wort melden, der ja durchaus einen wichtigen Gegenstand zum Inhalt hat, nämlich, wie kann es gelingen, die bestmögliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu garantieren? Wir werden dem Antrag allerdings, soviel gleich vorab, weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen. Warum, darf ich ganz kurz darlegen. Im Antrag heißt es, der beginnt sehr vielversprechend, ich zitiere: „Jeder Mensch wird mit speziellen Eigenschaften und individuellen Talenten geboren.“ Weiters im Antrag heißt es: „Die Entfaltung des individuellen Leistungspotenzials wird stark vom sozialen Umfeld geprägt. Elternhaus und Schule spielen hierbei eine wesentliche Rolle.“ Die FPÖ macht hier erfreulicherweise auf einen tragischen Umstand aufmerksam, nämlich, dass Bildung in Österreich nach wie vor stark vererbt wird. Ein kleiner Fakt am Rande, nur 22 % der Kinder aus Arbeiterfamilien beginnen ein Bachelorstudium, Akademikerkinder schlagen hier mit 67 % die Arbeiterkinder um Längen. Das Problem hat die FPÖ also durchaus richtig erkannt, allerdings macht der Antrag dann eine erstaunliche geistige Grätsche und kommt zur Conclusio, dass es zur Lösung dieses Problems eine de facto Elitenschule braucht. Das halten wir weder für sinnvoll noch für dringlich. Wir finden nämlich, bestmögliche Bildung darf eben kein Privileg sein, das nur wenigen zuteil wird, da jeder junge Mensch Talente hat, die förderbedürftig sind. Manche sind gut mit mathematischen Formeln, andere sind gut mit dem Pinsel in der Hand, alle Talente gehören gefördert, dafür braucht es allerdings keine Selektion am Bildungsweg, sondern ein gut ausgebautes und gut ausfinanziertes Bildungssystem mit genügend Lehrpersonal in den Klassenräumen, Unterricht mit weniger Leistungsdruck und weniger Bulimie-Lernen, da tatsächlich bei den Interessen der Schülerinnen und Schüler ansetzt und ihnen nicht durch vorgefertigte und bis ins letzte Detail unflexible Lehrpläne den Spaß am Lernen vermiest. Es braucht auch mehr schulsozialarbeiterische Tätigkeiten und Begleitungen und kostenlose Nachhilfeangebote in den Schulen. Wir setzen uns ein für einen inklusiven und solidarischen Ansatz in der Schule, der gemeinsames Lernen und gemeinsame

Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ermöglicht. Auf der Website der von der FPÖ als Beispiel angeführten Wiener Sir-Karl-Popper-Schule habe ich ein Zitat des Namensgebers gefunden, das ich kurz vorlesen möchte: „Wenn ich an die Zukunft dachte, träumte ich davon, eines Tages eine Schule zu gründen, in der junge Menschen lernen könnten, ohne sich zu langweilen, in der sie angeregt werden würden, Probleme aufzuwerfen und zu diskutieren. Eine Schule, in der sie nicht gezwungen werden, unverlangte Antworten auf ungestellte Fragen zu hören, in der man nicht studiert, um Prüfungen zu bestehen, sondern um etwas zu lernen.“ Eine Schule in diesem Geist wünsche ich mir auf jeden Fall, allerdings nicht nur für ein paar Ausgewählte, sondern für alle jungen Menschen, das wäre dringlich, dieser Antrag ist es nicht. Dankeschön (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Damen und Herren in diesem Raum und die, die noch im Livestream sind. Die Kollegen Brandstätter und Gostentschnigg haben schon einiges über das Thema gesagt, ich brauche nicht mehr die Maßnahmen aufzählen, die in der Stadt Graz schon ergriffen wurden, um Begabungen und Begabte zu fördern. Und ich muss auch dazu sagen, ich bin auch persönlich davon betroffen, nicht weil ich hochbegabt bin, sondern ich habe drei Kinder, die in drei Stufen, Volksschule, Unterstufe Gymnasium und Oberstufe Gymnasium, gehen, und ich kann auch aus erster Hand beobachten, welche Förderprogramme und welche Maßnahmen es gibt in der Stadt Graz. Das heißt, es hat mich leicht erstaunt, Herr Kollege Pascuttini, dass Sie sagen, Graz muss erste Schritte setzen, weil Graz hat schon längst erste Schritte gesetzt. Sie zitieren aus dem Grundsatzterlass zu Begabungs- und Begabtenförderung, das war ein Rundschreiben an alle Bildungseinrichtungen, und natürlich, man kann sagen, das war nur ein Grundsatzterlass, aber in Graz hält man sich schon sehr an diesen Grundsatzterlass. Was die Sir-Karl-Popper-Schule anbelangt, ich bin ein großer Fan von Sir Karl Popper mit seinem kritischen Rationalismus, also das habe ich immer sehr, sehr bewundert, seine Theorien, aber die eigentliche Besonderheit an der Sir-Karl-Popper-Schule ist gar nicht

die Auswahl an Hochbegabten, sondern die Art und Weise, wie unterrichtet wird. Als meine Tochter so um die fünf Jahre alt war, hat sie auf die Frage, woher sie manche Fertigkeiten und Fähigkeiten hat, immer damit geantwortet: „Das habe ich von mir selbst gelernt. Das hat mich total geflasht.“ Als ich das zum ersten Mal gehört habe, weil da ist ein totaler Wahrheits- und Erkenntnisgehalt von einem vier- oder fünfjährigen Kind drinnen, weil im Endeffekt lernen wir alle von uns selber. Und im Schulsystem müssen diese Fähigkeiten und diese schlummernden Talente, wie Sie das sagen, geweckt werden und gefördert werden, und ich bin der Meinung, dass das in Graz sehr wohl passiert, deswegen finde ich die Dringlichkeit Ihres Antrages nicht gegeben. Noch ein paar Worte vielleicht zur Sir-Karl-Popper-Schule. Dort ist die Aufnahme der Schüler und Schülerinnen erst ab der neunten Schulstufe, aber Begabten- und Begabungsförderung muss schon viel, viel früher erfolgen, weil Begabung ist korreliert mit Intelligenz und Intelligenz korreliert auf jeden Fall nicht nur mit Vererbung, sondern zu einem ganz, ganz großen Ausmaß mit den umgebenden Faktoren, mit den Umweltfaktoren. Und diese Umweltfaktoren, die wie soziales Milieu, ökonomische Rahmenbedingung etc. die müssen gefördert werden und jedes einzelne Kind muss da gefördert werden. Und nicht mit der Ausselektierung von Kindern ab 13 Jahren können wir Exzellenz und einen höheren Bildungsstand und Bildungsstandard erzielen, sondern mit einer individuellen Förderung ab dem frühesten Kindesalter, und das passiert in Graz schon zu weiten Teilen. Es kann natürlich immer mehr sein. Vielen Dank (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Dankeschön, Frau Vizebürgermeisterin. Beim Thema Bildung reißt es mich einfach nochmal vom Sessel. Ja, dringlich ist es, in der Bildung etwas zu machen, ob es die Begabtenförderung ist, lasse ich einmal dahingestellt. Dringlich ist auf jeden Fall, dass wir die Baustellen in unserem Bildungssystem angehen, die letzten zwei Jahren haben das vielleicht noch mehr ans Licht befördert, was denn da alles im Argen liegt. Wir haben sprachliche Defizite bei unseren Kindern, wir haben fehlende digitale

Kompetenzen oft bei den Kindern, bei den Pädagoginnen und Pädagogen, wir haben fehlende schulische Mittel, wir haben Bildung, die noch immer eigentlich vererbt wird. Wir haben manch nicht erfreuliches Pisa-Ergebnis, wir haben in Graz selber ein Ost-West-Gefälle bei der Bildung, es fehlt an Schül\*erassistenz und Unterstützungspersonal, Dolmetscherunterstützung, Bewegung im Schulalltag und, und, und. Ich könnte noch ewig so weitermachen. Begabtenförderung, ja, ist auch ein Thema; ob es dringlich ist, ob es das Wichtigste ist oder zu den Top 10, sage ich einmal, gehöre, möchte ich jetzt einmal bestreiten. Die Förderung von Interessen, die Förderung der Individuen, wie sie im Schulverband sind, das Eingehen auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand, das alles ist gut, das ist richtig, das ist wichtig, aber es muss für alle Kinder sein, nicht für eine kleine elitäre Runde in einer eigens dafür errichteten Schule, sondern die Begabtenförderung, wenn schon, muss im Regelschulbetrieb stattfinden, damit auch alle Kinder davon profitieren können. Ein bisschen ein Wunschtraum wäre es, dass wir vielleicht das ganz einmal irgendwie zusammenbringen, dass das vielleicht in einer Gesamtschule der 6- bis 14-Jährigen mit verschränkter Form passiert, wäre ja auch möglich. Deswegen, Dringlichkeit diverser Punkte im Bildungssystem, ja, Dringlichkeit der Begabtenförderung in diesem Fall, nein. Dankeschön (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat. Ich merke, da haben einige das Problem mit Leistung und da fällt dann gleich das negative Wort Leistungsdruck, Elite, Elitenförderung, etc., dann hat man den Antrag nicht gelesen und hat auch nicht gut recherchiert. Es ist nun einmal so, ich habe es ja auch dezidiert vorhin ausgeführt, es sind nicht alle Kinder gleich, und man muss ja dazusagen, gleich begabt. Man braucht jetzt auch nur an die Olympischen Spiele denken, auch dort machen nur die Besten der Besten mit, und so ist es auch in diesem Bereich. Und diese Schule, die würde dann eben auch nur den Besten der Besten zur Verfügung stehen und das ist einfach, sage ich, bis zu einem gewissen Grad natürlich Vererbung, natürlich das soziale Umfeld, da

gebe ich Ihnen Recht, Frau Kollegin, das sehe ich auch so, aber diese Schule von städtischer Seite, die würde da ja natürlich diese Chance allen ermöglichen, ob reich oder arm. Das gebe ich hier schon zu bedenken. Zum Kollegen Brandstätter. Es freut mich, dass der Inhalt für gut befunden wird, aber die Dringlichkeit als nicht gegeben zu sehen, ich muss dazusagen, bei den Maßnahmen, die hier aufgezählt worden sind, der Talentestag und eine Woche im Sommer machen eine besondere Talenteförderung, das klingt im Vergleich zu dem Angebot in Wien ein bisschen mau, muss ich sagen. Auch der Stärkenpass überzeugt mich hier nicht wirklich. Und ich kann auch wirklich aufs Schärfste zurückweisen, dass es da um eine Elitenschule geht, weil der Kollege Gostentschnigg gesagt hat, da wird die Elite dann gestärkt, und es ist wieder nur wenigen zugänglich, und ja, jeder, jeder, jeder. Das ist halt einfach nicht möglich, dass jede auf eine Hochbegabenschule geht, genauso kann nicht jeder bei Olympia mitfahren, das ist nun einmal so. Und ich weiß nicht, ob Sie das waren oder die Kollegin von den Grünen, weil es da um die Situation gegangen ist, die Akademisierungsquote ist um so viel niedriger bei Arbeiterkindern als bei Akademikerkindern. Jetzt muss man schon auch die Frage stellen, und das sage ich als Akademiker: Ist es sinnvoll, dass wir jedes Kind in diesem Land zum akademischen Abschluss treiben? Wird die Gesellschaft dann reicher, wird die dann Gesellschaft dann klüger, wird die Gesellschaft dann besser? Das glaube ich nämlich nicht, weil man sieht, in den Ländern, wo diese Akademisierungsquote besonders hoch ist, und das sind skandinavische Länder z.B., sind trotzdem die ganzen anderen Probleme nicht bereinigt. Die Einkommensunterschiede gibt es nach wie vor, es gibt nach wie vor Probleme, was die Altersarmut betrifft etc. Also einfach nur zu sagen, indem wir die Akademisierungsquote auch bei den Arbeiterkindern ins Unermessliche treiben, dann lösen sich die Probleme auch nicht. Das war nicht das Ziel dieses Antrages und es war auch nicht das Ziel, da wieder eine Elite zu schaffen, die dann sozusagen besondere Vorteile hat, sondern allen Bevölkerungsschichten oder Kindern aus allen Bevölkerungsschichten die Chance zu geben, wenn Sie besondere Begabung haben, und das ist vererbbar, das ist auch das soziale Umfeld, dann haben alle diese Chance. Sonst, wenn Sie diesem Antrag in der Dringlichkeit nicht zustimmen und auch im Inhalt

nicht zustimmen, dann haben wir die Situation, die wir jetzt schon haben, die, die das Glück haben, besonders begabt zu sein und ein besonders soziales Umfeld zu haben, die kommen dann besonders weit; die, die besonders begabt sind, aber die Möglichkeiten nicht haben aufgrund ihres sozialen oder familiären Umfelds, die kommen halt nicht besonders weit, außer sie bemühen sich noch ein bisschen mehr und haben es noch ein bisschen schwerer. Das ist die Überlegung hinter diesem Antrag, vielleicht kann ich noch den einen oder anderen umstimmen. Aber ich finde es trotzdem schön, dass wir so eine angeregte Diskussion über die Bildung gehabt haben (Appl.).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (17.09 Uhr).***

## **9.6 Graz gegen Vermüllung und Vandalismus (GR Günter Wagner, FPÖ)**

GR Günter **Wagner**:

Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen. In meinem dringlichen Antrag geht es eben um das Thema Graz gegen Vermüllung und Vandalismus. Die Stadt Graz wendet sehr viel Zeit und Geld auf, um eben Infrastruktur zu schaffen, zu erhalten, sauber zu halten, und diese schönen Plätze und Straßen sollen natürlich zum Verweilen einladen und dienen natürlich auch ein Stück weit als Aushängeschild. Und wie jede Stadt hat auch Graz damit zu kämpfen, öfters mal von Vandalismus und Vermüllung heimgesucht zu werden. Und die Einschränkungen der letzten beiden Jahre in der Corona-Pandemie durch diese Maßnahmen, die eben dazu geführt haben, dass Lokale geschlossen wurden, hat natürlich die Leute vermehrt auf öffentliche Plätze und in Parks getrieben. Wir können uns, glaube ich, alle noch an die Bilder im Sommer 2020

erinnern, wie der Stadtpark dann ausgesehen hat und die Reinigungsmitarbeiter der Holding Graz dann einen halben Tag damit beschäftigt waren, diese Müllberge wieder zu beseitigen. Auch eine Anfrage im Mai 2020 hat zu Tage gefördert, dass nach der Eröffnung der Augartenbucht und zuvor bei den Adaptierungsmaßnahmen da ein Schaden in Höhe von 420.000 Euro entstanden ist. Und immer wieder eben rücksichtslos wird eben fremdes oder öffentliches Eigentum beschädigt oder Müll achtlos liegengelassen. Auch wird Graz immer öfter Opfer von politisch motiviertem Vandalismus, da geht es um Schändung von Denkmälern, ich erinnere hier auch an das Klopfer-Denkmal, an mit Farbbomben beschmissene Parteizentralen, an Häuser, die beschmiert wurden, von Vereinen und Traditionsverbänden, oder auch das Einfärben unseres Stadtbrunnens, das dürfte anscheinend einigen einen richtigen Spaß gemacht haben und der Stadt nur unnötiges Geld gekostet haben. Aber trauriger Höhepunkt war auf jeden Fall dann in der Silvesternacht, wo dann durch einen Böller dann der sogenannte Poller beschädigt wurde zum Schloßberg hinauf und ein Rettungsfahrzeug dann an der Zufahrt gehindert war, also das ist wirklich ein beschämendes Beispiel von Vandalismus. Aber heute möchte ich vor allem die Dauerärgernisse rund um die Auwiesen in Graz Liebenau besonders hervorheben. In den letzten Jahren hat es da immer wieder Probleme geben mit den Grillstellen, mit dem herumliegenden Müll, mit den Toilettenanlagen usw. Die GBG hat sich hier sichtlich bemüht, einiges zu verbessern, wir haben mehrere Grillstellen geschaffen, es wurde dann auch Holz bereitgestellt, es wurden zusätzliche Toiletten aufgestellt und auch eine schöne Müllsammelstelle ist hier geschaffen worden. Aber wie die Bilder vom letzten Sonntag, 6. Februar, zeigen, scheint es eben noch nicht genug zu sein, Sitzplätze und Tische voller Müll und Knochen und Fleischreste rund um die Grillstellen, wirklich ein trauriges Bild, und das schon jetzt in der kalten und noch wenig frequentierten Jahreszeit. Und dementsprechend ersehe ich das als dringlich, dass wir uns jetzt dieser Sache annehmen, noch bevor das Wetter draußen schöner wird, und sich natürlich hoffentlich noch mehr Leute dort in dem Parks und Freizeitflächen aufhalten, um dann eben für alle eine schöne und ordentliche Freizeitanlage hier zur Verfügung zu stellen. Und es kann nicht sein, dass Passanten und Mitarbeiter der Holding dann immer am

nächsten Tag in der Früh hergehen und den Müll der vergangenen Partynacht zusammenräumen müssen. Vandalismus und Vermüllung ist kein Kavaliersdelikt und wir strapazieren dann so oft im Gemeinderat den Klimaschutz, von dem wir reden. Ich glaube aber auch, der ganz gewöhnliche Umweltschutz, und zwar, dass wir schauen, dass der Müll im vorgesehenen Mistkübel landet, ist, glaube ich, genauso wichtig. Und das ist das, wo wir als Erstes ansetzen können, und da ist die Stadt Graz auf jeden Fall in der Pflicht, alles Mögliche zu tun, um die Situation zu verbessern, ohne dass wir erst Grillverbote ausrufen müssen, wie es andere Städte schon gemacht haben oder wir an anderen Orten schon machen mussten, oder Parks absperren müssen, also einzäunen und in der Nacht dann sperren. Ich glaube, das wollen wir an dieser Stelle alle nicht. Und aus diesem Grund ergeht folgender

**dringlicher Antrag:**

Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, alle beteiligten Stellen der Stadt Graz und der Exekutive zu einem Runden Tisch einzuladen, um ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten.

Dieses sollte folgende Punkte beinhalten:

- eine Informationskampagne zum Thema Vandalismus und Sauberkeit in Parkanlagen
- eine stärkere Bewerbung der „Schau auf Graz“-App
- eine Erhöhung des Streifendienstes der Ordnungswache und in den Nachtstunden durch die Polizei
- eine spürbare Erhöhung des Strafmaßes für Delikte, die im Zusammenhang mit Vandalismus und Vermüllung stehen und im Wirkungsbereich der Stadt Graz liegen.

Ich bitte um breite Zustimmung. Danke (*Appl.*).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Die Stadt Graz wendet sehr viel Zeit und Geld auf, um die Infrastruktur zu erhalten, zu verbessern und in Stand zu halten. Unsere schönen Plätze, Parks und Straßen sollen die Besucher zum Verweilen einladen und sind ein Aushängeschild unserer Stadt.*

*Wie in jeder Stadt, hat auch Graz mit Vandalismus und Vermüllung zu kämpfen. Durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung haben sich viele Grazer nicht mehr in den Gasthäusern, Cafés oder Nachtlokalen treffen können und sind auf öffentliche Plätze ausgewichen. Sicher sind die Bilder vom Stadtpark aus dem Sommer 2020 in Erinnerung. Die fleißigen Reinigungsmitarbeiter der Holding waren den halben Tag damit beschäftigt, die Müllberge der vergangenen Nacht zu beseitigen. Eine Anfrage im Mai 2020 zu den Vandalismusschäden im Augartenpark und den notwendigen Adaptierungsmaßnahmen in der Augartenbucht hat gezeigt, dass damals Schäden von rund 420.000 Euro entstanden sind.*

*Immer wieder wird rücksichtslos fremdes oder öffentliches Eigentum beschädigt und Müll achtlos in Parks liegen gelassen.*

*Graz wird auch immer öfter von politisch motivierten Vandalismus und der Schändung von Denkmälern heimgesucht. Ich erinnere an den Farbanschlag auf das Kloepfer-Denkmal, den Bewurf von Parteizentralen mit Farbbomben sowie das Beschmieren der Häuser von Traditionsverbänden und Vereinen. Auch das Einfärben unserer Stadtbrunnen dürfte einigen Chaoten wieder besonders Spaß machen. Ein trauriger Höhepunkt war aber durch die mutwillige Beschädigung des Pollers am Schloßberg in der Silvesternacht erreicht. Dadurch war einem Einsatzfahrzeug der Rettung die Zufahrt blockiert.*

*Als Dauerärgernis möchte ich aber auch auf die Zustände der Auwiesen in Graz-Liebenau eingehen. In den letzten Jahren gab es hier immer wieder Probleme mit den*

*Grillstellen, Toiletten und auch dem anfallenden Müll. Die GBG hat hier wirklich vieles getan, um die Situation zu verbessern. Es wurden die Grillstellen ausgebaut, weitere Toiletten aufgestellt ein Müllsammelplatz eingerichtet und die Anzahl der Müllkübel deutlich erhöht.*

*Wie die Bilder von Sonntag, den 6. Februar 2022 zeigen, scheint dies immer noch nicht auszureichen. Sitzplätze und Tische voller Müll, Knochen und Fleischreste rund um die Grillstellen. Selbst jetzt, in der noch kalten und wenig frequentierten Zeit haben sich diese untragbaren Zustände nicht gebessert.*

*Es kann nicht sein, dass Passanten und die Mitarbeiter der Holding den Müll des Vorabends einsammeln müssen! Vandalismus und Vermüllung ist kein Kavaliersdelikt! Hier ist es die Pflicht der Stadt Graz, alles Mögliche zu tun, um diese Situation zu verbessern ohne Grillverbote ausrufen oder Parks zukünftig in den Nachtstunden zusperren zu müssen.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender*

***dringlicher Antrag:***

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, alle beteiligten Stellen der Stadt Graz und der Exekutive zu einem Runden Tisch einzuladen, um ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten.*

*Dieses sollte folgende Punkte beinhalten:*

- *eine Informationskampagne zum Thema Vandalismus und Sauberkeit in Parkanlagen*

- *eine stärkere Bewerbung der „Schau auf Graz“-App*
- *eine Erhöhung des Streifendienstes der Ordnungswache und in den Nachtstunden durch die Polizei*
- *eine spürbare Erhöhung des Strafmaßes für Delikte, die im Zusammenhang mit Vandalismus und Vermüllung stehen und im Wirkungsbereich der Stadt Graz liegen.*

**GR Lenartitsch:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuseher, die uns noch verfolgen und zuschauen von Interesse, geschätzter Herr Gemeinderat Wagner. Ihren Ausführungen ist zu entnehmen, dass im vorigen Sommer der Stadtpark extrem vermüllt gewesen ist bzw. auch im Sommer 2020, dem können wir bedingt zustimmen. Ja, es war aber auch in den Parks extrem viel los, man kann eigentlich sagen, es war viel mehr los, weil die Leute Pandemie-bedingt natürlich bei dem schönen Wetter nach draußen gedrängt haben. Dafür haben wir unsere Parks, dass man rausgeht, dass man sich erholt, und ich glaube, da finde ich vielleicht auch eine breite Mehrheit, wir haben vielleicht noch zu wenige Parks bei uns, weil wenn wir unsere fast 300.000 Mitbürger in Graz in die Parks unterbringen möchten, wird sich das wahrscheinlich auch nicht toll ausgeben. Aber führen Sie auch bitte das an, dass aufgrund der Müllproblematik vor allem junge Menschen sich nämlich auch daran gemacht haben, unseren Stadtpark, ihren Stadtpark, auch wieder sauber zu bekommen. Sie können sich vielleicht erinnern, die Plattform grazwellness hat es damals geschafft, dass junge Menschen sich untereinander einfach abgestimmt haben und gesagt haben, räumen wir doch unseren Müll selber weg, das war eine Maßnahme, die sich die Jugendlichen auch selbst so quasi auferlegt haben, und man hat durchaus beobachten können, dass die jungen Leute nicht nur ihren, sondern auch den anderen Müll weggetragen haben. Wer wirklich hinsehen will, hat feststellen können, dass es regelmäßig Jugendliche waren, die den Müll und den Müll der anderen weggetragen haben, wenngleich sie natürlich

vielleicht nicht allen Müll beseitigt haben, die Jugendlichen. Aber auch nicht jeder Raucher, der mit seinem Auto durchs Stadtgebiet fährt, entsorgt seine Zigarettenstummel im Fahrzeug, das ist leider auch immer wieder zu sehen, und da kann man dann nicht sagen, ok, den Müll machen dann nur die jungen Leute im Park. Zum Zweiten habe ich dann Ihren Ausführungen hier gelauscht, weil schriftlich steht es eher so drinnen, dass Sie zur Kolorisierung der Brunnen aufrufen, da haben Sie jetzt aber zum Glück gesagt, das war in der Vergangenheit. Ich habe mir schon gedacht, das war jetzt ein Aufruf, dass alle Brunnen wieder bunt werden. Vielleicht sollte die Stadt generell etwas bunter werden. Und wenn Sie fordern, dass die Ordnungswache oder die Polizei geordnete Verhältnisse schaffen sollen oder das Strafausmaß angehoben werden soll, dann passt das vielleicht ins Denkschema von Ihnen oder von Ihrer Partei, so quasi zu Law and Order, mir wird aber ein bisschen kalt bei der ganzen Geschichte. Polizeieinsätze und Strafen können wirklich nur am äußersten Ende einer langen Handlungskette, also so quasi, was man alles vorher versucht hat, stehen. Halten wir es diesbezüglich doch so, dass wir mit den Nutzerinnen und Nutzern unserer Parks den Dialog suchen, mit ihnen reden, eventuell wieder eine Parkbetreuung einsetzen, wie es sie auch schon in der Vergangenheit gab, liegt zwar schon ein bisschen zurück, aber dort auch gut funktioniert hat. Es gibt einen Abänderungsantrag der KPÖ, dem werden wir auch zustimmen. Da ist natürlich die Frau Bürgermeisterin dazu aufgerufen, so quasi alle an einen Runden Tisch zu holen und mit allen zu reden, nur was man da so quasi als Zielsetzung von Ihnen vorgegeben hat, dem können wir nicht zustimmen. Ich weiß schon, dass vielleicht einer Ihrer Parteikollegen, etwas weiter draußen in Wien, vielleicht gerne schon so quasi die Kavallerie zum Einsatz bringen würde und durch die Parks reiten würde, um hier Für Gerechtigkeit zu sorgen, uns haben Sie hier leider nicht mit im Boot. Dankeschön (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR<sup>in</sup> **Katzensteiner:**

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleg:innen. Wir sehen in der Thematik durchaus eine Dringlichkeit und halten auch die Forderung nach einem Runden Tisch zu der Thematik für einen guten Vorschlag, dennoch können wir dem ursprünglichen Antrag in dieser Form nicht zustimmen, weil in diesem eben bereits Maßnahmen enthalten sind, somit wird eigentlich dem geforderten Runden Tisch vorgegriffen. Unterschiedliche Problematiken im öffentlichen Raum verlangen nach unterschiedlichen Lösungen und diese sollen dann eben von den genannten Stellen beim Runden Tisch erarbeitet werden. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Abänderungsantrag:**

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

„Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, alle beteiligten Stellen der Stadt Graz und der Exekutive zu einem Runden Tisch einzuladen, um ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten.“

Ich bitte um Zustimmung. Danke (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Unterschiedliche Problematiken im öffentlichen Raum, verlangen nach unterschiedlichen Lösungsansätzen. Ein Runder Tisch ist jedenfalls wünschenswert, macht jedoch nur Sinn, wenn dessen Conclusio nicht schon vorweggenommen wird.*

*Daher stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

**Abänderungsantrag:**

*Der Antragstext wird wie folgt geändert:*

*„Frau Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, alle beteiligten Stellen der Stadt Graz und der Exekutive zu einem Runden Tisch einzuladen, um ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten.“*

**GR Dr. Hackenberger:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Livestream, sehr geehrter Antragsteller. Ich fange bei den Maßnahmen an, die Sie hier vorschlagen und habe mich schon beim ersten Mal durchlesen doch gefragt, wie man beispielsweise mit einer Bewerbung einer App „Schau auf Graz“, ich habe sie mir vorhin angeschaut, das ist eine App, die einen in die Lage versetzt, schon geschehene Vermüllungen und dergleichen zu melden; oder wie man mit einer Informationskampagne zum Thema Vandalismus die Menschen, die unsere Parks vermüllen oder Denkmäler oder Gebäude beschmieren, von ihrem Tun abhalten kann. Ich glaube, das ist schlicht und einfach nicht das geeignete Mittel. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, daran, dass man in einem entsprechenden Expertenkreis schaut, wie man an die Menschen herankommt, die sich an diese Regeln nicht halten. Wir sind selbstverständlich auch nicht dafür, Denkmäler oder Häuser zu verunstalten bzw. Müll zu hinterlassen und andere den Müll wegräumen zu lassen, aber wir müssen, wenn schon, dann über geeignete Maßnahmen nachdenken, wie man diese Situation verbessern kann. Dass wir dergleichen nicht völlig aus Graz verschwinden lassen können, weiß jedes Kind, Sie führen das selbst im Antrag an, dass das ein Phänomen ist, was Sie in jeder größeren Stadt weltweit beobachten können und müssen. Was mir unangenehm aufgestoßen ist, ist der Fokus beispielsweise auf eine Verunstaltung eines Denkmals des Herrn Klopfer, da frage ich mich, was Sie damit bezwecken, wenn Sie ihn da in den Vordergrund stellen. Entweder Sie haben ein Problem mit der Wahrnehmung und haben nicht bemerkt, dass fast gleicher Stelle der Uhrturm

beschmiert worden ist, oder Sie arbeiten daran, die Vorurteile gegen Ihre Partei weiterhin zu stärken oder zu vergrößern, weil Sie werden das ja sicherlich wissen, welche Person der Herr Kloepfer war, und dass beispielsweise bei seinem Begräbnis die Herren Hitler und Goebbels Kränze niedergelegt haben. Also ich denke, das Denkmal des Herrn Kloepfer eignet sich nicht besonders dazu, das Problem für die Allgemeinheit darzustellen (*Appl.*).

Wir werden daher gegen Ihren Antrag stimmen, werden aber den Abänderungsantrag der KPÖ befürworten. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall, dann möchte ich mich nur kurz zu Wort melden, weil ja der Auftrag des Abänderungsantrages auch an mich gerichtet ist, dass ich das auch gerne mache, sollte der Abänderungsantrag eine Mehrheit finden. Warum? Weil die Grundintention des Antragstellers durchaus auch nicht unrichtig ist. Gleichzeitig möchte ich aber, und ich glaube, da durchaus im Namen der gesamten Stadtregierung und aller Anwesenden sprechen zu dürfen, dass wir unseren Kolleginnen und Kollegen bei der Holding Graz Straßenreinigung für ihre täglichen Bemühungen, auch in den Nachtstunden, ganz, ganz herzlich danken, weil die haben wirklich einen Bärenienst und die machen ihr Arbeit wirklich ausgezeichnet (*Appl.*).

Ich muss aber eines auch sagen, wir haben trotzdem einen Verbesserungsbedarf, und das liegt eben nicht an dem, dass die Kolleginnen und Kollegen hier zu wenig gut arbeiten, sondern es ist einfach auch wahr, dass die Wegwerfdisziplin gesunken ist. Das nehme ich selbst wahr, ich bin ja sehr viel unterwegs und das hat auch gar nichts mit Jung, Alt oder wem auch immer zu tun, wir müssen es schlichtweg verbessern und einfach Möglichkeiten finden, dass es schlichtweg uncool ist, irgendetwas wegzuschmeißen, weil wir halt der Meinung sind, dass es irgendwelche Dienstboten gibt, die das schon wieder aufheben werden. Ich finde das nicht ok, und wenn es hier Möglichkeiten gibt, gemeinsam mit unseren Abteilungen und der

Kommunikationsabteilung hier eine Imagekampagne zu starten, weil ich glaube nämlich, dass man das ins Positive drehen muss und nicht mit Strafen, weil ich glaube, damit erreicht man gar nichts, dann haben wir schon wieder ein bisschen gewonnen, ansonsten ist es richtig bemerkt, dass das leider ein Phänomen ist in allen größeren Städten. Aber insofern bin ich gerne bereit, das zu machen, und danke auch für alle Wortmeldungen und ich bitte den Antragsteller noch um sein Schlusswort.

GR Günter **Wagner**:

Danke für alle Wortmeldungen und auch, dass der Dringlichkeit zugestimmt wurde. Aber ich muss natürlich auf ein paar Wortmeldungen schon eingehen und möchte eines ausräumen, also ich glaube, in meinem Antrag, ich habe ihm jetzt noch einmal durchgeschaut, habe ich nirgendwo rein Jugendliche beschuldigt, dass nur die den Schmutz machen und ihn eben nicht wegräumen, das ist so sicher nicht richtig und das möchte ich einmal ausgeräumt wissen. Zum anderen, Parkbetreuern können wir durchaus auch nähertreten, ist überhaupt keine Frage. Nur wie gesagt, da sind vier Punkte, die das beinhalten sollten, nicht müssen, und daher erweitert werden können. Also dieser Antrag ist auch nicht mit einer Grenze gedeckelt und kann ja auch zum Umfang haben, dass eben Parkbetreuer wieder eingesetzt werden. Zum Thema Kontrolle in den Parks, das mag sein, dass es auch in unserer Fraktion einen gibt, der anscheinend von Wien, Ihres Glaubens nach, nach Graz geritten kommt. Ich für meinen Teil habe das Fahrrad bevorzugt, um dort hinzufahren, um die Fleischreste zu entsorgen, und sehe ich den Vorwurf jetzt fast ein bisschen zum Schmunzeln, muss ich ganz ehrlich sagen. Aber nichtsdestotrotz freue ich mich, dass es einen Runden Tisch geben wird. Ich hoffe, dass er passende und sinnvolle Lösungen herbeiführen wird, stelle fest, dass man offenbar nicht will, dass Menschen, die eben unrichtige Dinge tun, den Müll wegwerfen und Vandalenakte begehen, stärker und härter bestraft werden, das nehme ich so zur Kenntnis. Und noch einmal auf die „Schau auf Graz“-App, da möchte ich eben auch die Worte von der Frau Bürgermeisterin noch einmal ansprechen, die Holding-Mitarbeiter sind alle bestens bemüht, dass sie, wenn sie wo

einem Müll sehen und Mist sehen, den rechtzeitig wegräumen. Unten bei den genannte Aufwiesen haben wir das Problem, dass die Mur direkt daneben ist, das heißt, es gibt da schon einen zeitlichen Faktor auch, wenn das einmal drei, vier oder fünf Stunden dort auf der Wiese herumliegt, dann geht das oft relativ schnell, bis das dann im Wasser ist und dort tun wir uns dann eher schwer, dass wir den Müll wieder aufräumen und deshalb auch die Bewerbung der „Schau auf Graz“-App, die ja jedem Bürger die Möglichkeit gibt, solche Dinge schnell zu melden. Ich habe das schon ein paar Mal gemacht bei Müllinseln, wo der Müll übergeht, das wird dann auch sehr schnell behoben und deshalb auch dieses Mittel. Danke (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

#### **9.7 Maßnahmen gegen Femizide – Ausbau der Burschenarbeit (GR<sup>in</sup> Anna Robosch, SPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren im Livestream. Eine 42-jährige Frau, ein sechsjähriges Mädchen, eine 81-jährige Frau und eine 41-jährige Frau. Das sind leider jetzt schon die Opfer der diesjährigen Femizide in Österreich. Und zwei davon, die letzten zwei, wurden leider auch in Graz verübt, das sind zwei Frauen, die von Männern aus ihrem Bekannten- oder Familienkreis ermordet wurden. Zwei zu viele, meiner Meinung nach, oder vier zu viele. Es sind die aktuellsten Opfer einer Pandemie, die uns auch sehr beschäftigt und auch sehr im Griff hat, der Pandemie der Gewalt gegen Frauen. Zwischen 2014 und 2018 hat sich die Anzahl der Femizide in Österreich leider verdoppelt und angesichts dieser Entwicklungen müssten wir doch alle eigentlich gemeinsam alle Schritte dagegen unternehmen oder dafür unternehmen, diese Gewalt sofort zu beenden, doch leider ist vor allem auch die Bundesregierung nicht in der Lage, dieses Problem mit einem angemessenen Maßstab,

weil es ist ein riesiges Problem, es braucht einen großen Maßstab, dagegen zu handeln, wirklich auch zu bekämpfen. Expert:innen im Österreichischen Frauenring fordern 228 Mio. Euro und zusätzliche 3.000 Arbeitsplätze für die Gewaltprävention. Das sind die Gelder und die Mittel, die es brauchen würde, um die 2014 ratifizierte Istanbul-Konvention wirklich umzusetzen. Und unlängst wurden von der Frauenministerin 25 Mio. präsentiert und die sind leider angesichts dessen, dass man 228 Mio. brauchen würde, leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Diese Vorgangsweise zeigt wieder einmal, dass man nicht den richtigen Maßstab wählt, und auch, dass die Prioritäten der Verantwortungsträger leider nicht dort sind, wo ich sie mir wünschen würde und wo sie sich auch die Betroffenen wünschen würden. Am fehlenden Geld kann es leider nicht scheitern, weil wir wissen alle, dass im Koalitionsvertrag die Senkung der KöSt vereinbart wurde, die würde 1,6 Mrd. Euro kosten. Die Bundesregierung ist deswegen dringlichst aufgefordert, die Istanbul-Konvention wirklich umzusetzen und dafür alle notwendigen Mittel, finanziell und personell, ohne Abstriche bereitzustellen, denn Gewalt an Frauen und die damit verbundenen Femizide sind nur die Spitze einer großen Gewaltpyramide. Wir alle in diesem Raum wissen, jede fünfte Frau, also 20 % aller Frauen, werden Opfer einmal in ihrem Leben vom körperlicher oder sexueller Gewalt, jede dritte Frau wird Opfer von sexueller Belästigung und jede siebte Frau wird Opfer von Stalking. Diese Gewalt gegen Frauen ist ganz sicher kein Frauenproblem, es ist ein Männerproblem, und eigentlich, um es genauer zu sagen, es ist ein Männlichkeitsproblem, denn entscheidend bei den Tätern dieser Femizide ist nicht ihr Geschlecht an sich, es ist ganz klar das toxische und patriarchal geprägte Rollenbild, das uns allen übrigens eingeprägt wird. Es ist dieses Rollenbild, dass es Männern nicht ermöglicht, ihre Emotionen auszuleben oder gewaltfrei zu kommunizieren, es ist dieses Rollenbild, das sie dazu bringt, Gefühle zu unterdrücken und Gewalt als Ausdruck von Macht auszuüben. Diese Veränderung dieses Männlichkeitsbildes würde sowohl für Frauen als auch für Männer zu einer enormen Entlastung und auch zu einer enormen Verbesserung des psychischen Wohlbefindens beitragen. Wir wissen alle, dass dreiviertel aller Suizidtoten Männer sind, und das hat auch damit zu tun, dass die traditionelle

Männlichkeit ein Schlüsselrisikofaktor in ihrer Verletzlichkeit ist. Copingstrategien wie emotionale Ausdruckslosigkeit, Abneigung gegen Hilfe von außen, Alkoholabhängigkeit und Gewalt gegen sich selbst oder andere sind damit verbunden, dass so viele Männer diesem traditionellen Männerbild zum Opfer fallen. Um Frauen langfristig zu schützen, braucht es nämlich neue Konzepte von Männlichkeit, ein Konzept von Männlichkeit, das auf Respekt und auf Fürsorge aufbaut, das sind wir den Mädchen von heute, die die Frauen von morgen, sind schuldig, sie zu schützen. Und diesen Schutz gewährleisten wir nur, wenn wir die Männlichkeitsbilder in unserer Gesellschaft ändern. Burschenarbeit setzt genau dort an, Burschenarbeit kann nämlich Bilder von anderen Männlichkeiten aufzeigen, die auch nicht vom Patriarchat vorgelebt werden und die Burschen früh genug dazu bewegt, auch quasi ein Bild ihrer eigenen Männlichkeit zu sehen, das nicht in ihrem Umfeld vorgelebt wird, aber das auf Fürsorge, liebevollen und auch respektvollen Umgang miteinander setzt. Es ist nämlich diese gewaltfreie Gesellschaft, die wir wollen, die nur mit so einem Männlichkeitsbild umzusetzen ist. Wir alle wissen, dass diese Frauenberatungsstellen, Frauengewaltschutzeinrichtungen, Frauenhäuser eine lange Geschichte in Österreich haben und gut verankert sind. Sie könnten die Ziele der Istanbul-Konvention schneller erreichen, wenn die politischen Verantwortungsträger endlich ihre Expertise wertschätzen und Budget vorhanden ist. Im anderen Gegensatz haben wir zwar eine sehr gute Expertise in Graz, in Wien und in der Steiermark im Bereich Burschenarbeit, aber es gibt bei Weitem nicht die länderübergreifenden Strukturen und die ausreichenden finanziellen Mittel, dass diese Burschenarbeit wirklich so flächendeckend funktioniert, wie wir sie brauchen würden. Es ist nämlich an der Zeit, diese Burschenarbeit in Österreich zu institutionalisieren. Wir wollen nämlich, wie Johanne Dohnal schon gesagt hat, eine Vision, die Vision des Feminismus ist nämlich keine weibliche Zukunft, es ist eine menschliche Zukunft, ohne Rollenbilder, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn. Mit diesem Antrag will ich genau diese Vision in die Realität umsetzen. Es braucht nämlich endlich ein anderes Männlichkeitsbild, es braucht endlich eine Burschenarbeit, die mehr als ein Zwei-Stunden-Workshop ist, und es braucht diese flächendeckende,

strukturelle Veränderung, damit wir Frauen schützen und Femizide verhindern. Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

**dringlichen Antrag:**

1. Die Bundesregierung wird auf dem Petitionswege aufgefordert, die Istanbul-Konvention umzusetzen und alle dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel bereitzustellen. Außerdem soll gemäß Motivenbericht eine österreichweit flächendeckende, feministische Burschenarbeit forciert werden.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird aufgefordert, in einem gemeinsamen Ausschuss der Ausschüsse für Bildung, Sport, Jugend und Familie sowie für Frauen, Gleichstellung, LGBTIQ+ und Menschenrechte einen Überblick über die bisherigen Angebote in Graz zur Burschenarbeit zu liefern, um dann gemeinsam mit den im Motivenbericht genannten Expert:innen darüber zu beraten, wie viel auch auf lokaler Ebene in diesem Bereich noch zu erreichen wäre.

Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Vöcklabruck / Wiener Neustadt / Graz / Graz. Eine 42-jährige Frau, ein sechsjähriges Mädchen, eine 81-jährige Frau und eine 41-jährige Frau. Das sind die heuer bereits von Männern ermordeten Frauen in Österreich. Das Jahr zählt gerade erst 47 Tage und schon wurden zwei Frauen bei uns in Graz von Männern aus ihrem Familien- oder Bekanntenkreis ermordet. Zwei zu viel. Es sind die aktuellsten Opfer einer weiteren Pandemie, mit der wir zu tun haben. Die Pandemie der Gewalt an Frauen. Von 2014 bis 2018 haben sich die Femizide in Österreich verdoppelt.*

*Umsetzung der Istanbul Konvention – jetzt.*

*Angesichts dieser Entwicklung, müssten doch alle Schritte unternommen werden, dieser Gewalt ein sofortiges Ende zu setzen. Doch die Bundesregierung schafft es nicht, dieses*

*Problem in einem geeigneten Maßstab zu bekämpfen. Die Expert\*innen, versammelt im Österreichischen Frauenring, fordern 228 Mio. Euro jährlich zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und zusätzlich 3.000 Arbeitsplätze für die Gewaltprävention. (vgl. Frauenring: [Frauenring: Gewaltschutz nach wie vor unzureichend | Österreichischer Frauenring, 01.10.2021 \(ots.at\)](#))*

*Die unlängst von der Frauenministerin präsentierten 25 Mio. Euro sind daher nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Dieses Vorgehen zeigt erneut, wie die Prioritäten der Verantwortungsträger:innen verteilt sind. Am fehlenden Geld scheint es nicht zu liegen: für die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der KöSt, ist lt. Arbeiterkammer mit einem Volumen von 1,6 Mrd. Euro pro Jahr zu rechnen. ([Das 2-Mrd-Geschenk für Unternehmen | Arbeiterkammer](#))*

*Die Bundesregierung wird daher dringlichst dazu aufgefordert, endlich die Istanbul-Konvention umzusetzen und alle dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel ohne jegliche Abstriche bereitzustellen.*

*Gewalt an Frauen ist ein Männerproblem.*

*Femizide sind nur die Spitze einer großen Gewaltpyramide. Jede fünfte Frau – also 20 % der Frauen – ist ab ihrem 15. Lebensjahr körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Jede dritte Frau musste seit ihrem 15. Lebensjahr eine Form von sexueller Belästigung erfahren. Jede siebte Frau ist ab ihrem 15. Lebensjahr von Stalking betroffen. (Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen, 2014).*

*Gewalt an Frauen ist kein Frauenproblem, sondern ein Männerproblem oder vielmehr ein Männlichkeitsproblem. Denn entscheidend bei den Tätern ist nicht ihr Geschlecht an sich, sondern vielmehr das patriarchal geprägte und toxische Rollenbild, das uns allen eingeprägt wird. Es ist ein Rollenbild, welches Männern verwehrt, ihre Emotionen zu erleben und gewaltfrei zu kommunizieren. Stattdessen bewegt es Männer dazu, ihre Gefühle zu unterdrücken und Gewalt als Ausdruck von Macht zu forcieren.*

*Die Veränderung von Männlichkeit kann sowohl für Frauen\*, als auch für Männer eine enorme Entlastung und Verbesserung des psychischen Wohlbefindens bedeuten. Mehr als drei Viertel der Suizidtoten sind Männer. Es ist nachgewiesen, dass traditionelle*

*Männlichkeit ein Schlüsselrisikofaktor für männliche Vulnerabilität ist und Copingstrategien wie emotionale Ausdruckslosigkeit, Abneigung gegen Hilfe von außen, Alkoholabhängigkeit und Gewalt gegen sich selbst oder andere fördert.*

*([Suizidalität bei Männern \(kup.at\)](#), Seite 16)*

*Gewaltschutz ist ein langfristiges Projekt.*

*Um Frauen langfristig vor Gewalt zu schützen, braucht es neue Konzepte von Männlichkeit. Konzepte, die nicht von Gewalt, sondern von Fürsorge und Respekt bestimmt sind. Wir sind es den Mädchen von heute schuldig, die Frauen von morgen zu schützen. Um diesen Schutz zu gewährleisten, ist intensive Arbeit mit Burschen und jungen Männern notwendig.*

*Burschenarbeit soll zeigen, dass es auch andere Bilder von Männlichkeit gibt als jene, die vom Patriarchat vorgelebt werden. Dafür muss Burschenarbeit früh genug ansetzen, im Aufwachsen begleiten und unterstützen. Burschenarbeit soll und darf kein einmaliger 2-Stunden-Workshop sein, es ist die Bildung von Eltern, Bildungs- und Betreuungspersonal und die langfristige und intensive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. So können wir eine gewaltfreie Gesellschaft erreichen. Dafür braucht es aber die entsprechenden finanziellen Mittel und Strukturen.*

*Die österreichischen Frauenberatungsstellen, Frauen-Gewaltschutz-Einrichtungen und Frauenhäuser können auf eine lange Geschichte zurückblicken. Ihre Arbeit ist gut verankert und sie könnten die Ziele der Istanbul-Konvention in ihren Bereichen viel schneller erreichen, würden die politischen Verantwortungsträger:innen im Bund mehr Wert auf ihre Expertise legen und sie im Budget endlich adäquat ausstatten. Obwohl es bereits Initiativen in diesem Bereich gibt, kann man im Vergleich dazu im Bereich feministischer Burschenarbeit nicht von einer flächendeckenden Arbeit in Österreich sprechen, es fehlt an länderübergreifenden Strukturen und ausreichenden finanziellen Mitteln.*

*Auch die nun erstmals seit dem Beschluss der Istanbul-Konvention ausgeschriebene 1 Million Euro für Burschenarbeit sind eine absolute Farce.*

*Es ist an der Zeit die Burschenarbeit in Österreich zu institutionalisieren. Die steigende Zahl an Femiziden, das Erstarken von veralteten Rollenbildern und die zunehmende*

*Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesamtbevölkerung sind mehr als genug Argumente, um Burschenarbeit nicht länger klein zu halten. Es benötigt eine österreichweite Institution, um gemeinsam mit allen Expert:innen und Multiplikator:innen in diesem Bereich Burschen in ihrem Heranwachsen zu begleiten und feministische Burschenarbeit für alle Altersgruppen anzubieten.*

*Burschenarbeit ist nichts, vor dem sich Eltern oder Burschen fürchten müssen.*

*Burschenarbeit schützt Kinder. Sie zeigt, dass körperliche Grenzen, egal in welchem Alter niemals überschritten werden dürfen. Burschenarbeit trägt damit zum*

*Kinderschutz sowohl im familiären als auch im Gleichaltrigen-Kontext bei. Das muss unser Ziel sein, denn wie schon Johanna Dohnal gesagt hat: "Die Vision des Feminismus ist keine weibliche Zukunft. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn."*

*Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei natürlich die Bildung der Pädagog:innen und der Eltern. Glücklicherweise gibt es hier in Graz ein ausgezeichnetes Angebot und Expertise wie etwa den Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark, die Fachstelle für Burschenarbeit und auch der Dachverband für Männer-, Burschen- und Väterarbeit kann mit seiner Expertise dabei unterstützen.*

*Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den*

**dringlichen Antrag:**

- 1. Die Bundesregierung wird auf dem Petitionswege aufgefordert, die Istanbul-Konvention umzusetzen und alle dafür notwendigen personellen und finanziellen Mittel bereitzustellen. Außerdem soll gemäß Motivenbericht eine österreichweit flächendeckende, feministische Burschenarbeit forciert werden.*
- 2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird aufgefordert, in einem gemeinsamen Ausschuss der Ausschüsse für Bildung, Sport, Jugend und Familie sowie für Frauen, Gleichstellung, LGBTIQ+ und Menschenrechte einen Überblick über die bisherigen Angebote in Graz zu Burschenarbeit zu liefern, um dann gemeinsam*

*mit den im Motivenbericht genannten Expert:innen darüber zu beraten, wie viel auch auf lokaler Ebene in diesem Bereich noch zu erreichen wäre.*

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher im Livestream. Gewaltschutz für Frauen und Kinder ist für uns natürlich auch selbstverständlich dringlich. Die Gewaltbereitschaft ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Wie wir gehört haben, haben sich die Morde an Frauen in Österreich von 2014 bis 2018 mehr als verdoppelt, 2018 waren es 41 Femizide. Auf der Homepage der autonomen Frauenhäuser findet man viele Daten und Fakten zu Femiziden, Mordversuchen und schwerer Gewalt, und diese Zahlen lassen sich nicht schönreden, ist sehr gut dokumentiert, 2021 hat es 31 Femizide gegeben und 12 davon wurden von ausländischen Tätern verübt. Mordversuche und schwere Gewalt gab es 2021 63 Fälle, davon waren 26 mit ausländischen Tätern, bei 23 gab es keine Angabe zur Herkunft, 2020 sind 30 dieser Fälle dort dokumentiert, 11 mit ausländischen Tätern, 17 ohne Angabe der Herkunft. Heuer, wir haben erst Februar, gibt es schon fünf dieser Fälle, also Mordversuche, drei mit ausländischen Tätern, einer ohne Angabe der Herkunft. Das heißt, in allen erwähnten Beispielen, und in den vorigen Jahren sieht es nicht anders aus, haben wir mehr als ein Drittel ausländische Täter, und man beachte, auch die hohe Anzahl an Fällen, wo die Herkunft nicht angegeben ist. Eine weitere Zahl, Stand: 1. Februar 2022, auf der Homepage des Justizministeriums: 50 % der Insassen in österreichischen Gefängnissen sind Ausländer, so viel einmal zu den Zahlen, Fakten und Daten. Auf alle Fälle braucht es einen besseren Schutz von betroffenen Frauen und Kindern, beispielsweise durch mehr Frauenhäuser. Wir haben dazu voriges Jahr einen dringlichen Antrag gestellt, dass geprüft werden soll, ob Graz die Notwendigkeit hat, ein zweites Frauenhaus zu bekommen, damit die Frauen und Kinder eben länger in Sicherheit sein können, dazu haben wir noch keine Antwort bekommen. Und natürlich braucht es auch mehr Ressourcen für die Prävention, aber, wie wir gesehen haben an den Zahlen, es muss sich einfach etwas Grundlegendes in unserem Land ändern. Also wir stimmen der

Dringlichkeit zu, aber inhaltlich haben wir andere Lösungsvorschläge und dazu gibt es dann auch noch einen Abänderungsantrag von unserer Seite (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer:**

Das vorliegende Stück, also der dringliche Antrag, hat für uns einen ganz wichtigen Stellenwert. Und bei Gewalt an Frauen und Kindern wissen wir zwar, dass es das zwar schon vor der Pandemie und den Lockdowns gab, aber sicher ist, dass Corona nicht die Ursache ist, aber Corona natürlich die Situation verschärft hat. Und das Ausmaß der Gewalt ist eben extrem hoch und das erfordert verstärktes Handeln, und das wird sehr detailreich ausgeführt und auch die Forderungen konzentrieren sich auf zwei Punkte, nämlich einerseits, dass die Istanbul-Konvention umgesetzt werden soll oder verstärkt umgesetzt werden soll. Also die Istanbul-Konvention ist ja das erste juristische verpflichtende Instrument zum Schutz von Frauen und Kindern gegen jede Form der Gewalt, Schwerpunkt ist gegen häusliche Gewalt, aber auch strukturelle Gewalt generell. Und das ist wichtig, dass da also eben mehr Schutz geboten wird für die Opfer, also adäquaten Schutz, und dieses Übereinkommen soll auf alle Opfer häuslicher Gewalt angewendet werden. Das heißt, es schließt natürlich auch Buben ein, also die sind nicht nur Täter oder Opfer, deshalb ist es auch wichtig, zweiter Punkt, dass einfach die Burschenarbeit verstärkt wird, auch wenn es in den letzten Jahren einiges an Entwicklungen schon gegeben hat in diese Richtung. Das bezieht sich ja natürlich also jetzt nicht nur auf Beratungsstellen, sondern es geht auch irgendwie im Rahmen, also Pädagogen und Pädagoginnen, auch dort gibt es also sehr viel an Maßnahmen, bewusstseinsbildenden Maßnahmen, die gesetzt werden müssen und deshalb finde ich auch den zweiten Punkt sehr entscheidend, dass man erstens einmal das Angebot, das es bis jetzt gibt, überprüft, aber gleichzeitig auch überlegt, welche Formen der Erweiterung in welchen Bereichen es geben soll. Und es müssen Angebote gesetzt werden, um vor allem den Zugang zu Gewaltprävention zu stärken. Und hervorheben muss man aber auch, dass das ein wichtiger Schritt ist, und es gilt somit quasi in den Burschenbereich sicherlich noch mannigfaltige Maßnahmen im

Zusammenhang mit der Gewaltprävention zu setzen, und das bedarf natürlich auch mehr an finanziellen Mitteln und ist auch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um das das Angebot auch erweitern zu können und dagegenwirken zu können. Danke (Appl.).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR Mag. **Winter:**

Werter Gemeinderat, werte Stadtregierung. Fakt ist, jeder Mord in diesem Land ist ein Mord zu viel. Völlig egal, ob er von einem Mann oder von einer Frau begangen wird. Jeder Mord muss konsequent aufgeklärt und bei den Gerichten abgeurteilt werden. Fakt ist aber auch, jeder Mord hat völlig individuelle Hintergründe und individuelle Dimensionen auf Seiten des Täters. Es gibt Eifersuchtsmorde, es gibt Affektmorde, es gibt Ehrenmorde, es gibt politische Morde, es gibt Morde im Familienkreis und es gibt viele andere Varianten und Mordmotive, die wir wahrscheinlich alle zusammen gar nicht aufzählen können. Teilweise werden diese Motive geklärt, teilweise werden diese Motive und die Dimensionen nie geklärt. Sie, Frau Kollegin Robosch, von der SPÖ, erkennen diese unterschiedlichen Dimensionen der Morde scheinbar nicht. In Ihrer feministischen Verbohrtheit sind Sie völlig eindimensional, völlig monokausal und behaupten hier, dass durch eine österreichweite feministische Burschenarbeit nur ein einziger Frauenmord verhindert werden hätte können. Was für ein Märchen. Glauben Sie denn das wirklich? Glauben Sie wirklich, dass durch eine feministische Gesinnung eines Täters ein Eifersuchtsmord, ein Affektmord, ein Mord im Familienkreis verhindert werden kann? Das ist doch völlig absurd. Aber ich erzähle Ihnen ein Geheimnis, die ganz große Mehrheit der Männer in diesem Land verachtet jede Form von Gewalt gegen Frauen, und das ist gut so, und die ganz, ganz große Mehrheit der Männer in diesem Land verachtet genauso Ihren radikalen Feminismus und das ist ebenfalls sehr, sehr gut so. In meinen Augen geht es Ihnen aber auch gar nicht darum, Gewaltdelikte langfristig hier zu verhindern, es geht Ihnen um etwas ganz, ganz

anderes: Es geht Ihnen darum, aus diesen Frauenmorden politisches Kleingeld zu schlagen, diese Frauenmorde hier zu instrumentalisieren für Ihren eigenen feministischen Wahn. Sie instrumentalisieren diese Frauenmorde, um hier pauschal gegen die Männerwelt eine Anklageschrift zu erhalten, statt die konkreten Täter politisch zu verurteilen. Und Sie instrumentalisieren diese Frauenmorde, um österreichweite, flächendeckende feministische Burschenarbeit einzufordern. Damit soll österreichweit jungen Menschen hier Ihr feministisches Geschwätz und Ihr Unfug aufgetischt werden und das lehnen wir ab.

*Zwischenruf CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer** unverständlich.*

GR Mag. **Winter:**

Ich komme zum Schluss.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr: (zur Geschäftsordnung)**

Ich darf kurz etwas zur Geschäftsordnung sagen. Sie können Ihre Meinung haben, aber bitte, ich habe es heute schon einmal gesagt, solche Wortwahlen wie „Sie haben nichts zum Lachen“ oder „Geschwätz“ und solche Sachen versuchen hintanzuhalten bitte (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Dann erteilen Sie mir einen Ordnungsruf.

Ja, ich komme dementsprechend zum Schluss. Wer A sagt, muss auch B sagen, von Ihrer Seite, und Sie führen hier bis zu einem gewissen Grad eine scheinheilige Diskussion. Ich differenziere bei den Menschen ganz genau, und ich möchte keine pauschale Verurteilung, aber wer so wie Sie teilweise verrohete und traumatisierte

Straf- und Gewalttäter aus den Kriegsgebieten dieser Welt hier herzlich willkommen heißt und wer gewisse Menschen aus teils gewaltaffinen Macho-Kulturen hier in Österreich willkommen heißt, der nimmt indirekt zumindest eine gewisse zusätzliche Anzahl an Femiziden hier billigend in Kauf und das wollen wir nicht (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Mord ist ein geschlechtsunabhängiges Straftatdelikt. Jeder Mord, aus welchen Gründen auch immer begangen, ist einer zu viel. Fakt ist, dass es nicht den typischen Mörder gibt und auf Affekthandlungen basierende Straftaten kaum verhindert werden können. Fakt ist allerdings auch, dass im Zuge der sich in den letzten Jahren intensivierenden Masseneinwanderung in das österreichische Wirtschafts- und Sozialsystem auch viele – von Kriegshandlungen verrohte und traumatisierte – Straf- und Gewalttäter aus den Kriegsgebieten dieser Welt nach Österreich importiert wurden. Diese Subjekte sind in unsere Wertegesellschaft nicht integrierbar und stellen ein zunehmendes Sicherheitsproblem für die autochthone Bevölkerung dar.*

*Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den*

**Abänderungsantrag:**

*der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:*

*Die Bundesregierung wird am Petitionswege aufgefordert, die Exekutivkräfte personell aufzustocken, straffällige Zuwanderer, subsidiär Schutzberechtigte und Asylwerber konsequent abzuschieben sowie das Strafmaß für Gewalt- und Sexualdelikte drastisch zu erhöhen.*

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Sehr geehrte Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ich bin jetzt noch ein bisschen fassungslos und sprachlos angesichts der letzten Wortmeldung und frage mich wirklich, ob der Gemeinderat Bühne für solche Aussagen sein soll und für solche hetzerischen und furchtbaren Worte. Das finde ich eigentlich nicht, und ich finde wirklich, die FPÖ sollte einmal jemand anderen ausschicken und nicht nur den Kollegen Winter, der heute schon ausreichend höchst bedenkliche Dinge von sich gegeben hat (*Appl.*).

Liebe Anna, ich komme zu dem eigentlichen Thema, nämlich zu deinem Antrag, für den ich mich herzlich bedanke möchte, es ist sehr gut recherchiert. Ich bin da ganz bei dir, und das ist ja auch die Meinung vieler Expert:innen. Wenn wir Gewalt an Frauen wirklich strukturell bekämpfen und nachhaltig verhindern wollen, ist ein zentraler Hebel, eben bei den Männern und auch bei den ganz jungen Männern, bei den Burschen, anzusetzen. Es braucht ganz viele unterschiedliche Dinge im Bereich des Gewaltschutzes, natürlich müssen auch die bestehenden Opferschutzeinrichtungen auch besser finanziert werden. Aber wenn man das Thema wirklich an der Wurzel bekämpfen will, muss man tatsächlich bei Männern und jungen Männern und Burschen ansetzen und bei der Vorstellung von Männlichkeit, bei traditionellen Männlichkeitsbildern, die eben manchmal beinhalten, dass man nicht über Gefühle sprechen darf, dass man Ärger irgendwie unterdrückt und in sich hineinfrisst und vieles mehr. Und entgegen dem, was jetzt von manchen Parteien heute schon kam, ist das ein kulturübergreifendes Phänomen; also problematische Männlichkeitsbilder gibt es tatsächlich in allen Kulturen und es ist ein großer gesamtgesellschaftlicher Auftrag, sich dieser Männlichkeitsbilder anzunehmen. Da möchte ich argumentativ jetzt trotzdem auch noch einmal auf den Kollegen Winter eingehen, weil das ist echt ein großer Fehler zu glauben, dass Femizide ein individuelles Ereignis sind, dass jeder Mord nur so ganz persönliche Ursache hat. Das wäre eine völlig falsche Sichtweise auf Femizide, weil es sind tatsächlich wirklich gesamtgesellschaftliche Vorstellungen von Männlichkeit oder auch von Liebe oder auch von Besitz von Frauen, die hier eine Rolle spielen. Weil, was ist ein Mord aus Eifersucht? Letztendlich schwingt bei diesem Mord der Gedanke mit,

dass ich als Mann diese Frau besitzen kann und sie halt auch dafür bestrafen muss, dass sie mich verlassen möchte, und zum Glück gibt es da jetzt auch in der medialen Berichterstattung mittlerweile ein Umdenken. Viel zu lang wurde über solche Morde berichtet als Beziehungstaten oder als etwas ganz Verharmlosendes, was man eh irgendwie nachvollziehen kann, aber nein, das ist nicht nachvollziehbar, das ist furchtbar. Und wir müssen wirklich als Gesellschaft ganz entschieden diesen Formen der Gewalt entgegentreten. Allerdings, da möchte ich jetzt auch noch kurz etwas, weil sich vieles von diesem Antrag auf die Bundesebene bezieht, erzählen, nämlich dass die Grünen hier auf Bundesebene hier absolut nicht untätig waren und dass wir wirklich einiges in dem Bereich vorangebracht haben. Wir werden aber dem Antrag, auch dem Petitionsteil, trotzdem zustimmen, weil wir meinen, es braucht noch viel mehr und wir das ja eigentlich auch als Unterstützung der grünen Position im Bund sehen. Aber wir haben es ja tatsächlich geschafft, das Budget im Frauenbereich substanziell zu erhöhen, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, und eben noch ein zusätzliches Gewaltschutzpaket zu schnüren. Das Frauenbudget wurde ja in der grünen Regierungsbeteiligung um 81 % erhöht, also das ist schon sehr, sehr spektakulär und ist der SPÖ leider in vielen Jahren nicht gelungen, dennoch haben wir hier ein gemeinsames Anliegen und es braucht noch viel, viel mehr Geld für den Bereich, ganz klar. Deswegen volle Unterstützung von unserer Seite (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder Mord ist ein Mord zu viel, so weit sind wir uns einig, Herr Kollege Winter, dann sind wir aber auch schon fertig. Ich möchte, bevor ich auf den Inhalt des Antrages eingehe, Sie einmal sehr herzlich zu einem Gespräch einladen. Ich schätze den Austausch mit Menschen, die ganz anders denken, sehr und kann mir auch vorstellen, dass sich auch einige Kolleginnen aus dem Gemeinderat hier anschließen, weil wenn wir uns über den Feminismus äußern, müssen wir bedenken, dass wir heute nur hier sitzen als gemischtes Gremium von Männern und Frauen, gut

ausgebildete, selbstbewusst und wie sich gerade gezeigt hat, wehrhaft, weil es eben Bemühungen in diesem Bereich gibt, die sind auch nicht mehr zurückzunehmen (Appl.).

Es liegt also klar auf der Hand, und das ist eh schon lange und öfter geäußert worden, dass selbstverständlich gegen jeden Mord Mittel zu ergreifen sind, selbstverständlich auch Femizide, die nicht nur abzulehnen sind, sondern entsprechend zu verfolgen sind. Und wir von der Volkspartei treten einerseits natürlich dafür ein, dass die Täter schärfsten bestraft werden und dass zweitens die Prävention einen ganz wichtigen Teil der Arbeit einnimmt. Da gibt es viele Initiativen dazu, Stadtrat Hohensinner hat dazu auch in der letzten Periode, auch als in einem umfassenden Sinne Verantwortlicher, viele Initiativen unterstützt bzw. auch, wie z.B. das Projekt Heroes mitinitiiert, und da gibt es etwas, worauf man auch in Graz gut aufbauen kann. Es ist wissenschaftliche erwiesen, dass Rollenbilder eine große Rolle spielen, man soll auch nichts beschönigen. Alle Aspekte der Umstände, die zu solchen schrecklichen Taten führen, müssen beleuchtet werden, dazu gehören natürlich auch Fragen der Kriminalität, der Rollenbilder, Zuschreibungen und erziehungsmäßige pädagogischer Maßnahmen, die auch im Familienkreis gesetzt werden, die gehören alle bearbeitet, da sind wir vollkommen, glaube ich, d'accord. Wir schlagen deswegen auch einen umfassenden Zugang vor, der natürlich auch vorsieht, nicht nur die im Antrag erwähnten Ressorts, die den Herrn Stadtrat Hohensinner betreffen, berücksichtigen, sondern auch natürlich Fragen der Integration, Fragen, die auch letztendlich im Frauenressort angesiedelt sind. Das heißt, unser Vorschlag ist, dass wir dementsprechend, nachdem sich ja bei der Wahl entsprechende Verschiebungen auch der Zuständigkeiten ergeben haben, dass wir alle einbinden, die Verantwortung in der Stadt tragen. Es hat sich einiges geändert und wir möchten uns deswegen dafür einsetzen, dass erstens einmal Frauen und Mädchen selbstbewusst und wehrhaft werden. Das würde bedeuten, dass wir auch darum bitten, die Frau Bürgermeisterin hier einzubeziehen, und selbstverständlich geht es eben darum, dass wir auch Fragen der Integration natürlich einbinden, das ist auch Teil der Wahrheit, dass wir hier auch einiges zu tun haben. Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP den

**Abänderungsantrag,**

dass neben Stadtrat Kurt Hohensinner auch Bürgermeisterin Elke Kahr und Stadtrat Robert Krotzer im genannten Ausschuss Verantwortung übernehmen und entsprechend gleichwertig mit Stadtrat Hohensinner Informationen zu den lösungsorientierten Angeboten liefern und sich aktiv und konstruktiv in den Lösungsprozess auf aktiver Ebene einbringen. Danke für den Abänderungsbeitrag, wir bitten um Zustimmung (*Appl.*).

***Originaltext des Abänderungsantrages:***

*Maßnahmen gegen Femizide sind angesichts der erschreckend hohen Zahl an Morden an Frauen wichtig und unumgänglich. Die ÖVP befürwortet deshalb nicht nur die strenge Verfolgung der Täter, sondern setzt sich deshalb auch mit aller Kraft für Präventionsarbeit und Aufklärung ein. Viele Initiativen dazu wurden in den letzten Jahren maßgeblich von StR Kurt Hohensinner unterstützt oder mitinitiiert, wie z.B. das Projekt Heroes.*

*Es ist wissenschaftlich belegt und entspricht auch der Erfahrung der praktischen Arbeit zu diesem Thema in den letzten Jahren, dass ein wesentlicher Teil der Lösung die Arbeit mit Burschen und (jungen) Männern ist. Deshalb schlagen wir einen umfassenderen Zugang zur Initiative des genannten Ausschusses vor. Es handelt sich schließlich um ein Thema, das als Querschnittsmaterie gesehen werden muss, weil sowohl Bildung, Familie, Jugend und Gleichstellung als auch Integration und Soziales wichtige Schlüsselressorts sind, die einen Beitrag leisten können und müssen.*

*In der letzten Gemeinderatsperiode waren die entsprechenden Ressorts in der Verantwortung von StR Kurt Hohensinner. Durch die Verschiebungen im Zuge der Neuverteilung nach der letzten Wahl hat sich das geändert, weshalb nun auch die aktuellen Ressortverantwortlichen Bürgermeisterin Elke Kahr und Integrationsstadtrat Robert Krotzer gefragt sind, sich an den Maßnahmen auf lokaler Ebene zu beteiligen.*

*Frau Bürgermeisterin als Verantwortliche der Frauenagenden ist demnach doppelt zuständig, dieses Thema mit Nachdruck zu bearbeiten, geht es schließlich am Ende um das angstfreie und sichere Leben von Mädchen und Frauen.*

*Daher stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP den*

**Abänderungsantrag,**

*dass Punkt 2 folgendermaßen lautet:*

*Bürgermeisterin Elke Kahr, Stadtrat Mag. Robert Krotzer sowie Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA werden aufgefordert, in einem gemeinsamen Ausschuss der Ausschüsse für Bildung, Sport, Jugend und Familie sowie für Frauen, Gleichstellung LGBTIQ+ und Menschenrechte einen Überblick über die bisherigen Angebote in Graz zu Burschenarbeit zu liefern, um dann gemeinsam mit den im Motivenbericht genannten Expert:innen darüber zu beraten, wie viel auch auf lokaler Ebene in diesem Bereich noch zu erreichen wäre.*

**GR Zirngast:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen und auch liebe Antragstellerin, liebe Anna. Mir war es wichtig als Mann, auch ganz kurz etwas dazu zu sagen, ohne jetzt ins Detail zu gehen, weil das ohnehin im Antrag und in den Wortmeldungen schon sehr gut ausgeführt wurde. Also ich finde es extrem wichtig, das Thema betrifft uns alle, patriarchale Rollenbilder betreffen uns alle, und es ist extrem wichtig, dass wir als Gesellschaft und natürlich auch alle als Individuen der Gesellschaft daran arbeiten und uns verbessern und gerade auch als Männer uns verbessern in der Art und Weise, wie wir leben und wie wir mit anderen umgehen, und deswegen unterstützen wir sowieso und unterstütze ich natürlich den Antrag völlig. Ich möchte aber auch dazusagen, dass wir dem Abänderungsantrag der

ÖVP zustimmen werden, weil die Frau Bürgermeisterin in ihren Ressorts und auch der Stadtrat Robert Krotzer in seinen Ressorts ohnehin an diesen Themen arbeiten und weiterarbeiten werden, und dass das natürlich eine große Wichtigkeit in unserer Arbeit in der Stadtregierung auch hat. Wir stimmen dem zu. Danke (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

Ich halte es relativ kurz, ich möchte jetzt fachlich auch gar nicht mehr viel hinzufügen, weil eh schon alles gesagt ist. Was ich aber nicht unkommentiert lassen möchte, werde und kann, sind gewisse Aussagen der Kollegen der ÖVP. Vor allen Dingen zu unterstellen, dass man mit einer möglichen Willkommenskultur das Ganze auch noch unterstützt, fördert und Morde in Kauf nimmt, ist weit weg von dem ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> Heinrichs: Das war die FPÖ, nicht die ÖVP.*

GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> (FH) **Schlüsselberger:**

... die FPÖ, Entschuldigung. Es tut mir leid, die Emotionalität hat mich jetzt, ein wenig übermannt, man hört es vielleicht in meiner Stimme. Aber es geht gar nicht irgendwas zu unterstellen in diesem Ausmaß, bei dieser Wichtigkeit zu unterstellen, und das noch mit einer Selbstgefälligkeit. Wobei ich sagen muss, Sie haben sich eh selbst damit keinen Gefallen getan, weil das Ganze in den Migrationsbereich als Problematik zu verschieben, dem haben Sie heute selbst widersprochen. Weil was auf ein rotes, problematisches und sogar bedenkliches Männerbild abgibt, und dass die Diskreditierung von Frauen so als selbstverständlich im Rahmen einer Gemeinderatssitzung hinnimmt, ist anscheinend doch nicht nur so ein Problem aus dem Migrationsbereich, weil sie haben heute selbst das beste Beispiel dafür abgegeben und eigentlich sich selbst damit widersprochen. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat. Zur Debatte fehlen mir teilweise die Worte, ich sage, ich bin von den Kollegen der linken Fraktionen einiges gewohnt, aber die ÖVP überrascht mich immer wieder aufs Neue. Die Kollegin von der SPÖ verredet sich, sagt „ÖVP-Willkommenskultur“ und die ÖVP-Kollegen neben mir schreien auf: Oje, nein, wir haben das nicht gesagt. Wir sind ja für die Willkommenskultur. Ich habe eine Sekunde gegoogelt, eine Sekunde, sagt der Herr Wöginger, kennen Sie den noch, der Herr Wöginger, Ihr Klubobmann, der hat gesagt, wir wollen keine Willkommenskultur, August 2021. Der würde sich heute ein bisschen schämen, wenn Sie da so aufschreien und sagen, die ÖVP-Willkommenskultur, das haben wir nicht gesagt. Also da distanzieren Sie sich wieder. Sie sind hier dermaßen devot, dass man schon Angst haben muss, dass Sie sich dann hier noch der Regierung anschließen, diese Befürchtung habe ich wirklich. Und eines muss ich schon sagen, diese künstliche Empörung, die hier bei jeder Aussage vom Kollegen Winter aufgebracht wird, das ist auch etwas sonderbar. Weil was hat der Kollege Winter heute gesagt? Gar nichts, was nicht durch die freie Rede ...

*Unverständliche Zwischenrufe und Gelächter im Saal.*

KO GR Mag. **Pascuttini:**

... Herr Kollege, lassen Sie mich ausreden, was nicht durch die freie Rede gedeckt ist. Man darf hier andere Meinungen haben, wir sind hat noch nicht in Sowjet-Russland, das muss man auch dazusagen. Der Kollege Winter hat seine Meinung und die freiheitliche Partei hat ihre Standpunkte und die darf man hier auch vertreten. Und wenn die Kollegin Wutte dann sagt, ja das ist Hetze, Frau Kollegin, dann sage ich jetzt, das bitte nicht als Drohung verstehen, aufpassen, jemand anderen nämlich eine Straftat zu vorzuwerfen, das kann man dann im Rahmen des Rechtsstaates auch strafrechtlich ahnden. Also da bitte ich immer aufzupassen, keine Drohungen, bitte

nicht wieder in Angst und Panik zu verfallen. Weil die Panik war ja heute schon so groß, wie ich es mir erlaubt habe, und ich werde mich heute am Abend dann noch selbst geiseln nach ÖVP-Vorbild, werde ich zuhause Buße tun, bin ich halt da drüben hinaufgegangen bei diesem Podest und da haben sich einige bedroht gefühlt, wenn ein Mann hinter ihnen vorbeigeht. Ich muss natürlich dazusagen, ich weiß nicht, was die Kollegin Schwentner im grünen Parlamentsklub erlebt hat, damals hat es noch ein Schwammerl gegeben, das dort ein bisschen unterwegs war, ich weiß es nicht. Nur es braucht sich hier niemand zu fürchten, weder vor mir noch vom Kollegen Winter, und diese künstliche Empörung jedes Mal, das ist wirklich unerträglich (*Appl.*).

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Sehr geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Klubobmann Pascuttini. Ich möchte jetzt hier nicht einen Schlagaustausch machen, aber so viel Unsinn kann ich leider nicht stehen lassen. Erstens möchte ich dir sagen, ist es eine Unart von dir, wenn du ständig da hier den Vorsitz der Stadtregierung auf der Bühne als Laufsteg nutzt, denn wir gehen alle hier vorne (*Appl. und Gelächter*).

Und du glaubst, die brauchst die Bühne, um ans Rednerpult zu kommen? Wenn das dein Selbstbewusstsein stärkt, dann soll es uns Recht sein, nur es ist eine Unart, ständig im Rücken der der Stadtregierung hier hinüber zu trampeln, noch dazu, wo es dir feminin nicht gelingt (*Gelächter*).

Zum Zweiten möchte ich dir sagen, wenn du sagst, dass wir unsere Willkommenspolitik vergessen haben, möchte ich dir sagen, dass wir genug zu tun haben mit jenen Gästen, die wir gerne hier in Graz leben lassen wollen. Und zum Herrn Kollegen Wagner möchte ich nur sagen, wenn du so überzeugt bist von dem Schwachsinn, den du hier ausgesprochen hast, dass du ihn ablesen musst, dann solltest du dich das nächste Mal besser vorbereiten. Danke (*Appl.*).

*Unverständlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderates.*

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Ach so, Entschuldigung, der Herr Kollege Winter, nicht der Herr Wagner. Verzeihung.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

So, ich hoffe, wir kommen jetzt wieder zum eigentlichen Antrag retour. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

GR<sup>in</sup> **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe mich auf diese hitzige Debatte emotional eh schon vorbereitet, obwohl ich es nicht für gut halte, dass sie so geführt wird. Weil wenn man die Zahlen anschaut, dann weiß man, dass sehr viele, die vielleicht auch zuhören und zuschauen, vielleicht auch direkt betroffen sind oder auch vielleicht Menschen die in ihrem Umfeld haben, die von dieser Gewalt direkt betroffen sind. Das können Trigger für diese Menschen sein, wenn in diesem Ort hier, wo wir sachlich darüber diskutieren sollten, auf diese emotionale Art und Weise über dieses Thema geredet wird, und das würde ich mir wünschen, dass es sich ändert. Und in Bezug darauf möchte ich eigentlich gar nicht mehr so viel zu den Ausführungen vom Kollegen Winter sagen, außer dass er mir zwei Stichworte geliefert hat. Erstens, Eifersuchtsmord, das an sich war schon ein gutes Stichwort. Eifersucht wird immer wieder als Motiv genannt, egal ob in den Medien oder auch vom Umfeld: Ja, er war ja so eifersüchtig. Was ist Eifersucht eigentlich? Schon in der anfänglichen Form, bevor es überhaupt zu Gewalt oder zu Morden kommt, Eifersucht ist Besitzdenken. Eifersucht heißt, wenn ich sie nicht haben kann, dann darf sie niemand anderer haben, und das geht so weit bis zu Mord. Und hier dann davon zu reden, dass das ein individuelles Problem ist, stimmt de facto einfach nicht. Das ist studienmäßig und empirisch bewiesen, dass das nicht stimmt. Das kommt von einem Besitzdenken, das Männern anezogen wird in unserer Gesellschaft, dass sie Frauen besitzen dürfen, und das war ja auch in der Geschichte lange so. Da ist es ja nicht verwunderlich, dass es heute

immer noch so in uns drinnen ist, dass Eifersucht etwas Normales ist, weil ganz lange war es so, dass die Frau in den Besitz von dem Ehemann übergegangen ist. Und deswegen denke ich mir, dass es genau um solche Dinge auch in der feministischen Burschenarbeit gehen muss. Eifersucht ist auch in den kleinsten Formen nichts Gutes und nichts Normales, und das gehört zu beleuchten. Und das Zweite, was auch in diesem Kontext wichtig ist, glaube ich, zu erwähnen, der gefährlichste Ort für Frauen ist die Familie und ist das Zuhause und ist der Familien- und Bekanntenkreis, weil dort am häufigsten Gewaltbeziehungen und toxische Beziehungen stattfinden, und nicht irgendwo draußen oder in weiter, weiter Ferne. Das sind die Gewaltorte für Frauen, und da muss man ansetzen, und immer dann die Migrationsdebatte dabei darüberzustülpen, das ist nicht dienlich, weder für die Opfer noch dafür, dass man irgendeinen Mord verhindern würde. Natürlich gibt es überall Gewalt, ich würde überhaupt nicht mich hier hinstellen und sagen, es gibt auch in Familien mit Migrationshintergrund keine Gewalt. Aber es immer als einzigen Grund für diese Gewalt herauszuziehen, vor allem von der Seite der FPÖ, ist einfach so fern von jeder Realität und lenkt einfach nur von der eigentlichen Sache ab. Und das ist eigentlich, dass Sie damit keine Morde verhindern, und Sie instrumentalisieren immer wieder Morde für Ihre rassistische Debatte, die Sie führen. Ich will einfach nur Frauen schützen und eine große Mehrheit in diesem Gemeinderat möchte Frauen schützen. Und in den Augen eines FPÖlers bin ich gerne eine radikale Feministin, weil es waren radikale Feministinnen, die das erste Frauenhaus aufgebaut haben, es waren radikale Feministinnen, die Frauenschutzeinrichtungen aufgebaut haben, und im Zeichen dieser arbeiten auch heute noch Feministinnen und Feministen dafür, dass es diese gewaltfreie Gesellschaft in Zukunft irgendwann einmal geben könnte. Es ist leider nicht die FPÖ, aber das wissen wir schon seit langem, und ich glaube, wenn wir diesem Feminismus eine Johanna Dohnal Glauben schenken muss, wo es um eine menschliche Zukunft geht, dann schaffen wir es auch, irgendwann einmal ein Männlichkeitsbild zu erzielen und quasi zu sehen, das eben ohne Gewalt auskommt wie die, die wir heute schon erlebt haben hier oder die wir in unserem Umfeld immer und immer wieder

erleben, weil das wäre eigentlich diesem Antrag zum Zweck gewesen und nicht irgendwelche Scheindebatten der FPÖ (*Appl.*).

***Der Abänderungsantrag (FPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Der Abänderungsantrag (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

#### **9.8 Veröffentlichung aller Studien im Haus Graz (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleg:innen des Gemeinderates, werte Zuseher:innen, so Sie noch da sind. Als kleine Präambel, das Recht auf Informationsfreiheit oder Informationszugangsfreiheit ist ein essentielles Recht, manche sagen, ein Grundrecht auf öffentliche Einsicht in die Dokumente und Akten der öffentlichen Verwaltung, und wird inzwischen in 110 Staaten durch Informationsfreiheitsgesetze garantiert, soweit sind wir in Österreich noch nicht. Österreich ist bei einer Bewertung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Informationsfreiheit, das Right-for-Information-Ranking, seit Jahren auf dem letzten Platz, das erklärt alleine schon die Dringlichkeit meines Antrages betreffend die Veröffentlichung aller Studien im Haus Graz. Denn von der Stadt Graz in Auftrag gegebene Studien und ähnliche Dokumente werden ja mit öffentlichen Gelder, das heißt, von den Grazer Steuerzahler:innen, finanziert. Daher haben wir, haben die Steuerzahler:innen ein dringliches Recht, auf das gewonnene Wissen auch zugreifen zu können, damit sie Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge in unserer Stadt nachvollziehen können. Diskussionen zur Veröffentlichung von Studien sind der Sache

nicht dienlich, wir haben das letztes Jahr gesehen im Zuge der Veröffentlichung der Studien zur Mini-Metro. Wirft man jetzt einen Blick auf die Informationsbeschaffung der Stadt Graz im Allgemeinen, dann sehen wir, dass eine enormes Know-how Inside vorliegt, und dafür sind wir auch als Gemeinderät:innen und als Bürger:innen sehr, sehr dankbar. Manchmal werden natürlich externe Expert:innen beauftragt, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren, die sonst im Haus Graz nicht verfügbar wären, und das ist auch sinnvoll und zu begrüßen. Doch die Vergangenheit zeigt auch, dass diese Informationen bisher nach Belieben zur öffentlichen Meinungsbildung verwendet werden können und es darf sich doch nicht die Frage stellen, welche Studie, wo eigentlich nur Inhalte drinnen sind, Fakten, jetzt veröffentlicht wird und welche nicht. Das heißt, die Veröffentlichung einer faktenbasierten Studie darf niemals eine willkürliche Entscheidung einer Verwaltungseinheit sein, auch das ist dringlich zu beseitigen. Die Veröffentlichung ist auch dahingehend notwendig, damit man Druck darauf ausübt, welche Studien überhaupt in Auftrag gegeben werden, ich sage nur ganz kurz Beinschab-Affäre. Wir müssen dringlich Druck aufbauen, dass mit den öffentlichen Geldern, die für Studien verwendet werden, sinnvoll umgegangen wird. Das beinhaltet auch, wer erstellt die Studien? Wer wird beauftragt mit den Studien, das ist oftmals auch fragwürdig. Wenn wir sie veröffentlichen, wird hier Druck erzeugt, sinnvoller Druck für sinnvollen Umgang mit unseren Steuergeldern, auch wie viele Studien erstellt werden. Hüsler hat für Graz drei Studien schon erstellt und wir sind immer noch nicht sehr viel weiter. Auch die Zurverfügungstellung ist einfacher als gedacht, wir haben E-Government, wir können ziemlich einfach eine Website, eine Homepage einrichten, wo jeder sinnvollen Zugang erhält und so eigentlich das im Raum hängende Informationsfreiheitsgesetz, das kommen muss und natürlich eine Bundessache ist, schon sinnvoll vorbereiten und als Grazer Gemeinderat Vorbildwirkung entfalten. Daher, im Sinne einer solchen transparenten Stadtverwaltung, die ihren Bürger:innen einen breiten Zugang zu Information gewährt, stelle ich nach § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den

**dringlichen Antrag,**

- 1.) dass sich der Gemeinderat der Stadt Graz zu einem grundsätzlich freien und kostenlosen Zugang zu Informationen bekennt und
- 2.) Studien und ähnliche Dokumente, die im Auftrag der Stadt oder ihrer Beteiligungen erstellt wurden, den Grazer Bürger:innen auf einer zentralen Website zur Verfügung stellt.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung von Pkt. 2 prüfen und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen. Ich bitte um breiteste Unterstützung. Vielen Dank (*Appl.*).

***Originaltext des Dringlichkeitsantrages:***

*Von der Stadt Graz in Auftrag gegebene Studien und ähnliche Dokumente werden von den Grazer Steuerzahler:innen finanziert. Daher haben sie ein Recht, auf das gewonnene Wissen zuzugreifen, um somit Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge in unserer Stadt nachvollziehen zu können. Diskussionen zur Veröffentlichung von Studien, wie sie beispielsweise im vergangenen Jahr zur Mini-Metro geführt wurden, sind gegenüber den Steuerzahler:innen weder vertrauensbildend noch gerechtfertigt. Wirft man einen Blick auf die Informationsbeschaffung der Stadt Graz im Allgemeinen, wird man feststellen, dass die Stadt und ihre Beteiligungen mit ihren erfahrenen und gut ausgebildeten Mitarbeiter:innen selbst über großes Know-how verfügen, welches auch regelmäßig in die Arbeit des Gemeinderats einfließt. Darüber hinaus werden (im Bedarfsfall) externe Expert:innen beauftragt, um andere Blickpunkte auf Problemstellungen herauszuarbeiten und wissenschaftliche Erkenntnisse einzubringen, die im Haus Graz andernfalls nicht verfügbar wären. All diese Erkenntnisse beeinflussen natürlich die Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge im Magistrat und der Stadtregierung, was im Sinne einer evidenzbasierten und zukunftsfiten Politik grundsätzlich zu begrüßen ist. Doch zeigt die Vergangenheit auch, dass die gewonnenen Informationen nach Belieben zur öffentlichen Meinungsbildung verwendet werden. Dabei dürfte sich die Frage, welche Studie veröffentlicht wird und*

*welche nicht, jedoch nicht stellen, denn schließlich zahlen die Grazer Steuerzahler:innen für diese beauftragten Studien und ähnliche Dokumente und müssten demzufolge auch öffentlichen Zugang zu diesen erhalten.*

*Im Lichte der Beinschab-Affäre stellt sich den Grazer Bürger:innen nun die dringliche Frage, welche Studien mit ihrem Steuergeld von der Stadt Graz und ihren Beteiligungen in Auftrag gegeben wurden. Einmal abgesehen von den Meinungsumfragen mit Tiervergleichen, die das Finanzministerium für die ÖVP bezahlte, gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Diskussionen zur Öffentlichkeit von Studien. Von der Machbarkeitsstudie zur Plabutsch-Gondel wissen wir beispielsweise bis heute nicht einmal den Seitenumfang.*

*Nachdem der Internetzugang mittlerweile zur Grundausstattung unseres Alltags gehört und immer mehr Verwaltungseinheiten die Möglichkeiten des E-Government-Konzepts nutzen, könnte die Stadt Graz alle beauftragten Studien bzw. ähnliche Dokumente auf einer zentralen Website der Stadt öffentlich zugänglich machen. Diese Maßnahme wäre eine gute Vorbereitung auf das bereits lange erwartete Informationsfreiheitsgesetz, mit dem sich die Stadt grundsätzlich weiterentwickeln wird. Mit der Veröffentlichungspflicht von Studien im Haus Graz werden die Bürger:innen außerdem in Meinungsbildungsprozesse besser miteinbezogen. Dadurch wird gelebte Demokratie in Form einer faktenbasierten Bürger:innenbeteiligung in unserer Stadt gestärkt.*

*Im Sinne einer solcherart transparenten Stadtverwaltung, die ihren Bürger:innen einen breiten Informationszugang gewährt, stelle ich daher gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den*

***dringlichen Antrag,***

- 1.) *dass sich der Gemeinderat der Stadt Graz zu einem grundsätzlich freien und kostenlosen Zugang zu Informationen bekennt und*
- 2.) *Studien und ähnliche Dokumente, die im Auftrag der Stadt oder ihrer Beteiligungen erstellt wurden, den Grazer Bürger:innen auf einer zentralen Website zur Verfügung stellt.*

*Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Umsetzung von Pkt. 2 prüfen und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung ein Stück zur Beschlussfassung vorlegen.*

**StR Dr. Riegler:**

Mittlerweile wird es ja schon zu einer kleinen Tradition, dass der Herr Pointner und ich uns immer ein bisschen auch austauschen zu verschiedenen Themen, die er ja im Wege der dringlichen Anträge vorbringt. Und ich muss leider auch hier jetzt ein paar Dinge dazusagen, die das Ganze vielleicht ein bisschen in einem breiteren und hoffentlich auch richtigeren Licht zu sehen machen. Herr Pointner, Sie verwechseln Transparenz mit Veröffentlichung. Wir haben ein transparentes System in Graz und auch im demokratischen Rechtsstaat Österreich. Wir haben einerseits die Gewaltentrennung zwischen Verwaltung und Legislative, wir haben Gerichtsbarkeit und wir haben Rechnungshöfe und Kontrollinstitutionen, und Sie sind ja soeben gerade erst zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses gewählt worden. Das heißt, wir haben Instrumente, die ausreichend dafür sorgen, dass es Transparenz gibt, und Sie können selbstverständlich als Vorsitzender des Kontrollausschusses mittels Mehrheitsbeschluss oder mit einer Anzahl von Gemeinderäten Prüfanträge oder Prüfaufträge erteilen und Sie können dann alles hinterfragen, sich alles ansehen. Aber das heißt noch lange nicht, dass das Ergebnis dieser Prüfungstätigkeit des Stadtrechnungshofes dann unbedingt auf der Website im Volltext publiziert werden muss. Ich glaube, ich brauche Sie nicht darüber aufzuklären, Sie sind ja Jurist, Herr

Pointner, dass es ein Datenschutzgesetz gibt, dass es ein Amtsgeheimnis gibt, dass es Betriebsgeheimnisse gibt, dass es daher selbstverständlich extrem schädlich wäre, wenn Betriebsgeheimnisse und Amtsgeheimnisse auf der Website veröffentlicht werden. Zweitens leben wir in einem Rechtsstaat, in dem es Gott sei Dank die Bestimmtheit von Rechtsvorschriften gibt, denn wenn Sie in einem dringlichen Antrag so dahinschreiben, Sie wollen sämtliche Studien und ähnliche Dokumente veröffentlicht haben, dann sagen Sie bitte genau, was denn darunter zu verstehen ist, was Sie denn genau unter „ähnlichen Dokumenten“ verstehen. Ich habe mit dem Herrn Magistratsdirektor heute Vormittag telefoniert und ich habe ihn gefragt, was er von dem Dringlichen hält, und er hat mir bestätigt, dass es selbstverständlich so sein muss, dass man, wenn man tatsächlich diese Forderung so umsetzen würde, wie Sie das wollen, dass das meiste von dem, was Sie auf die Website dann stellen würden, geschwärzt sein müsste. Also ich möchte Sie schon bitten, dass Sie vorher, bevor Sie dringliche Anträge formulieren, vielleicht einmal schauen, inwieweit das alles im Zusammenhang mit der Rechtsordnung und mit der Verfassungsmäßigkeit steht und ob das auch in irgendeiner Weise mit dem Grundsatz des Geheimnisschutzes im Rechtsleben zusammenhängt. Das möchte ich Ihnen raten, daher muss ich Ihnen leider sagen, dass wir, glaube ich, von unserer Fraktion keine Zustimmung geben können (Appl.).

GR Mag. **Pointner:**

Ich möchte mich nur herzlich beim Herrn Stadtrat bedanken für den Nachhilfeunterricht im Rechtsverständnis. Nur ein herzliches Dankeschön.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR Dr. **Hackenberger**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Zuschauer über den Livestream. Als ich meinen Kindern, ich habe fünf Kinder im Alter zwischen 25 und 37, erzählt habe, wie meine Bemühungen ausgegangen sind dahinterzukommen, was denn der Gesellschaft dieser Stadt Graz gehört, über die Machbarkeit, Sinnhaftigkeit, technische Umsetzungsmöglichkeit der in der Zeitung sehr heftig beworbenen Mini-Metro, haben sie laut gelacht, insbesondere im Zusammenhang damit, dass ich ihnen gesagt habe, dass wir eine transparente Stadt sind. Das sind wir natürlich nicht, das ist genau das Gegenteil von Transparenz und das ist geradezu absurd, wie die Konstruktion des Hauses Graz, die eine ganz anderen Zweck erfüllen sollte, dazu verwendet wird, um tatsächlich Gemeinderätinnen und Gemeinderäte dieser Stadt an der Nase herumzuführen und sie von Informationen abzuschneiden, die ihnen eine Beurteilung der Vorhaben dieser Stadt ermöglichen würde (*Appl.*).

Von Transparenz kann hier überhaupt keine Rede sein. Und ich bezweifle, dass es rechtlich zulässig ist, dass die Stadt Graz oder eine Gesellschaft der Stadt Graz eine Studie bestellt und sich einen Geheimnisschutz aufschwätzen lässt, das gibt es überhaupt keinen Anlass dafür. Können Sie mir bitte sagen, welche Betriebsgeheimnisse oder welche sonstigen schützenswerten Dinge da drinnen stehen? Das ist doch alles, verzeihen Sie, wirklich Wischiwaschi. Wenn wir über Datenschutz reden, da gibt es klare Bestimmungen, aber diese Studien haben mit Datenschutz nicht einmal das Geringste zu tun. Und letztlich müssen wir ja im Auge behalten, dass wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu allen Stücken, die Gegenstand der Verhandlungen im Gemeinderat sind, das sind Fragestunde, Anfragen, dringliche Anträge usw. volle Einsicht in die Verwaltungsakten haben. Und hier haben wir diese abenteuerliche Konstruktion oder diese wirklich unsägliche Praxis, dass wir dadurch, dass das von einer Kapitalgesellschaft gemacht wird und daher nicht zum Bestand der Akten des Magistrates Graz gehört, plötzlich zu keiner Information kommen. Also ich glaube, dass dem Antrag des Herrn Kollegen Pointner wirklich volle Berechtigung zukommt, dass er natürlich auch dringend ist, weil wir diese schreckliche und unzulängliche Praxis abstellen müssen, die ja noch dazu damit kombiniert war,

dass man sich dann irgendwelche kleinen Rosinen herausgepickt hat, die der Öffentlichkeit vorgestellt und damit billige politische Werbung gemacht hat, so geht es ganz bestimmt nicht (*Appl.*).

Was wir allerdings glauben, ist, dass man den Prozess, zu einer Datenbank zu kommen, die für die Bevölkerung wirklich dienlich ist und die praktikabel ist, ein Verfahren aufsetzen muss, Expertinnen und Experten einbeziehen muss und schauen muss, dass man das so hinbekommt, dass dem Bürger wirklich gedient ist. Das heißt, dass ich als Bürger eine Datenbank vor mir habe, deren Informationen ich praktisch gut nutzen kann. Daher stellen wir den

### **Abänderungsantrag**

zu Punkt 2. des dringlichen Antrages:

2. Die Arbeitsgruppe „Transparenz“ wird mit der Erarbeitung einer geeigneten Form der Zurverfügungstellung von Studien samt den zugehörigen Aufgabenstellungen und ähnlichen Dokumenten, die im Auftrag der Stadt Graz oder ihrer wesentlichen Beteiligungen erstellt werden, beauftragt. In der Folge soll nach Einholung einer Expertise aus dem Bereich Open Government Data eine entsprechende Datenbank aufgebaut werden.

Und damit sind wir genau dort, wo Sie, Herr Riegler, hinwollten, nämlich, dass wir ähnliche Dokumenten nicht in irgendein Regelwerk hineinschreiben müssen, sondern dass diese Expertenrunde das definiert, was man dort hineinstellt und was man nicht hineinstellt. Ich bitte Sie daher, dem Antrag inklusive Abänderungsantrag zuzustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Abänderungsantrages:**

*Dem hinter dem dringlichen Antrag stehenden Gedanken ist grundsätzlich voller Respekt zu zollen:*

*In der Vergangenheit hat sich eine unververtretbare Praxis etabliert, kommunale Zukunftsprojekte auf Kosten der Steuerzahler:innen in Form von Grobplanungen, Machbarkeitsstudien und Ähnlichem von internen und externen Fachpersonen und Wissenschaftler:innen aufbereiten zu lassen und die Bevölkerung wie auch deren Vertretung im Gemeinderat sowohl vom Inhalt der Aufgabenstellungen als auch den Ergebnissen der Studien auszuschließen.*

*Als wesentliches Vehikel dafür, sogar die Mitglieder des Gemeinderates von den Informationsquellen abzuschneiden, wurde die formale Konstruktion des „Hauses Graz“ genutzt bzw. vorgeschoben, indem die Informationen, Machbarkeitsstudien etc. von einer der städtischen Gesellschaften beschafft und in Auftrag gegeben wurden, sodass ein direkter Zugriff auf die entsprechenden Dokumente anders als auf jene, die im Rahmen der Verwaltung existieren, nicht möglich war. Unter einem wurden wiederholt einzelne Aspekte der Studienergebnisse zum Zwecke politischer Reklame verwendet.*

*Als Vertreter:innen der Bürger:innen dieser Stadt haben wir dafür zu sorgen, dass den in unserer Stadt lebenden Menschen der Zugang zu den Inhalten wesentlicher politischer Vorhaben gewährt wird und sie die Möglichkeit erhalten, von den Entscheidungsgrundlagen wie etwa Studien Kenntnis zu nehmen.*

*Dies ist Voraussetzung für eine angemessene Meinungsbildung, die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und eine vernünftige Bewertung der politischen Arbeit durch die Bürger:innen.*

*Freilich ist die Umsetzung des dringlichen Antrages nicht trivial und ohne weiteres möglich, sondern setzt die Erarbeitung einer Struktur für eine Datenbank sowie genaue Abgrenzungskriterien, welche Dokumente in die Datenbank gestellt werden, voraus. Die angestrebte Datenbank macht auch nur dann Sinn, wenn sie so strukturiert ist, dass*

*sie für jede und jeden nutzbar ist. Dafür braucht es eine entsprechende Expertise und ausreichende Vorbereitungszeit.*

*In diesem Sinn stellt der Gemeinderatsfraktion der Grünen-ALG folgenden*

### **Abänderungsantrag**

*des dringlichen Antrages, sodass dieser wie folgt zu lauten hat:*

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einem grundsätzlich freien und kostenlosen Zugang zu Informationen*
- 2. Die Arbeitsgruppe „Transparenz“ wird mit der Erarbeitung einer geeigneten Form der Zurverfügungstellung von Studien samt den zugehörigen Aufgabenstellungen und ähnlichen Dokumenten, die im Auftrag der Stadt Graz oder ihrer wesentlichen Beteiligungen erstellt werden, beauftragt. In der Folge soll nach Einholung einer Expertise aus dem Bereich Open Government Data eine entsprechende Datenbank aufgebaut werden.*

GR Mag. **Pointner:**

Vielen Dank, wir werden nach der sehr gut begründeten Ausführung selbstverständlich auch dem Abänderungsantrag zustimmen. Er spezifiziert sehr gut und der Kollege hat vorher das, was ich im Antrag gemeint habe, auch sehr gut spezifiziert. Zum Glück gibt es bei ihm keine Möglichkeit mehr, dass ihn jemand weiterhin belehrt. Dafür bedanke ich mich auch (Appl.).

***Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.***

**9.9 Online-Umfrage zur Zufriedenheit der Grazer Bürger:innen mit dem Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice (GPS)  
(GR<sup>in</sup> Sabine Reininghaus, Neos)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer zuhause im Livestream. Abschließend noch ein Thema, das, glaube ich, auch sehr viele Grazer und Grazerinnen sehr bewegt und mir immer wieder jetzt in verschiedensten Gesprächen auch wiederholt wurde. Es scheint eine ziemlich große Unzufriedenheit zu geben im Moment in Graz mit der Verkehrsüberwachung des ruhenden Verkehrs. Ich habe hier auch ein Beispiel zur Fahrscheinkontrolle, obwohl das nur ein einziges Beispiel ist dazu, aber ich denke mir, dass der Gemeinderat, der ja quasi das oberste Organ der GPS in Graz im Eigenbetrieb ist, dass Sie diese Dinge auch erfahren sollten. Seit Mai letzten Jahres habe ich von Bürgern und Bürgerinnen Mails bekommen, also unabhängig voneinander, in denen sie mir ihre Erfahrungen mit Mitarbeitern der Verkehrsüberwachung des ruhenden Verkehrs bzw. auch Fahrscheinkontrolle berichten. So schreibt z.B. ein Innenstadtunternehmer in seinem Mail, ich habe das nicht geprüft, das ist seine Meinung, es liegen aber diese Mails auf und die Menschen haben mir auch quasi zugesagt, dass sie für Gespräche bereit wären, für Gespräche mit Menschen in der Stadt Graz, vielleicht kann man sie auch in den Ausschuss einladen die einmal reden lassen, was die denn so zu erzählen haben. Ein Unternehmen schreibt: „Seitdem sich die Parkraumbewirtschaftung sich aufs Strafen konzentriert, muss man gut aufpassen, um nicht eine Minute länger in der Ladezone zu laden als erlaubt, weil sonst ist natürlich der Strafzettel da.“ Und er schreibt: „Diese Intoleranz ist menschenverachtend und wirtschaftsfeindlich, kein Wunder, dass die Leute nicht mehr in die Stadt kommen.“ Ähnliches weiß ein Unternehmen zu berichten, das bereits in der dritten Generation ihren Sitz in der Annenstraße hat, und die sind eigentlich schon so darauf eingestellt, dass sie die Strafen einkalkulieren. Denn mit dem Moment, wo die Annenstraße umgebaut wurde 2013, wissen Sie, Sie kennen die Annenstraße, da gibt es keinen Parkplatz mehr, weder rechts noch links, und die müssen ihre Multifunktionsgeräte jetzt über den Gehsteig anliefern, weil sie nur an

dieser Stelle quasi ebenerdig mit den großen Geräten ins Gebäude fahren oder die Geräte aus dem Gebäude rausbekommen, den Kunden geht es genauso. Also die müssen unglaubliche Mehrkosten quasi dulden, und ich frage mich, ob das der richtige Weg ist, mit unseren Unternehmerinnen und Unternehmen umzugehen, bitte das sind die, die unsere Kassen mit der Kommunalsteuer füllen. Wieso stören wir die durch Strafen, wenn die eine Lieferung machen müssen? Das verstehe ich nicht, aber bitte. Sobald ein Gehsteig befahren wird, das wissen wir schon, auch wenn tatsächlich eine ununterbrochene Ladetätigkeit vorliegt, stellen die GPS-Mitarbeiter:innen ihre Strafmandate eigentlich gesetzeskonform aus. Ist klar, also § 8 Abs. 4 StVO 1960 verbietet generell das Befahren von Gehsteigen und im Prinzip von 1 bis 3 werden lediglich drei Ausnahmen definiert. Aber ich frage Sie schon auch, was mache ich als Bewohner der Annenstraße, Sie wissen, es gibt keine Parkplatz rechts und links, wenn ich mir eine Waschmaschine zustelle? Wenn du dann Pech hast, zahlst du 40 Euro. Wollen wir das? Will Graz das? Weil man darf ja nicht auf den Gehsteig fahren, nicht einmal 5 Minuten, das verstehe ich auch nicht. In einer weiteren Mail steht: „Im Jänner parkte ich meinen PKW an einem Freitagnachmittag in der Blauen Zone gegenüber der Heinrichstraße 10, wo ich einige Gegenstände auszuliefern hatte. Ich habe auf die Lösung eines Parkscheines absichtlich verzichtet, weil ich wusste, dass die Lieferung nur ein paar Minuten in Anspruch nehmen würde. Während ich das dritte Mal die Heinrichstraße mit Ladegut querte, sah ich bereits einen Mitarbeiter der GPS kommen, der vor meinem Auto stehen blieb, auf und ab ging, permanent auf die Uhr schaute und mich beobachtete. Als ich mich abschließend zu meinem PKW begab, tätigte er bereits Eingaben in das elektronische Gerät. Ich sprach ihn an, schreibt er, hallo, ich habe doch wohl nicht die zulässige Ladezeit überschritten, ich muss nur noch rüberlaufen, das Haus dort zusperren und schon bin ich weg. Zitat des GPS-Mitarbeiters: zehn, neun, acht, sieben...“ Will die Stadt Graz das? Nein, ich will das nicht für Graz, ich mache mir echt Sorgen um das Image der Stadt Graz. Das muss ich Ihnen schon ehrlich sagen, das gefällt mir gar nicht. Dann habe ich zum Schluss jetzt noch diese Fahrscheinkontrolle, ich weiß nicht, Sie müssen auch entscheiden, ob das so toll ist, was da so passiert. Wenngleich ich sagen muss, die handelnden Organe der

Stadt Graz haben das Recht auf ihrer Seite, aber sie haben keine Menschlichkeit, sie haben kein Herz, keine Empathie, und nichts, und deswegen haben sie keinen Konsens von den Grazern und Grazerinnen. Drei deutsche Tagesgäste, die am 24.9.2021 in Graz verweilen, schreiben: „In der Straßenbahnlinie 5 konnten wir im Zuge einer Fahrscheinkontrolle zwar ordnungsgemäß unsere Fahrscheine herzeigen, wurde aber dennoch zu 150 Euro Geldstrafe verdonnert, weil wir nur den Mund-Nasen-Schutz trugen und nicht die vorgeschriebene FFP2-Maske.“ Wieder kann der Kontrolleur strafen, die Gäste kommen aber nicht mehr nach Graz. Die Berufung, die sie eingelegt haben wurde abgelehnt, sie haben ihre Strafe in der Zwischenzeit bezahlt, sie kommen aber nicht mehr. Vielleicht handelt es sich aber nur um einige Ausnahmen, von denen wir hier hören, ich weiß es ja auch nicht. Aber ich denke mir, der Gemeinderat sollte sich das schon einmal anschauen, ob das richtig läuft oder so läuft, wie Graz sich das vorstellt bzw. wie es der Stadt oder dem Image der Stadt dienlich ist. Und darum komme ich jetzt auch schon zum Antragstext:

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Online-Umfrage hinsichtlich der Zufriedenheit der Grazer:innen mit der Stadtverwaltung, insbesondere mit der GPS durchgeführt werden kann.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Gemeinderat binnen 4 Monaten vorzulegen.  
Ich bitte um Annahme für Graz (Appl.).

**Originaltext des Dringlichkeitsantrages:**

*Ich möchte den Mitgliedern des Grazer Gemeinderates, das laut GPS-Organisationsstatut für die Agenden der GPS im Eigenbetrieb zuständige Organ, den Inhalt einiger Mails darlegen, die mir seit Mai letzten Jahres, unabhängig voneinander, zugesandt wurden. Die Inhalte dieser Mails schildern unterschiedliche Erlebnisse mit Mitarbeiter:innen der „Verkehrsüberwachung ruhender Verkehr“ und der „Fahrscheinkontrolle“. Aus den schriftlich vorliegenden Beschwerden, aber auch aus*

*zahlreichen Gesprächen die ich mit Grazer:innen geführt habe, lässt sich in Graz mittlerweile eine Tendenz der Unzufriedenheit mit den erwähnten Stadtorganen ablesen. Es herrscht das subjektive Gefühl vor, dass „Parksheriffs“ seit einiger Zeit rigoros abstrafen und das Auftreten und Wortwahl zu wünschen übrigließen. So schreibt beispielsweise ein Innenstadt-Unternehmer in seinem Mail: „Seit die Parkraumbewirtschaftung sich auf Strafen konzentriert, muss man gut aufpassen, um nicht eine Minute länger in der Ladezone zu laden als erlaubt, sonst ist der Strafzettel schon da. Diese Intoleranz ist menschenverachtend und wirtschaftsfeindlich. Kein Wunder, dass die Leute nicht mehr in Stadt kommen“.*

*Genauso klagt ein Unternehmen, das bereits seit drei Generationen seinen Sitz in der Annenstraße hat, über hohe Mehrkosten für Organmandate, die im Zuge von Liefertätigkeiten immer wieder ausgestellt werden. Die Lieferung großer Multifunktionsgeräte kann – nach dem Umbau der Annenstraße – nur mehr verbotenerweise über das Befahren des Gehsteigs erfolgen.*

*In einer weiteren Mail steht: „Im Jänner parkte ich meinen PKW an einem Freitagnachmittag in der Blauen Zone gegenüber der Heinrichstraße 10, wo ich einige Gegenstände abzuliefern hatte. Auf die Lösung eines Parkscheines hatte ich absichtlich verzichtet, da die Lieferung nur wenige Minuten in Anspruch nehmen würde. Während ich das 3. Mal die Heinrichstraße mit Ladegut querte, sah ich bereits einen Mitarbeiter der GPS vor meinem PKW auf und abgehen, der demonstrativ auf seine Uhr sah und mich im Auge behielt. Als ich mich abschließend zu meinem PKW begab, tätigte er bereits Eingaben in sein elektronisches Gerät.*

*Ich sprach ihn an und meinte, dass ich die zulässige Parkdauer wohl kaum überschritten haben könne, nur noch das Haustor absperren müsse und schon weg wäre. Daraufhin der GPS-Mitarbeiter mit folgendem Zitat: zehn, neun, acht, sieben...“.*

*Abschließend noch eine Beschwerde dreier deutscher Tagesgäste, die am 24.9.2021 in Graz verweilten: In der Straßenbahnlinie 5 konnten sie im Zuge einer Fahrscheinkontrolle zwar ordnungsgemäß ihre Fahrscheine vorweisen, wurden aber dennoch zu 150 Euro Geldstrafe verdonnert, weil sie nur den Mund-Nasen-Schutz trugen und nicht die in Österreich vorgeschriebene FFP2-Maske. Der eingelegte Widerspruch wurde abgewiesen und die Strafen wurden mittlerweile einbezahlt. Nach Graz wollen die drei deutschen Gäste allerdings nicht mehr kommen.*

*Es ist anzunehmen, dass es sich bei all diesen Beschwerden um Ausnahmefälle innerhalb der GPS-Mitarbeiter:innen-Riege handelt und niemand soll hier unter „Generalverdacht“ gestellt werden. Dennoch erscheint es mir wichtig, dass sich der Gemeinderat die Frage: „Wie zufrieden sind die Grazer:innen mit Teilen der Stadtverwaltung, insbesondere mit der GPS“ stellt. Schließlich repräsentiert jedes einzelne Stadtorgan immer auch die Stadt Graz.*

*Es kann nicht im Interesse der Stadt Graz liegen, brave Grazer:innen und kommunalsteuerzahlende Unternehmer:innen für die Bewältigung ihres Alltags abzustrafen. Und gerade weil ich ein mit der Rechtsordnung verbundener Mensch bin, fordere ich in Graz mehr Raum für einen toleranten, freundlichen und empathischen Umgang der Stadtverwaltung mit ihren Bürger:innen.*

*Zur Beurteilung der Beschwerden stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den*

**dringlichen Antrag,**

- 1.) die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Online-Umfrage hinsichtlich der Zufriedenheit der Grazer:innen mit der Stadtverwaltung, insbesondere mit der GPS durchgeführt werden kann.*

*Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Gemeinderat binnen 4 Monaten vorzulegen.*

**StR Eber:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als Zuständiger für das Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice darf ich dazu einige Anmerkungen natürlich gerne machen und etwas Lichts in vermeintlich Dunkle bringen. Zunächst einmal, was Ladetätigkeiten anbelangt in der Stadt Graz, es ist natürlich so, dass es hier bundesgesetzliche Vorschriften gibt, wie Ladezonen geregelt werden und wie das auszusehen hat. Konkret in Graz ist es dann allerdings so, dass das Straßenamt den Auftrag an das GPS gibt, hier zu kontrollieren, und das Straßenamt sagt auch von sich aus, müsste sie nicht machen, aber sagt das Straßenamt, es soll eine Toleranz von zehn Minuten eingehalten werden. Also unter diesen Vorgaben kontrolliert das GPS und straft dann natürlich, wenn auch diese Toleranzzeit überschritten wird. Grundsätzlich bin ich natürlich ganz bei Ihnen, Frau Reininghaus, wenn Sie sagen, die Stadt Graz soll freundlicher, empathischer werden und toleranter werden. Das gilt natürlich für uns genauso als politisch Verantwortliche, gilt natürlich auch für jene, die sozusagen die Stadt Graz nach außen hin auch vertreten. Dennoch kann man, glaube ich, nicht diese Verallgemeinerungen treffen. Wir haben natürlich auch immer wieder mit Beschwerden zu tun und wir sind im Moment natürlich auch dabei, diesen Beschwerden nachzugehen, und da zeigt es sich halt auch sehr oft, dass es bei einer Sache oft einmal zwei Seiten gibt. Aber dort natürlich, wo es zu tatsächlichen Ungerechtigkeiten kommt, wird man dann natürlich auch mit Konsequenzen rechnen müssen, aber ich muss auch dazusagen, das sind sicher die Ausnahmen. Noch grundsätzlich vielleicht auch, wie ist das mit den Fahrscheinkontrollen und damit im Zusammenhang dann auch mit der Kontrolle der Maskenpflicht in Straßenbahnen und Bussen? Auch da ist es so, dass das GPS sozusagen nur das ausführende Organ ist, das GPS wird beauftragt von den Holding Graz Linien und je nachdem wie die diese Vorgaben machen, so wird dann auch natürlich gestraft, abgemahnt oder eben auch nicht. Und kann man sich natürlich überlegen, ob man da in der einen oder anderen Frage nicht mit ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl vorgehen hätte können, aber auch das werden wir natürlich noch besprechen. Zum Antrag direkt, eine Zufriedenheit abzufragen: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Strafen (*Gelächter im Saal*)?

Das halte ich für ein bisschen, wie soll ich sagen, wenig zielführend, weil ich glaube, wenn sich jemand an einer Umfrage beteiligt, der gerade abgestraft worden ist, wird er natürlich nicht hochzufrieden sein, sondern eher weniger. Abschließend möchte ich noch einmal vom GPS einladen dazu, dass natürlich auch alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte eingeladen sind, sich auch beim GPS direkt zu informieren über die Tätigkeit dieser stadteigenen Gesellschaft. Der Herr Lozinsek, der Geschäftsführer, steht auch allen Gemeinderäten und Gemeinderätinnen gerne zur Verfügung, freut sich auch über das Interesse, wenn man es ihm entgegenbringt. Das ist aber leider von Ihrer Seite, so habe ich es zumindest vernommen, nicht gegeben gewesen, der Herr Lozinsek hat Sie mehrfach zu Gesprächen auch eingeladen ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Reininghaus** unverständlich.*

**StR Eber:**

... er hat Sie zumindest eingeladen, zu Gesprächen ins GPS zu kommen, hat aber keine Rückmeldung erhalten. Aber wie gesagt, das Angebot gibt es selbstverständlich nach wie vor und gilt auch für alle, unabhängig von Fraktions- und Parteizugehörigkeit.  
Danke (*Appl.*).

**GR Günter Wagner:**

Hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin. Also ich bin wirklich verwundert über diesen Antrag, verwundert über den Motiventext und noch ein bisschen mehr verwundert über die Wortmeldung dazu. Wir bleiben bei dem Thema jetzt. Eines ist richtig aber in dem Ganzen, in der Wortmeldung vor allem, Sie haben das nicht überprüft, wäre aber gut gewesen. Weil in dem ganzen Motivenbericht, ich will nicht behaupten, dass es wahrscheinlich nie einen unfreundlichen GPS-Mitarbeiter gibt, den mag es durchaus geben, aber nirgends steht drinnen, dass Sie mit einem

GPS-Mitarbeiter gesprochen haben, wie unfreundlich manche Abgestrafte zu den Mitarbeitern sind. Weil das möchte ich schon vorwegnehmen, die haben da keinen einfachen Job, sind da draußen bei Wind und Wetter unterwegs, strafen da Leute ab und werden dann oft wüst beschimpft und im schlimmsten Fall, zum Glück nicht sehr oft, vielleicht sogar angegriffen. Grundsätzlich nach einem Gespräch mit dem GPS kann ich aber sagen, dass natürlich auch dort Beschwerden eingehen und dem wird dann schon nachgegangen, mit den Mitarbeitern wird gesprochen, die Mitarbeiter werden geschult, und es ist auch wichtig und richtig so. Und ich kann nur da unterstreichen, die Einladung vom GPS auch wirklich anzunehmen, die schriftlich an Sie ergangen ist, und einmal den Weg von der Annenstraße dann in den Jakominigürtel zu finden und dort vor Ort sich einmal erklären zu lassen, warum die genau wie arbeiten, das GPS ist ein Auftragnehmer und erfüllt nur den Auftrag, den sie bekommen. Um es zu verdeutlichen einmal in der Sprache in Ihrer Branche, wenn meine Gattin jetzt hergeht und Sie als Detektiv ...

*Zwischenruf GR<sup>in</sup> **Reininghaus**: Wirtschaftsdetektei. Sie sind da bei mir falsch.*

GR Günter **Wagner**:

... ja, na dann.

Allerdings, wenn die einen Detektiv, da werden Sie dann wahrscheinlich den Zusammenhang dann besser verstehen können, beauftragt und sagt, er soll mich überwachen und observieren und Informationen sammeln, dann wird sie natürlich auch sagen, was für einen Umfang soll das Ganze haben und welche Daten und Informationen möchte sie haben. Und er als ordentlicher Auftragnehmer, so wie das GPS auch, wird natürlich dem allen nachgehen, wird alles aufnehmen und alles an den Auftraggeber übermitteln, und das passiert hier auch. Das passiert bei einer Parkstrafe und das passiert auch, wenn einer mit dem Mund-Nasen-Schutz unterwegs ist in den Grazer Linien, obwohl er das nicht darf. Und nicht der GPS-Mitarbeiter entscheidet

dann, was ist jetzt richtig, und ein bisschen weniger und ein bisschen mehr richtig, das wäre ja Willkür. Und man muss ja sagen, das grenzt ja schon ganz knapp an einem Amtsmissbrauch, wenn er sich selbst aussuchen kann, der hat ein rotes Auto, den strafe ich ab, und der hat ein grünes, den strafe ich nicht ab. Das kann ja nicht im Sinne des Mitarbeiters sein, das Berufungsverfahren, das ist ja dann woanders auszufeuchten. Ebenso, wenn Sie dann Informationen weitergeben an meine Frau, ein paar Fotos, wird dann sie entscheiden, ist das jetzt noch ok, dass er da sich mit jemandem auf einen Kaffee trifft, oder ein bisschen Schmusen ist vielleicht auch noch in Ordnung, aber der Rest geht dann gar nicht; und auch sie wird dann entscheiden, was ist dann die Konsequenz für mich. Natürlich wird sie das entscheiden und nicht der, der das aufnimmt. Und so einfach sehe ich das eigentlich. Das GPS hat eben einen klaren und deutlichen Auftrag, einen Arbeitsauftrag, den sie erfüllen, anständig und ordentlich in den meisten Fällen. Und dementsprechend muss ich sagen, können wir weder der Dringlichkeit noch dem Antragsinhalt auch nur irgendwie nähertreten, das geht einfach, glaube ich, an der Sache vorbei. Das GPS hat hier null Spielraum, die Mitarbeiter selbst haben hier null Spielraum, sondern eben diese Auftraggeber, seien es die Graz Linien oder das Straßenverkehrsamt hat da dann zu entscheiden, ob sie hier wo mildernd eintreten und wo nicht mildernd eintreten, und nicht das Organ, das eigentlich nur damit betraut ist, dass es dort die Überwachung dieser Parkflächen macht. Danke (*Appl.*).

**GR Lenartitsch:**

Lieber Frau Bürgermeisterin, lieber Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuseher zuhause und geschätzte Frau Gemeinderätin Reininghaus. Ich bin auch kein Freund von Strafen und Strafzetteln, das haben wir in Bezug auf Ihren Antrag gemeinsam, aber sonst leider nichts. Eine Online-Umfrage über die Zufriedenheit über die Mitarbeiter der GPS halte ich für extrem gefährlich. Warum? Jede und jeder weiß, dass eine Umfrage online und anonym alles andere als repräsentativ wäre und auf gar keinen Fall ein reales Abbild betreffend Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der

Grazer:innen mit der Ordnungswache oder dem Parkraumservice brächte. Wer würde denn in erster Linie dort reagieren? Wohl jene, die irgendwann einmal ein sogenanntes Knöllchen bekommen haben, so gesehen wäre zu befürchten, dass am Ende der Befragung weniger die objektive Bewertung, sondern ein Bashing eher unter der Gürtellinie herauskommt. Zumal ja alleine schon die Diskussion auf der Straße, wie es der Kollege Wagner schon ausgeführt hat, ja auch oft schon zwischen den zu Strafenden und den Strafenden so quasi oder denen, die den Zettel ausstellen, zu großen Diskussionen kommt. In der virtuellen Anonymität würde das wohl noch drastischer und noch hemmungsloser ausfallen. Ich frage Sie, wie tolerant wollen Sie bitte bei einer Parkzeitüberschreitung sein? Derzeit sind es, der Herr Stadtrat hat gesagt zehn Minuten, ich weiß von ca. 13 Minuten, weil das gibt es auch noch diesen Uhrenabgleich, eine Uhr kann vor- oder nachgehen, also dann sind es ca. 13 Minuten. Das ist keine kleine Zeit, zumal die Toleranz auf Kosten von irgendjemand anderes geht, der vielleicht einen dringenden Amtsweg, einen Arzttermin hat oder deswegen keinen Parkplatz findet, weil es eh wurscht ist, wer wie lange wo parkt, oder der in der Ladezone keinen Parkplatz findet, weil einfach der andere sagt, es ist egal, ich diskutiere mit dem und komme vielleicht hier weg. Es gibt überall Spielregeln, im Sport gibt es Spielregeln, das sind keine Schikane gegen jemanden, sondern üblicherweise gibt es sie deshalb, damit die Beteiligten gleiche Chancen und Rahmenbedingungen haben. Und was ihr Beispiel deutscher Urlauber in den Öffis betrifft, dass in den Öffis eine FFP2-Maske zu tragen ist, das ist vom Gesetzgeber vorgeschrieben und wird intensiv kommuniziert, an der Haltestelle z.B. Und wir hatten es, glaube ich, im letzten Gemeinderat, von Ihrer Fraktion gefordert, dass also Masken frei zugänglich sind am Jakominiplatz oder auch erworben werden können. Es stehen überall Riesenschilder, setzt bitte die FFP2-Maske auf, es werden Durchsagen gemacht, es ist auch bei den Türen der öffentlichen Verkehrsmittel zu sehen. Und mit Verlaub, der Gesetzgeber hat sich nicht aus Jux und Tollerei so etwas ausgedacht, sondern das hat schon einen Grund warum. Im Übrigen, fragen Sie bitte die vielen Fahrscheinkontrolleure, wie es ihnen dabei geht, wenn sie von einem Fahrgast ohne gültigen Fahrschein körperlich attackiert werden. Wie tolerant wollen Sie hier denn sein? Werte Frau Reininghaus,

zündeln wir hier bitte nicht mit einer Online-Umfrage unter den Beteiligten, sorgen wir eher dafür, dass bei den Mitarbeitern von der GPS und auch von der Ordnungswache vielleicht die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeiten einfach verbessert werden. Das würde wahrscheinlich eine hohe Zufriedenheit bei den Mitarbeitern hervorrufen und dadurch auch sich mit der Konfrontation mit zu Strafenden oder zur Ordnung zu rufenden Personen widerspiegeln. Aus diesem Grund können wir von der SPÖ weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> Sabine **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuseherinnen und Zuseher hoffentlich noch vor der Liveübertragung. Es ist bereits schon sehr viel vorweggenommen worden, also was ich jetzt auch noch zu sagen habe, liebe Frau Kollegin Reininghaus, vorweg möchte ich einmal, das ist noch nicht zu Sprache gekommen, die rechtlichen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung zum Thema Ladetätigkeit näherbringen. § 62 Abs. 3 der StVO besagt, wird ein Fahrzeug auf der Straße für eine Ladetätigkeit abgestellt, so muss sie unverzüglich begonnen und beendet werden, das bedeutet nun, es gibt keinerlei Zeitvorgaben. Es gibt laut Gesetz auch keine Toleranzminute, das ist hier nicht vorgesehen. Es gibt zur Ladetätigkeit mittlerweile sehr viele Verfassungsgerichtshofentscheidungen. Zwei habe ich mitgebracht; eine Entscheidung besagt, aus dem Jahr 1998, dass ich nicht direkt beim Fahrzeug sein muss, wenn ich eine Ladetätigkeit durchführen, aber zumindest muss das Gesetz eingehalten werden. Das heißt, ich muss sie unverzüglich beginnen und durchführen. Eine andere Verfassungsgerichtshofentscheidung besagt, dass zur Ladetätigkeit auch nicht Vorbereitungshandlungen zählen, Vorbereitungshandlungen sind z.B., wenn ich Waren von einem Geschäft abhole, so müssen die bereits abholbereit sein und auch gezahlt sein, oder habe ich einen Helfer, der mir bei der Ladetätigkeit hilft, darf ich auch nicht, wenn ich schon vor Ort bin, diese Helferperson z.B. in der Wohnung abholen, das ist alles nicht in der Art vorgesehen. Und genau an diese Bestimmungen muss sich jeder

halten, der eine Ladetätigkeit durchführt. Sollte nun ein Fall auftreten, dass ich keine Ladezone vorfinde, so wie von der Frau Reininghaus gesprochen, in ihrer Annenstraße, und ich muss auf den Gehsteig ausweichen, so steht es jedem zu, beim Straßenamt dafür eine Bewilligung zu beantragen genau für diese Ladetätigkeiten. Also ich muss nicht Unmengen von Organmandaten bezahlen, wie in dem Fall von der Frau Reininghaus, sondern ich kann jederzeit diese Bewilligung beim Straßenamt beantragen. Warum habe ich mir jetzt die Mühe gemacht, hier ein wenig rechtlich aufzuklären? Das hat ganz einfach den Grund, damit Sie wissen, dass die Organe der Straßenaufsicht an Gesetze gebunden sind, an die Gesetze, die sie exekutieren müssen. Tun sie das nicht, begehen sie ganz eindeutig einen Amtsmissbrauch, und das hat absolut nichts mit Willkür zu tun. Wie Sie vielleicht, oder auch nicht, wissen, ist ja die Straßenverkehrsordnung Bundessache. Das heißt, wenn Sie dort Änderungen erzielen wollen, dann müssen Sie eine Petition an die Bundesregierung richten. Ich weiß natürlich schon, dass die Annenstraße Ihre Herzensangelegenheit ist, aber Graz ist mehr als die Annenstraße, würde ich einmal sagen, und die Annenstraße wird auch in Zukunft kein rechtsfreier Raum in dem Fall werden. Zu Ihren deutschen Gästen kann ich nur sagen, wenn ich in ein fremdes Land reise, und speziell jetzt zu Corona-Zeiten, dann bin ich natürlich verpflichtet, mich über diese Reisebestimmungen zu informieren und auch über die rechtlichen Grundlagen in diesem Land. Und zu dieser Rechtssituation zählt auch das Tragen einer FFP2-Maske in den öffentlichen Verkehrsmitteln, in unseren öffentlichen Verkehrsmitteln, und auch diese rechtliche Grundlage kann das Kontrollorgan nicht von sich aus umgehen, das wäre wiederum ein Amtsmissbrauch. Der Spruch „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“, gilt jetzt nicht nur für diese deutschen Touristen, sondern für jeden einzelnen von uns in diesem Gremium, im In- und im Ausland, und es hat der eine oder andere von Ihnen vielleicht auch schon die Erfahrung gemacht. Aber was jetzt auch sehr komisch für mich zu lesen war in diesem Motivenbericht, dass „brave Grazer:innen“, wen auch immer Sie darunter verstehen, und Kommunalsteuer zahlende Unternehmer:innen keine Strafe zahlen sollten, auch wenn sie eine Verwaltungsübertretung begangen haben. Klingt für mich in meinen Ohren irgendwie schon ein bisschen wie eine Anstiftung zum

Amtsmissbrauch. Da sollte man ein bisschen vorsichtiger sein, wenn man solche Äußerungen im Motivenbericht tätigt. Abschließend möchte ich schon feststellen, dass dieser Antrag, und vor allem der Motivenbericht, gerade für eine Partei, für die Eigenverantwortung das höchste Gut ist, einigermaßen skurril ist. Wenn Sie dann auch noch die Wortwahl der GPS-Mitarbeiter:innen beklagen und diese dann selbst despektierlich als Parksheriffs bezeichnen, dann möchte ich Ihnen schon sagen, dass genau diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich zu jeder Tageszeit, bei Schnee, Regen, Minusgraden auf der Straße Ihren Dienst versehen und es nicht verdient haben, von Ihnen pauschal in dieser Art und Weise verurteilt zu werden. Ganz im Gegenteil, ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, diesen Mitarbeiter:innen für ihre Arbeit zu danken, denn ich weiß, es ist natürlich nicht toll, wenn man einen Strafzettel bekommt, aber ich bin in der Lage, beide Seiten der Medaille zu kennen, und ich auch weiß, was es heißt, auf der anderen Seite zu stehen. Und ich würde Ihnen auch nahelegen, diese Einladung anzunehmen, von der schon gesprochen wurde. Vielleicht dürfen Sie dann sogar auch mit auf Streife gehen und sich diese exekutierende Seite ansehen, das macht dann vielleicht für Sie auch ein bisschen ein anderes Bild von diesen Organen dort. Und darüber hinaus jetzt noch eine Umfrage machen zu wollen, ist ähnlich sinnvoll, jemanden zu fragen, wie er mit dem Zahnarzt zufrieden ist, der gerade eine Wurzelbehandlung ohne Narkose gemacht hat. Also nein zur Dringlichkeit und nein zum Antrag (*Appl.*).

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Dankeschön. Ich neige dazu, sehr tolerant zu sein, was das Überziehen betrifft, das waren jetzt aber drei Minuten, möchte nur aufmerksam machen und bitten, künftig hin zur Dringlichkeit nicht so lange Wortmeldungen zu tätigen.

GR Mag. Dr. **Kozina**:

Gut, ich werde mich kurzhalten. Danke auf jeden Fall trotzdem für den Antrag. Ich finde es immer gut, wenn man wirklich Bürger:innenanliegen hört und auch ernst nimmt. Das ist in diesem Fall passiert, trotzdem ist natürlich immer wieder die Frage, wie repräsentativ ist das, und wenn ich es mit meinem eigenen Leben vergleiche, ich bekomme auch sehr viele Bürger:innenanliegen, gerade auch zu verkehrsrelevanten Themen, da war das noch nie dabei. Und ja, ich habe die eigentlich immer als sehr freundlich erlebt. Es ist schon mehrmals gesagt worden, es ist kein lustiger Job, also ich glaube einfach, dass das die Allermeisten gut erledigen, und da gibt es eben Fälle, wo man da vielleicht genauer hinschauen muss. Das heißt, das muss man durchaus auch unterschiedlich bewerten, natürlich sollen die mit Augenmaß agieren, aber wir können das nicht erwarten, dass sie dann jede kleine Überschreitung tolerieren und dann sich beschweren, also so geht es, glaube ich, nicht. Ich will auch nicht, dass jeder und jede von den GPS-Mitarbeiter:innen eben agiert, wie es gerade passt und irgendwie ihr eigenes Toleranzmaß dann einführen. Die haben ihren Auftrag, die haben ihre Vorgaben, die haben sie zu erfüllen. Und wenn es eben Fälle gibt, und vor allem wenn es eine Häufung von Fällen gibt, das weiß die GPS dann, glaube ich, auch, dann müssen wir das prüfen, dann haben wir auch im Ausschuss da einen Auftrag, dem darf ich ja vorsitzen. Das heißt, da können wir dann diese Dinge auch besprechen und wirklich auch schauen, wenn es um Wortwahl geht, wenn es um Auftreten geht, ob es da Verbesserungspotential gibt, ob man da entsprechende Schulungen macht. Das kann ich jetzt nicht beurteilen, aber das muss man sich natürlich dann anschauen, wenn man merkt, da gibt es sehr viele Beschwerden. Ich habe auch bei der GPS nachgefragt, also die freuen sich dann auch immer, wenn sie ein Feedback bekommen, weil dann können sie sich auch verbessern. Also bitte das dorthin zu richten, aber wir sehen jetzt als Grüne hier keinen Mehrwert von einer Online-Befragung und auch keine Dringlichkeit und werden daher diesem Antrag nicht zustimmen (*Appl.*).

GR<sup>in</sup> **Reininghaus:**

Vielen Dank für Ihre Wortmeldungen. Ich habe mir das jetzt natürlich nicht alles gemerkt, worauf ich da replizieren sollte, aber ich fange einmal an mit dem Begriff Parksheriffs, und wenn Sie mir sagen, dass ich diesen Ausdruck verwende, dann haben sie hier falsch gelesen. Ich habe hier in erzählerischer Form geschrieben, was man mir erzählt hat, man erzählt mir, dass die Grazer Parksheriffs seit einiger Zeit viel rigorosere strafen. Ich würde die GPS-Mitarbeiter nicht als Parksheriffs bezeichnen, und auch ich bin der Meinung, dass sie eine wichtige und teilweise sicherlich auch sehr unangenehme Arbeit leisten. Ich habe mir hier hinten jetzt noch so viele Dinge zusammengeschrieben, ich lasse es jetzt einfach aus. Ich erzähle Ihnen jetzt, und damit höre ich jetzt auch auf, noch ein persönliches Beispiel, das mich selbst betrifft. Ich fahre mit meinem Auto in der Annenstraße auf den breiten Gehsteig, ich öffne den Kofferraum, ich öffne die Haustür, ich ziehe einen 2,20 Meter langen Holztisch mit Eisenfüßen raus, ich habe ihn fast nicht tragen können, so schwer war der. Und als ich gerade auf dem Weg bin ins Haus hineinzugehen, um den Tisch schnell abzuladen, damit ich sofort wieder wegfahren kann, kommt von hinten jemand auf mich zu und sagt: „Wieso stehen Sie am Gehsteig?“ Ich dreh mich um mit den Händen voll und sage, naja, ich lade das hier schnell aus, die sagt dann: „Fahren Sie sofort weg.“ Ich bin natürlich nicht weggefahren, habe das reingetragen, sie hat dann gegenüber auf der Straße noch fotografiert, was ich mache, und ich habe ein Ticket bekommen. Das ist das, was ich meine. Da muss doch die GPS einen Unterschied machen zwischen jemandem, der dort zum Spaß jetzt steht oder gar nicht wirklich ladet oder in einer Straße ladet, wo er nicht einmal stehen kann, wo es keinen Parkplatz gibt. Das ist das, was ich gemeint habe. Liebe Leute, Sie haben mich völlig falsch verstanden. Ich wünschte mir nur ein bisschen mehr Empathie und natürlich müssen die nach den Gesetzen handeln, aber die deutschen Tagesgäste hätte man auch bitten können, bei der nächsten Haltestelle auszusteigen und sich passende Masken zu besorgen. Vielen Dank (*Appl.*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos) abgelehnt.***

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Wir sind jetzt mit den dringlichen Anträgen fertig. Ich möchte mich bei allen Zuseherinnen und Zusehern via Livestream recht herzlich für die Beobachtung und das Zuhören unseres heutigen Gemeinderates bedanken. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und hoffe vielleicht, dass sie auch das nächste Mal mit dabei sind. Dankeschön und auf Wiedersehen (*Appl.*).